

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich, 3,50 M. halbjährlich, 6,50 M. jährlich. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Japan, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Kurzeren 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die Zeile mit 20 Wörtern (zählend 2- und 3-silbige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schiffsvermietungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Zeilen. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.
 Freitag, den 18. August 1911.
 Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Auch eine Justizaktion gegen eine „Freie Bühne“.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:
 Die Bekämpfung aller Vereine und Institute, die irgendwie mit der modernen Arbeiterbewegung im Zusammenhang stehen, hat im Herzogtum Braunschweig besonders groteske Formen angenommen, wobei das Abstoßende in das Lächerliche, das Lächerliche ins Abstoßende übergeht. Auch in anderen Bundesstaaten liegt die Sache so, daß nicht etwa Polizei und Regierung auf eine Einrichtung der Arbeiterbewegung durch irgendwelche Verträge dieser Einrichtung gegen Geleise und Verordnungen aufmerksam gemacht werden und dann dagegen vorgehen, sondern daß vielmehr die Behörden gegen die betreffende Einrichtung von vornherein eingenommen sind und mit Mühe und Not eine halbwegs gesetzliche Handhabe zu ermitteln suchen, um ihr das Grab zu graben. In anderen Bundesstaaten wird diese Schikanerungsmethode jedoch immerhin ziemlich vorsichtig, man könnte fast sagen „schamhaft“, gehandhabt, während man in Braunschweig die Schikanerung der Arbeitervereine usw. so plump betreibt, daß man die böse Absicht schon von weitem riecht. Ein hierfür typischer Fall ist jetzt zum Abschluß gekommen.

In Braunschweig existiert ein Theaterverein „Freie Bühne“. Er hat sich nicht die hohen Ziele gesetzt wie die Berliner „Freie Bühne“, sondern führt auf eigens veranfaßten Theaterabenden schlecht und recht sozialistisch angehauchte und realistische Stücke auf. Die Mitglieder sind freie Gewerkschaftler und Parteigenossen. Sie zahlen ein Eintrittsgeld und einen Monatsbeitrag. Die aktiven Mitglieder wirken als Dilettanten, die passiven bilden die Zuhörer-Schicht. Das ganze ist also eine von Arbeitern und Arbeiterinnen geleitete und bediente Liebhaber-Bühne. Die Mittel werden nur durch die Beiträge der Mitglieder aufgebracht. Nichtmitglieder müssen erst die Mitgliedschaft erwerben, bevor sie zu einer Vorstellung zugelassen werden. Sie haben das Eintrittsgeld von 20 Pf. und mindestens einen Monatsbeitrag von 10 Pf. zu entrichten.

Die „Freie Bühne“ hatte also alles getan, um nicht als Gewerbebetrieb aufgefaßt werden zu können. Dennoch beschloß die braunschweigische Regierung, gegen die „Freie Bühne“ vorzugehen. Erstens gefiel ihr die ganze Richtung nicht; zweitens glaubte sie, es nicht dulden zu können, daß auf Arbeiterfesten Theaterstücke aufgeführt wurden, und drittens hatte sie in Erfahrung gebracht, daß die „Freie Bühne“ von ihren überschüssigen Beiträgen kleinere Summen an die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftskartell, an verschiedene Wahlsonds usw. abführt. Man wollte einen solchen Verein, obwohl ihm nichts Ungefährliches nachzuweisen war, einfach erdroffeln, weshalb die Polizei damit beauftragt wurde, irgendeine Blöße auszuspähen, die der „Freien Bühne“ verderblich werden könnte. Die Absicht, die „Freie Bühne“ zu erwürgen, ging also der Auffindung irgendeines Verstoßes gegen die Gesetze voraus. Ein höherer Polizeibeamter sagte es einem Mitgliede der „Freien Bühne“ zornig ins Gesicht, daß die „Freie Bühne“ der Polizei die Arbeit schwer genug gemacht hätte, aber jetzt habe man sie endlich erappt. Also die richtige Belauerung, in der Absicht, um jeden Preis einen Stein zu finden, um ihn auf den Hund zu werfen.

Wie sah man der Stein aus? Man sagte, die „Freie Bühne“ sei eine Erwerbsgesellschaft, hätte also konzedioniert sein und Gewerbesteuer zahlen müssen. Das Schöffengericht sprach jedoch den Vorsitzenden der „Freien Bühne“ von dem Vergehen gegen die Gewerbeordnung frei, da die „Freie Bühne“ keine Erwerbsgesellschaft sei. Der Amtsanwalt legte Berufung ein. Die Polizei stellte ein Verzeichnis aller von der „Freien Bühne“ abgeführten Ueberflüsse auf. Da hat die „Freie Bühne“ einmal 25 M. dem Gewerkschaftskartell, 50 M. der Parteikasse, 20 M. den Streikenden in Grimmitzschau, 100 M. den schwedischen Arbeitern zukommen lassen, 96 M. für einen Familienabend aufgewendet und an die streikenden Bauarbeiter gar volle 20 M. abgesandt. Von 1900 bis 1911 war alles bis ins einzelne ausforschiert worden. So ungefähr 100 bis 200 M. hatte die „Freie Bühne“ jährlich an andere Institutionen abgeführt. Deshalb sollte sie eine Erwerbsgesellschaft sein.

Es ist nun gewiß sonderbar, einen Vergnügungsverein, dessen Mitglieder nur zu zahlen haben und keinen Pfennig einstreichen, eine Erwerbsgesellschaft zu nennen. Noch sonderbarer aber ist es, den Charakter der Erwerbsgesellschaft gerade darin zu erblicken, daß die Mitglieder die überschüssigen, im Verein nicht mehr verwendbaren Beiträge nicht verjubeln oder unter sich verteilen, sondern an Institutionen verschicken, deren Ziele sie für gemeinnützig halten. Der Staatsanwalt sagte jedoch: Der Verein „Freie Bühne“ ist kein Verein, der zum Zweck das Theater spielen hat, sondern sein Zweck ist, Geld für die Sozialdemokratie zu verdienen. Dabei sind der Parteikasse von der „Freien Bühne“ vom 27. Dezember 1900 ab bis zum 18. Februar 1911 nach der eigenen Aufstellung der Polizei nur 250 M., das wären 25 M. im Jahr, zugeflossen. Daß es lächerlich ist, einen Verein, der einer so umfangreichen Partei, wie der Sozialdemokratie, jährlich 25 M. zukommen läßt,

eine Erwerbsgesellschaft zu nennen, kam dem Staatsanwalt nicht in den Sinn.

Aber, da die „Freie Bühne“ nur die Beiträge ihrer Mitglieder vereinnahmte, konnte ja nach demselben Rechtsgrundsatz, den sich später die Urteilsbegründung selbst zu eigen machte, von einem Gewerbebetriebe auch dann nicht die Rede sein, wenn diese Beiträge zu einem ganz anderen Zwecke als dem, dem der Verein zu dienen vorgibt, verwendet werden. Es mußte also nachgewiesen werden, daß die „Freie Bühne“ ihre Einnahmen nicht lediglich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder beziehe. Diesen Beweis, auf Grund dessen allein eine Verurteilung erfolgen konnte, erachtete die erste Strafkammer in Braunschweig, die als Berufungsinstanz am 17. Juni d. J. über die Sache zu entscheiden hatte, als erbracht und verurteilte den Vorsitzenden der „Freien Bühne“ zu 20 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung und das Gewerbesteuergesetz. Damit wäre also die „Freie Bühne“ zur Erwerbsgesellschaft erklärt und gewerbesteuer- und konzedionspflichtig. Natürlich erhält sie keine Konzession; das war ja gerade der Zweck der ganzen Aktion. Sie ist erdroffelt, und das von Rechts wegen.

Wie aber bringt es die Urteilsbegründung fertig, den Nachweis zu führen, daß die Beiträge nicht nur von den Mitgliedern aufgebracht werden, nachdem doch die „Freie Bühne“ so vorsichtig war, kein Nichtmitglied zu den Vorstellungen zuzulassen? Das Gericht hat sich diesen Nachweis sehr leicht gemacht. Es erklärt einfach: nur die aktiven, d. h. vorstellenden Mitglieder sind Mitglieder; die passiven dagegen sind Nichtmitglieder, auch wenn sie ordnungsgemäß aufgenommen sind; denn die Institution der passiven Mitglieder hat nur den Zweck, die Tatsache zu verschleiern, daß jedermann gegen Zahlung zu den Vorstellungen Zutritt hat. Um diese ungeheuerliche Unterschiebung einer rein subjektiven Auffassung als Beweismaterial, wenigstens einigermaßen substantiell zu begründen, konnte in der Urteilsbegründung nichts anderes angeführt werden als eine Ankündigung im „Volksfreund“ vom 5. Juni 1910, in der zu einer von der „Freien Bühne“ veranstalteten Aufführung die Mitglieder und Parteigenossen eingeladen wurden. An dem Wort „Parteigenossen“ sah man, meint das Gericht, daß auch Nichtmitglieder Zutritt gehabt hätten. Tatsächlich aber hatten auch Parteigenossen nur dann Zutritt, wenn sie vorher die Mitgliedschaft erworben hatten. Daß sich das Urteil an dieser Ankündigung klammert, zeigt allein schon, auf wie schwachen Füßen es steht.

Mit dem logischen Widerspruch, einen Verein, dessen Mitglieder nicht den geringsten pekuniären Vorteil davon haben, eine Erwerbsgesellschaft zu nennen, findet sich die Urteilsbegründung mit den hübschen Sätzen ab: „Die Erfordernisse einer Erwerbstätigkeit sind auch dann erfüllt, wenn die Tätigkeit des Vereins lediglich zu dem Zwecke entfaltet ist, um es den eigentlichen, d. h. den aktiven Vereinsmitgliedern zu ermöglichen, ihrer Neigung zum Theaterspielen nachzugehen. Von einer auf Gewinnerzielung gerichteten Absicht kann man auch dann reden, wenn die vorhandenen Mittel die Kosten, die zur Durchführung einer bestimmten Aufgabe erforderlich sind, nicht decken“. Also auch ein Defizit ist nach dieser Definition eine Gewinnerzielung, und wenn man seiner Neigung zum Theaterspielen nachgehen kann, ohne noch Geld dazu legen zu müssen, hat man auch einen Gewinn erzielt und ein Erwerbsgeschäft gemacht.

Nach Braunschweiger Praxis müßten jetzt alle Vergnügungsvereine zu Erwerbsgesellschaften gestempelt werden. Auch wer seiner Neigung zum Regelschießen nachgehen kann, ohne erst die ganze Regelbahn laufen zu müssen, hat ein Erwerbsgeschäft gemacht, und wer in einem Musikverein nach Herzenslust den Bass spielen darf, ohne den Zuhörern Schmerzengeld zahlen zu müssen, macht ebenfalls ein Erwerbsgeschäft.

Natürlich wird gegen das Urteil Revision beim Oberlandesgericht eingelegt werden, wenn auch ohne Erfolg; denn eine Straße hat der anderen kein Auge aus.

Soldaten als Landarbeiter!

Die Verurteilung von Soldaten zur Verrichtung von Landarbeiten ist in diesem Jahr besonders groß. In früheren Jahren wurden von den Kompagnien der Linientruppen „höchstens“ 20 bis 30 Mann mit Ernteurlaub beglückt. Damit ist es aber jetzt nicht mehr gemacht. Es gibt Kompagnien, wie beispielsweise beim Infanterieregiment 64, die 80 bis 100 Mann Ernteurlaub gegeben haben. Bei der Garde erhalten allerdings immer nur „höchstens“ 18 bis 25 Mann pro Kompagnie Ernteurlaub. Die Ursache dieser so stark gesunkenen militärischen Erntearbeiterzahl — schreibt der „Reichsbote“ — liegt in der zunehmenden Abwanderung der Landarbeiter. Der „Reichsbote“ sagt darüber, daß diesmal so viel Ernteurlaub aus der Linie entfiel, daß die Wachtbienstvorschriften, welche für jeden Mann drei hintereinander

folgende wachsfreie Nächte vorschreiben, deswegen nicht mehr eingehalten werden können!

Ganz abgesehen davon, daß die Massenbeurlaubungen deutlich zeigen, daß eine zweijährige Dienstzeit, in der noch zu so vielerlei nichtmilitärischen Arbeiten Zeit ist, viel zu lang ist, vergißt der „Reichsbote“ zu erwähnen, warum eine so massenhafte Abwanderung der Landarbeiter aus dem Osten stattfindet. Wir wollen dem „Reichsbote“ die vornehmlichsten durch seine Parteifreunde veranlaßten Ursachen der Landflucht ins Gedächtnis rufen: In den Ostprovinzen des ostpreussischen Großgrundbesitzes werden jämmerlich niedrige Löhne gezahlt; die Behandlung der Landarbeiter spricht oft der Menschlichkeit Noth; lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, schlechte Behandlung und Verpflegung; der Zahl und Art nach völlig unzureichende Schulen; Erschwerung des Fortkommens der Kinder, ja systematisches Drängen von Großgrundbesitzern, daß den Kindern Gelegenheit zur besseren Fortbildung genommen wird; so ungeheuerliche Ausnahmengesetze gegen den ländlichen Arbeiter und das Gesinde, wie sie in keinem Lande der Welt bestehen; Verdrängung der inländischen Arbeiter durch einen organisierten staatlich subventionierten Schachermarkt für minderwertige, fast völlig rechtlose Ausländer sowie durch Gefangene und Zuchthäuser, Erschwerung des Aufkommens lohnender Industrien und gewerblicher Beschäftigung durch Böse und durch künstliche Einschränkungen des Verkehrs (der „Reichsbote“ erinnere sich an die Zertrümmerung des Rhein-Weichsel-Kanals durch die Kanalrebellen); das sind die Hauptgründe für die Völlerwanderung vom Osten nach dem Westen.

Die landwirtschaftliche Arbeit ist insbesondere infolge der Zunahme von landwirtschaftlichen Maschinen auf dem Großgrundbesitz überwiegend Saisonarbeit geworden, für die Zeiten, wo keine Beschäftigung auf den Gütern ist, wird künstlich den Landarbeitern die Gelegenheit zum Verdienste entzogen, so durch die empörenden auf Drängen der Junker zustande gekommenen preussischen Ministerialerlasse, die für Eisenbahnbauten und Kanalarbeiten die Vergütung ausländischer Arbeiter vor deutschen fordern. Der vom reichen Großgrundbesitz beherrschte Osten bietet den Landarbeitern keine Wohnung — ist da eine Abwanderung verwunderlich?

In vielen Ostprovinzen werden geradezu schamlos niedrige Löhne gezahlt, so schamlos, wie in ganz Deutschland — geschweige im Ausland — nicht angeboren.

Wie hoch sind denn die Löhne? Im Durchschnitt beträgt der amtlich festgestellte Jahresdurchschnittsverdienst land- und forstwirtschaftlicher erwachsener männlicher Arbeiter in Deutschland noch nicht 600, erwachsener weiblicher Arbeiter noch nicht 400 M. jährlich. Diese amtlich festgestellten Jahreslöhne berücksichtigen nicht nur den Geldlohn, in ihm sind vielmehr auch alle anderen Bezüge, besonders die Naturallöhne, diese nach dem Ertragsverhältniß berechnet, enthalten. Dieser Jahresdurchschnittslohn beträgt heute in einer Reihe ostpreussischer Kreise Deutschlands für erwachsene männliche Arbeiter noch nicht 400, für erwachsene weibliche Arbeiter noch nicht 300 M. Nicht zuletzt die unablässigen Klagen über solche menschenunwürdige Löhne in der sozialdemokratischen Presse und im Reichstage haben die tiefstraurige Erscheinung, daß so niedrige Löhne auch in Bayern, Baden, Hessen und anderen Teilen Deutschlands gezahlt wurden, beseitigt.

Solche besonders niedrigen Hungerlöhne mit noch nicht 400 M. jährlich für erwachsene männliche Arbeiter weisen heute nachfolgende Kreise auf, in denen fast durchweg die Junker dominieren: in allen Kreisen des Regierungsbezirks Königsberg mit Ausnahme einiger Städte sowie der Kreise Memel und Wehlau, ferner in den Kreisen Rarthaus, Neustadt, Putzig, Preussisch-Stargard, Griesen, Culm, Deutsch-Krone, Rosenberg (hier beträgt der Jahresarbeitsverdienst gar nur 300 M.), Marienwerder, Schlochau, Strasburg in Westpr., in der Stadt Leba im Kreis Lauenburg (Pommern), in der Stadt Värwalde, im Kreise Hämting (Regierungsbezirk Danabrück) sowie in der vogtländischen Enklave des Kreises Jiegenrück (Regierungsbezirk Erfurt). Unter 300 Mark beträgt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst für erwachsene weibliche Arbeiter in allen Kreisen des Regierungsbezirks Königsberg mit Ausnahme einiger Städte und der Kreise Memel und Wehlau, in Diehlo, Willallen, Dirschau, Rarthaus, Neustadt (i. Westpr.), Putzig, Pr.-Stargard, Griesen, Culm, in der Stadt Sanddurg, in Teilen des Kreises Flatow, im Landkreis Graudenz, in den Kreisen Königsberg, Deutsch-Krone, Lübau, Marienwerder, Rosenberg, Schlochau, Schwet, Strasburg (i. Westpr.), Tschel, Arnswalde, in Teilen des Kreises Crossen, in den Kreisen Friedeberg i. N., Königsberg i. N., Landsberg a. W., Ledus, Ludau, Lübben, Soldau, Ost- und West-Sternberg, Jälschau, Schwiebus, Anklam (mit Ausnahme der Stadt Anklam, Gammeln, Demmin, Greifenhagen, Pritz, Randow, Saargitz), in Stargard, in den Kreisen Pabitz, Wätow, Dramburg, in der Stadt Callies, in den Kreisen Hohenberg, Köllin, in der Stadt Körlin, in dem Kreis Lauenburg (in Pommern), in der Stadt Värwalde, in den Kreisen Neustettin, Neustadt, Rummelsburg, in der Stadt Schivelbein, in den Kreisen Posen, Janow, in allen Teilen des Regierungsbezirks Posen mit Ausnahme der Stadt Posen, in dem Kreise Gornikau, Hirschau, Griesen, Hohenalza, Schubin, Wirsitz, Wittkowo, Wronowitz, Grottkau, Kreuzburg, Leobschütz, Lublinitz, Neisse, Neusalz O.-S., Pleß, Ribnitz, Liebenwerda, im Saalkreis (Regierungsbezirk Merseburg), in der vogtländischen Enklave Jiegenrück (Regierungsbezirk Erfurt), in den Kreisen Langensalza, Schweinitz, Torgau sowie

Im Pfaffenstamm Schwarzburg-Sondershausen. In den Kreisen
Neustadt a. d. Unstr., Buzig, Marienwerder, Rosenberg, Lieben-
werda beträgt der Jahresarbeitsverdienst für erwachsene weib-
liche Personen nur 225 M., in den Kreisen Briesen und Tuschel nur
220 M., in dem Kreis Stralsburg i. Westpr. nur 210, in der Stadt
Leba (Pommern) und in Värtalbe nur 200, in Löbau i. Westpr.
gar nur 180 M.

Wer für Kreise, in denen so empörend niedrige Löhne gezahlt
werden, Soldaten als Landarbeiter entsendet, bewirkt, daß, wenn
auch wider Willen, der Entsendete elende Schmutzkonkurrenz zur
Aufrechterhaltung der für Deutschland beschämend niedrigen Löhne
leistet. Werden ausreichende Löhne gezahlt, so
sind hinreichende Arbeitskräfte überall vor-
handen. Sind denn die schweren Lasten, unter denen der deutsche
Bürger fast zusammenbricht, dazu bewilligt, daß die auf Kosten der
Bürger erhaltenen Soldaten dem Großgrundbesitzern in seinem
Bestreben auf Niederdrückung der Landarbeiter Hilfe leisten sollen?

Die Marokkoaffäre.

Der Marokkoschacher

mit seiner Geheimniskrämererei verfehlt die internationale
bürgerliche Presse wieder einmal in einen Zustand von
Nervosität, der sich in einer Anzahl unkontrollierbarer, zum
Teil aber auch direkt erlogener Alarmnachrichten äußert. Die
Ursachen der kritischen Stimmung werden von der deutschen,
französischen und englischen Presse je nach Wunsch und Bedarf
verschieden angegeben. Es erübrigt sich, die verschiedenen
Kassandrarufer auf ihre Wahrscheinlichkeit — von Wichtigkeit kann
bei der allgemeinen Unklarheit und Zerfahrenheit überhaupt nicht
die Rede sein — zu prüfen. Nur das eine steht fest, daß die
Diplomatenintrigen und der Marokkohandel noch lange nicht
in ein Stadium getreten sind, in dem die Völker einigermaßen
ruhig ausatmen können und eine Verschärfung der Konflikte
nicht mehr zu befürchten brauchen. Der Umstand, daß der
Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Herr v. Alderlen-
Bachtler sich nach Wilhelmshöhe bei Kassel begeben haben, um
dort mit Wilhelm II. zu konfrieren, macht den journalistischen
Rufmachern schwer zu schaffen und es gibt Blätter,
die sogar von einem Abbruch der Marokko-Verhandlungen
zu berichten wissen. Das gibt der deutschen Schar-
macherpresse wieder Anlaß, die schärfsten Töne gegen
Frankreich anzuschlagen, dessen Heerpresse natürlich in
das gleiche Horn bläst. Beachtenswert ist, daß Blätter wie
die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst nicht viel von einer
Festsetzung in Südmorokko wissen wollten, jetzt wieder lebhaft
mit diesem Gedanken kokettieren. Daß „Post“, „Tägliche
Rundschau“, „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nach wie vor
nach einem großen Fehlen von der marokkanischen Deute
schreiben, ist selbstverständlich.

Alarmnachrichten,

die die kritische Stimmung erhöhen, berichten von militärischen
Maßnahmen an der deutschen und französischen Grenze, von
einer besonderen Regsamkeit des deutschen Generalstabes und
was dergleichen Sensationsmeldungen mehr sind. Charakter-
istisch ist, wie sich die Heerpresse diesseits und jenseits
der Vogesen dabei in die Hände arbeitet. Der Pariser
„Matin“ meldete aus Algiers-Vains, einem südfrensischen
Badeorte, daß zwei französische Offiziere dort vor einem
Restaurant eine deutsche Fahne heruntergerissen und zerbrochen
haben sollten. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“
griff die Tataremacht mit Wonne auf und servierte sie
seinem „national“ verimpelten Lesepublikum in gehässig-
tendenzioser Aufmachung, um den deutschen Spießer wild zu
machen. Ueber den Vorfall selbst wird aber folgende amtliche
Darstellung gegeben:

Der Eigentümer des Restaurants „Gouribage“ hatte am
15. d. Mts. mit einem Bündel Fahnen verschiedener Nationalitäten
auch eine deutsche Fahne gehabt. Ein Industrieller aus Nancy,
der diese Fahne bemerkt, ließ sie einfach von einem Angestellten
des Restaurants entfernen. An dem Vorfall war kein Offizier
beteiligt.

Auf die gleiche tendenziöse Masche ist jedenfalls die Mel-
dung von der Ermordung zweier Deutscher, angeblich zweier
Agenten der Firma Mannesmann in Larabat, der Hauptstadt
des Süs-Behietes, zurückzuführen. Eine Bestätigung der Nach-
richt liegt jedenfalls nicht vor. Nichtsdestoweniger verlangen
einige alldeutsche Blätter die Ausschiffung eines Landungs-
korps des vor Agadir liegenden Kreuzers „Leipzig“.

Man sieht also, daß die Marokkotreiber und Kriegsheber
das Spiel noch nicht aufgeben, sondern das Feuer mit allen
Mitteln zu schüren suchen.

Die deutsche Arbeiterschaft

ist aber auch nicht müßig. Sie rüstet sich allerorts, dem Auf-
ruf des Parteivorstandes zu folgen und in Masse gegen die
verbrecherische Kriegshebe und den gemeingefährlichen Marokko-
schacher zu protestieren.

In Bremen fanden am Dienstagabend 9 Protest-
versammlungen statt, die alle sehr gut besucht, zum
Teil sogar überfüllt waren.

In Hagen i. W. fand Mittwochabend eine Protest-
versammlung unter freiem Himmel statt, an der etwa 5000
Personen teilnahmen.

Die Hamburg-Altonaer sozialdemo-
kratische Arbeiterschaft veranstaltete am Mittwochabend
eine machtvolle Demonstration gegen die kapitalistische Welt-
politik, die Heimplückereien der Diplomatie und die Kriegshebe.
In 15 öffentlichen Volksversammlungen, die
sämtlich überfüllt waren, wurde unter großer Be-
geisterung eine entsprechende Resolution angenommen,
die darin gipfelte, daß die Arbeiterschaft ihr Best-
halten an den Grundsätzen der sozialdemokratischen
Partei bekräftigt, die Welt- und Kolonialpolitik der
herrschenden Klassen verurteilt und gegenüber den Kriegs-
treibern den festen Willen ausdrückt, mit allen Kräften und
mit allen Mitteln der Verhinderung der Völker entgegenzutreten
und einen Krieg, unter welchem Vorwande er auch gepredigt
werden möge, zu verhindern.

Ähnliche Resolutionen wurden auch in den Versam-
mlungen zu Bremen und Hagen einstimmig angenommen.

Der Arbeitskrieg in Großbritannien.

London, 16. August.

Den Beschluß der Direktoren der Eisenbahngesellschaften,
unter allen Umständen an den bestehenden Einigungsämtern
festzuhalten und mit den Gewerkschaften nicht zu verhandeln,
haben die Gewerkschaften der Eisenbahner mit einem Ulti-
mum beantwortet. Wenn sich die Gesellschaften innerhalb
24 Stunden nicht bereit erklären, mit den Vertretern der
Gewerkschaften über die mannigfaltigen Beschwerden der
Eisenbahner zu verhandeln, so soll am Donnerstag, 8. Sep-
tember, der Generalstreik der Eisenbahner er-
klärt werden.

Das brutale Vorgehen der Polizei am letzten Sonntag außer-
ordentlich waren. Die englische Presse schiebt die Schuld dem
Ergoligons zu, die die Stadtviertel bewohnen, wo die Erzeile
stattfinden. Teilweise waren die Kravalle auch nur ge-
wöhnliche Kaufereien zwischen Protestanten und Katholiken,
wie sie in diesen Stadtteilen Liverpool beständig vorkommen
und unter gewöhnlichen Umständen in der Presse kaum er-
wähnt werden. Die Streikleitung hat von Anfang an die
Streikenden zur Ruhe gemahnt und ihnen eingeschärft, sich
unter keinen Umständen provozieren zu lassen.

Aufhebung der Sperre.

Liverpool, 17. August. Die hiesigen Arbeiter haben eine
Kundgebung erlassen, in der sie sich bereit erklären, unter gewissen
Bedingungen, die von ihnen ausgeprochenen Sperre aufzuheben.
Die Kundgebung steht im Zusammenhang mit dem heute von
dem Exekutivkomitee der verschiedenen Eisenbahnerverbände ge-
faßten Beschluß, den gegenwärtigen Kampf nicht eher aufzugeben,
bevor nicht die über ihre Arbeitskollegen wegen ihrer Unterstützung
der streikenden Eisenbahner in Liverpool und anderen Orten ver-
hängte Sperre aufgehoben und die davon betroffenen Leute wieder
eingestellt worden seien.

Ein Urteil Keir Hardies.

London, 17. August. Der „Matin“ gibt ein Gespräch
eines Berichterstatters mit Keir Hardie wieder, laut welchem dieser
sich also äußerte: „Seit einer Periode von acht bis zehn Jahren
hat sich die Lage der Arbeiter zunehmend verschlechtert. Die
Lebensmittelpreise sind um etwa 20 Proz. gestiegen und die Mieten
haben sich um etwa 10 Proz. erhöht. Dieser allgemeinen Ver-
teuerung der Lebenshaltung haben die mit der Schlichtung der
Arbeitsstreitigkeiten betrauten Ausschüsse bei der Feststellung der
Löhne nicht genügend Rechnung getragen. Der große Arbeiterkrieg
ist nur die Folgererscheinung der langjährigen Leiden und der
schlechten wirtschaftlichen Bedingungen der Arbeiter.“ Auf die
Frage, ob er die Verteuerung der Lebenshaltung etwa dem Frei-
handel zuschreibe, erwiderte Keir Hardie: „Keinesfalls! Die
Verteuerung aller Lebensmittel und der Mieten ist nur ein
Zeichen des Fortschreitens der kommerziellen und industriellen
Entwicklung der englischen Nation, aber den Vorteil davon haben
eben die reichen Besitzer.“

Verständigung in Aussicht.

London, 17. August. Nachdem heute die von den Arbeitern
gestellte 48stündige Frist verstrichen ist, kann die Lage als eine
bessere angesehen werden. Es besteht Hoffnung auf eine Ver-
ständigung. Teilaushände sind trotzdem ausgebrochen, so in Leeds,
wo der Eisenbahnerverkehr vollständig ruht. Die Jäger aus Lancas-
hire und Yorkshire bleiben aus. In Liverpool ist ein Kriegsschiff
eingetroffen, um die Kauffahrteifahrt zu sichern.

Die Streifdebatte im Unterhause.

Aus den Debatten im Unterhause am Mittwoch ist noch
folgendes nachzutragen:

Kaufmann Chamberlain (Unionist) beklagte, daß die Regierung
nicht zu Anfang den Ernst der Lage erkannt habe, gab aber die
Versicherung ab, daß die Regierung bei allen Schritten, die zur
Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung nötig wären, die
Unterstützung der Opposition erhalten würde. Ramsay MacDonald
(Arbeiterpartei) kritisierte die Haltung des Ministers des Innern
gegenüber den Unruhen, beklagte das Vorgehen der Polizei und
des Militärs und erklärte, daß die Umstände derart wären, daß
sie das Blut jedermanns, der noch eine Abnung von bürgerlicher
Freiheit habe, vor Enttäuschung zum Kochen brachten. Wenn die
Regierung eine weniger engherzige Haltung einnähme, würde der
Friede schneller wieder hergestellt werden. Die Umstände wären
das Ergebnis einer Ansammlung von Woll, der sich seit vielen
Jahren aufgesammelt habe. So sehr die Arbeiterpartei die gegen-
wärtigen Unruhen bedauere, die Verantwortung bliebe doch haupt-
sächlich auf den Arbeitgebern lasten.

Schatzkanzler Lloyd George erklärte, er wüßte, nichts sagen
zu müssen, was den ohnehin schon schwierigen Versuch, der von
Asquith und Buxton unternommen werde, noch erschwere. Er sei
gleichfalls überzeugt, daß es die erste Pflicht der Regierung sei,
das Gesetz aufrecht zu erhalten und Leben und Eigentum zu
schützen. Aber er wende sich an die Arbeitgeber, sie möchten Ge-
duld üben, ehe sie Hilfsmittel anwenden, die Erregung unter
die Aushändigen tragen und die Unruhen verlängern könnten.
Er richte auch an die Eisenbahner die Mahnung, die Drohung,
innerhalb 24 Stunden in den Ausstand zu treten, nicht aus-
zuführen. Diese Drohung sei ein Mißgriff, denn sie lasse keine
Zeit, den Versuch der Versöhnung ins Werk zu setzen. Wenn
es zum Ausstand käme, würde es die Pflicht der Regierung sein,
die Eisenbahnen um jeden Preis zu schämen und ebenso die Rechte
der Arbeiter. Doch die Aufgabe der Regierung würde erleichtert
und der Erfolg der Leute sicherer gestellt werden, wenn diese mit
dem gemeinsamen Wunsch der Allgemeinheit rechnen und sich
wenn jedes Mittel zur Versöhnung erschöpft sei, zu Waffen
greifen würden, die — was für einen Schaden sie auch anderen
zuzügen würden, — doch auch der Hand desjenigen, der sich ihrer
bediene, schwere Wunden beibringen müßten. Wenn auch die Lage
ernst sei, halte er sie doch nicht für beunruhigend. Aber sie er-
fordere eine sehr vorsichtige und doch feste Behandlung in einer
Form, die der Allgemeinheit das Vertrauen einflöße, die Re-
gierung wolle Arbeitern und Arbeitgebern Gerechtigkeit wider-
fahren lassen. Der Minister des Innern, Churchill, führte aus,
es würde die Pflicht der Regierung sein, den Angehörigen im Falle
der Lähmung der großen Eisenbahnen, von denen die Nahrungs-
mittelzufuhr abhängt, bei ihrer Arbeit den vollen geschlichen
Schutz zu sichern (Beifall) und Vorsorge zu treffen, daß kein großes
Unglück und keine Katastrophe über die Bevölkerung hereinbreche
infolge des Zusammenbruchs jener Einrichtung, durch welche sie
lebe. Er vertraue darauf, daß niemand sie annehmen werde, die
Regierung würde davon zurücktreten, im Falle der Not diese
Haltung anzunehmen. (Beifall.)

Der Ernst der Lage.

London, 17. August. Unterhaus. Schatzkanzler Lloyd George
erklärte in Beantwortung einer Anfrage über den angedrohten
Eisenbahnerausstand, daß es nicht wünschenswert erscheine, Mit-
teilungen über den Stand der Verhandlungen, die im Gange seien,
zu machen. Minister des Innern Churchill führte aus: „Die
ernste Erscheinung der Lage in Liverpool sei, daß das Streik-
komitee die Angestellten der elektrischen Kraftanlage aufgefordert
habe, in den Ausstand zu treten; das würde Liverpool und dessen
Gebiet des Lichtes und der Straßenbahnen betauben.“

Entscheidung des Streikkomitees.

London, 17. August. Heute nachmittag ist das Streik-
komitee der Ausländer hier zu einer Beratung zusammen-
getreten und hat eine Entscheidung angenommen, die alle
Mitglieder der Vereinigung der Ausländer anweist, sofort zur
Arbeit zurückzukehren.

Generalstreik erklärt!

London, 17. August. Die Eisenbahner haben den
Generalstreik erklärt.

Das dritte Beschluß, dem die liberale Presse fast durch-
weg ihre Spalten verschließt, lautet:

Wir, die Vorstände der Eisenbahner, die wir speziell nach
Liverpool zusammenberufen worden sind, um die kritische Lage
zu beraten, in der sich die Eisenbahner im ganzen Lande infolge
des herrschenden Streites befinden, vernehmen mit Bedauern
aus verlässlicher Quelle, daß hier am Sonntag ein ernst-
hafter Aufruhr stattfand, der durch das unbesonnen-
e und unarmherzige Vorgehen der Polizei herbeigeführt wurde;
wir wünschen allen, die es angeht, klar zu machen, daß eine
derartige brutale Handlungsweise von den Arbeitern im ganzen
Lande verurteilt wird; daß die bestehende Aufregung sich nicht
auf einen Hafen beschränkt, wo Polizei und Militär hinzuge-
zogen werden kann, um unschuldige Leute niederzu-
knüppeln und zu erschrecken, sondern daß sie die ganze
Arbeiterschaft Großbritanniens erfasst hat; und ferner, daß
wir nur unser bestes tun werden, die Ordnung aufrecht zu er-
halten, wenn von unnötiger Brutalität Abstand genommen wird.
Wir hoffen, daß es nicht notwendig sein wird, unsere nationalen
und internationalen Kongresse zusammenzubringen, um über
eine derartige brutale Handlungsweise zu beraten und in Zu-
kunft den Mordmord mit kaltem Blute zu verhindern.“

Die Lage ist weit ernster als im Jahre 1907. Damals
krankte die Bewegung der Eisenbahner an inneren Zwisten.
Diesmal herrscht vollkommene Einigkeit. Alle Beschlüsse
wurden ohne den leisesten Widerspruch angenommen. Und
die Einigkeit der Vorstände spiegelt die feste Entschlossenheit
der Arbeiter wieder, ihre seit Jahren unbeachtet gelassenen
Forderungen durchzusetzen. Man hat sie lange genug gepöppt
und genarrt. Die Einigungsämter, die ihnen zu Ende des
Jahres 1907 von Lloyd George verschafft wurden, in denen
ihre Gewerkschaften ausgeschaltet sind und die Eisenbahn-
gesellschaften die ganze Gewalt in den Händen haben, und die
man wohl mit den in der deutschen Bergwerksindustrie be-
stehenden ganz machtlosen Arbeiterausschüssen vergleichen
kann, müssen verschwinden und dem modernen Unter-
handlungsverfahren zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber
weichen. Mit den bestehenden Einigungsämtern haben es
die Arbeiter nicht vermocht, ihre teilweise geradezu jämmer-
lichen Löhne aufzubessern und ihre lange Arbeitszeit zu ver-
kürzen. In den Händen der Unternehmer haben sich die
Kerker als ein vorzügliches Mittel erwiesen, um die Forde-
rungen der Arbeiter abzuweisen oder auf die lange Bank zu
schieben; kein Wunder, wenn die Eisenbahngesellschaften mit
Zähigkeit an einer Institution festhalten wollen, die ihnen die
sicherste Gewähr bietet, daß ihre Profite wie im vergangenen
Jahre stetig steigen.

Wie wird sich die Regierung zu dem Streik verhalten, der
mehr noch wie der Seemannsstreik die Lebensmittelversorgung
des Landes in Gefahr bringt? Wer wird die Schiffe mit
Kohlen versorgen? Wie lange wird die Kriegsflotte von
ihren Kohlenvorräten zehren können? Die Regierung hat die
Vertreter der beiden Parteien für Donnerstag zu einer Kon-
ferenz zusammenberufen. Aber morgen soll ja der Streik los-
brechen und ein Ausschub ist kaum denkbar. Das einzige, was
den Streik verhindern kann, ist die Nachgiebigkeit der Eisen-
bahngesellschaften. Das Regierungsblatt, die „Westminster
Gazette“, schrieb gestern in einem Leitartikel:

Ein großer Teil der Reibung, die in der Eisenbahnwelt
entsteht, rührt zweifelsohne von der hartnäckigen Stellungnahme
der Gesellschaften her, die sich weigern, die Gewerkschaft der
Leute anzuerkennen. Dies ist eine chronische und gänzlich
unnötige Quelle der Erbitterung. Es ist kein Grund vorhanden,
weshalb die Eisenbahngesellschaften an diesem veralteten Stand-
punkt, der von allen großen Arbeitgebern aufgegeben worden
ist, und der ihren Angestellten als willkürlich und feindselig
erscheinen muß, festhalten sollten.“

Wenn dies die Ansicht der Regierung widerspiegelt, so
wäre das im Interesse des Friedens zu begrüßen. Es ist aber
recht zweifelhaft, ob die Eisenbahndirektoren, unter denen sich
die ärgsten Scharmacher Großbritanniens befinden, die An-
sichten einer Regierung revidieren werden, die sich nicht
bedingungslos auf ihre Seite stellt.

Was die Stärke der in Betracht kommenden Organi-
sationen anlangt, so haben sie augenblicklich nach Angabe der
Gewerkschaften 170 000 Mitglieder und eine Gesamtvermögen
von 6—700 000 Pfund Sterling. Die Mitgliederzahl
macht zwar nur etwas über ein Viertel aller Eisenbahn-
arbeiter aus, aber sie rekrutiert sich vorwiegend aus dem
Personal, von dem das Laufen der Züge abhängt. Der
Generalstreik der Eisenbahner wird deshalb ein ziemlich voll-
ständiger sein. Ueberdies ist nicht zu vergessen, daß sich die
Unorganisierten bei den Eisenbahnern ebenso wie bei den
anderen Transportarbeitern mit nicht geringerem Eifer in
den Kampf werfen als die Organisierten.

Die erste Frucht der militärischen Besetzung Liverpools,
wo sich augenblicklich 4000 Mann Truppen unter 4 Generälen
befinden, ist der Tod zweier Arbeiter, die gestern von den
Soldaten erschossen wurden. Offenbar waren es
Requirierte, die herbeigelaufen kamen, um sich den Spektakel
anzusehen. Die letzten Unruhen in Liverpool gingen sicher
nicht von den Streikenden aus, obwohl diese zweifelsohne über

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August 1911.

Gleichberechtigung in Bayern.

Die seit langem von dem Zentrum in Bayern betriebene perfide Sache gegen den Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, einer Gewerkschaft, der in Bayern, Württemberg, Baden ungefähr 12 000 Eisenbahnarbeiter und -angestellte angehören, hat endlich einen gewissen Erfolg aufzuweisen. Der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer, der von der bayerischen Zentrumspreffe wiederholt als Liebesäugeln mit der Sozialdemokratie bezichtigt und als reif für die Entfernung von seinem Amte bezeichnet worden ist, hat sich, um nicht vor dem Jörn der Schwärzen von seinem Posten weichen zu müssen, dazu bewogen gefühlt, folgenden Erlaß an die Präsidenten der Eisenbahndirektionen zu richten:

München, 15. August 1911.

An die Herren Präsidenten der kgl. Eisenbahndirektionen!
Die von den Herren Eisenbahnpräsidenten über den Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals erstatteten Berichte geben mir Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Nach seinem Statut schiebt der Verband alle parteipolitischen Bestrebungen ausdrücklich aus. Auch in Versammlungen und Resolutionen hat der Verband wiederholt betont, daß er nur die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertritt.

Hiermit steht das tatsächliche Verhalten des Verbandes nicht in Einklang. Denn ohne Zweifel sind im Verbandsrat Kräfte tätig, die, anstatt die statutenmäßig vorgeschriebene politische Neutralität zu wahren, ihre Aufgabe in der Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen erblicken.

Daß der Staatsbeamte sich nicht zu einer Partei bekennen darf, die grundsätzlich die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpft, folgt ohne weiteres aus seiner Stellung im monarchischen Staate. Ebenso wenig kann der Staatsbeamte einem Verein angehören, der sozialdemokratische Bestrebungen fördert. Wäre der hiesige Beweis erbracht, daß der Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals eine Organisation ist, deren Zweck oder Bestrebungen den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, so ergäbe sich die Folgerung für die dem Verbandsangehörigen Beamten ganz von selbst.

Dieser nach jeder Seite hin ausweichende Beweis scheint mir aber, wenigstens nach den bisherigen Wahrnehmungen, nicht erbracht zu sein. Immerhin sind verschiedene Tatsachen festzustellen, die der Verwaltung die Verpflichtung aufzulegen, das Verhalten des Verbandes mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Euer Hochwohlgeboren werden daher beauftragt, das Verhalten des Verbandes und seiner Ortsgruppen auch ferner sorgfältig zu beobachten und über jeden Vorgang, der für eine enge Zusammengehörigkeit zwischen Verband und Sozialdemokratie sprechen könnte, sofort zu berichten.

Außerdem werden Euer Hochwohlgeboren veranlaßt, den in Betracht kommenden Beamten und Beamtenanwärtern in wohlmeinender Absicht vorzustellen zu lassen, daß im Verbandsrat eine Richtung vertreten wird, der ein Staatsbeamter nicht folgen darf, ohne sich mit seiner Amtspflicht in stärksten Widerspruch zu setzen.

Ich glaube übrigens, annehmen zu dürfen, daß die Zahl der Beamten und Beamtenanwärter, die dem Verbandsrat als Mitglieder angehören, verhältnismäßig gering ist.

v. Frauendorfer.

Der Erlaß des bayerischen Verkehrsministers proklamiert direkt das schärfste Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie, indem er die Mitglieder dieser Partei als nicht gleichberechtigt mit den Angehörigen der anderen Parteien anerkennt und ihnen prinzipiell die Befähigung zur Bekleidung irgend welcher Staatsämter abspricht. Dem Zentrum wird dieser Erlaß trotzdem freilich kaum genügen. Es hätte ungewissheit lieber gesehen, wenn den bayerischen Eisenbahnern die Zugehörigkeit zu diesem Verbandsrat direkt verboten worden wäre, damit der unter dem Schutz des Zentrums stehende „Bayerische Eisenbahnerverband“ die lästige Konkurrenz des angeblich rein sozialdemokratischen Süddeutschen Eisenbahnerverbandes los geworden wäre. Doch vielleicht ist Herr v. Frauendorfer bereit, dem Zentrum auch diesen Liebesdienst zu erweisen und wartet nur noch darauf, daß durch den Spruch eines Disziplinargerichts der Charakter des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes als sozialdemokratisch und staatsgefährlich bezeichnet wird. Nach dem bayerischen Beamtengesetz steht nämlich die Entscheidung darüber, ob die Bestrebungen eines Vereins als staatsgefährlich zu gelten haben, den Disziplinargerichten zu, und bevor der Standpunkt der Disziplinargerichte, denen bisher noch kein solcher Fall zur Entscheidung vorlag, nicht feststeht, muß sich demnach die Regierung mit einer Warnung oder Ermahnung begnügen. Vielleicht sorgt der Herr Verkehrsminister durch die von ihm angeordnete Beweispflichtung dafür, daß bald ein Fall zur Entscheidung gelangt, dann ist der Weg für das allgemeine Verbot aus Gründen der Staatsraison frei.

In der Herbsttagung der bayerischen Kammer wird voraussichtlich unsere bayerische Landtagsfraktion ein energisches Wort mit Herrn v. Frauendorfer reden.

Liberaler Zeitungszensur.

Die nationalliberale „Königsberger Allgemeine Zeitung“, und das in Verlage der freisinnigen „Dartungischen Zeitung“ erscheinende „Königsberger Tageblatt“, haben ein Zensurverfahren verübt, das die Zensurblätter der preussischen Polizei bei weitem in Schatten stellt. Am Dienstagvormittag wurde in beiden Zeitungen ein Inserat aufgegeben, das eine Versammlung ankündigt, die Donnerstag in Königsberg stattfindet, und in der Genosse Hoffmann in Berlin über die Schreckensjahre der Sozialdemokratie sprechen wird. In der Annonce befand sich neben der üblichen Ankündigung nur das Thema, der Name des Referenten und der Satz: „Arbeiter, steht in Reihen!“

Dieses Inserat muß nach der Ansicht beider liberaler Blätter zu anständig gewesen sein, denn es wurde nicht aufgenommen. Gründe wurden nicht angegeben. Nechliche Bedenken gegen die Aufnahme des Inserats lagen in keiner Weise vor. Als aber vor kurzer Zeit Genossin Luxemburg in Königsberg sprach, und die beiden Blätter damals die sozialdemokratischen Anzeigen gebracht hatten, warf ihnen die konservative „Ostpreussische Zeitung“ vor, daß ihre vielgerühmte Königsberger und Vaterlands-Liebe für 80 bis 100 Mark — so viel ungefähr hatten die Inserate gekostet — verkäuflich sei. Das scheint gefessen zu haben. Die ostpreussischen Liberalen wollen mindestens ebenso wenig wissen, wie die konservativen. Bisher haben sie es sich nicht kosten lassen, denn die Kaiserhöflichkeit in den liberalen Versammlungen verursacht keinerlei Kosten. Aber nunmehr scheinen sie bereit zu sein, materielle Opfer für ihre Königsberger zu bringen. Daher wiesen sie die Inserate der Sozialdemokratie glatt ab.

Die liberalen Blätter tanzen also bereitwillig nach der Pfeife des konservativen Organs und handhaben die Zensur, die sie in der Theorie verwerfen, noch weit strenger als die preussische Polizeibureaukratie.

Sedan- und Marokko-Rummel.

Die Altkämpfer sind auf eine grandiose Idee verfallen. Den von ihnen jedes Jahr inszenierten Sedanrummel wollen sie dieses Jahr zu einer Aktion zugunsten der Marokkofrage ausgestalten. In Berlin spricht am 2. September der zweifelhafte sehr hervorragende Marokkolenner Reichsverbandsgeneral v. Liebert vor den Altkämpfern, die sich in den antihemischen Handlungsbereitschaften eine Verstärkung gesichert haben. Die kräftigen Zeitsätze, die das Lokal durchdröhnen werden, machen den Leuten offenbar Spaß, und dieses unschuldige Vergnügen kann man ihnen am Ende schon gönnen.

Vom Dreiklassenwahlrecht in der Kommune.

In den Städten des westlichen Industriebezirks liegen zurzeit die Listen der Wähler zur Stadtverordnetenversammlung aus. Diese Listen liefern wieder Beweise für das trasse Unrecht der Dreiklassenwahl, für die ungeheure Machtfälle der Besitzenden und die Rechtlosigkeit der arbeitenden Klasse. Da ist z. B. die Stadt Dortmund mit etwa 220 000 Einwohnern und 40 788 Wahlberechtigten. Von diesen 40 788 wählen ganze 335 — also noch nicht 1 Proz. — in der ersten Abteilung, 5391 — etwa 13 Proz. — wählen in der zweiten Abteilung, und 35 062 wählen in der dritten Abteilung. Die 335 Wähler der ersten Abteilung wählen ihre 6 Stadtverordneten so gut wie die 35 062 Wähler der dritten Abteilung. Erste und zweite Abteilung zusammen ergeben erst 5726 Wähler, die 12 Stadtverordnete wählen, während sich die mehr als sechsmal stärkere dritte Abteilung mit nur 6 Stadtverordneten, die Hälfte, begnügen muß.

In der Nachbarstadt Görde wählen in der ersten Abteilung sechs, in der zweiten 1295 und in der dritten 4158 Wähler.

Militärische Schmerzen.

Ueber die „Ueberalterung der Offiziere“ fährt die „Kreuzzeitung“ bewegevolle Klage. Mit 18 oder 19 Jahren werden, so führt das konservative Organ aus, die fähigsten Leutnants. Nach Verlauf von 16—17 Jahren Hauptleute. Sie seien also schon hoch in den dreißigern, bis sie es zum Hauptmann gebracht hätten. Bis dann der Hauptmann zum Major avanciere, vergingen weitere 12 Jahre, und bis dann der Major Bataillonskommandeur werde, noch einmal 2—2½ Jahre, so daß die Bataillonskommandeure nahe an 50 Jahre alt würden, bevor sie ihre Stellung erreichten.

Die Klage der Herren Militärs mag ja berechtigt sein. Es mag nicht angenehm sein, mit 45 oder 48 Jahren noch immer Hauptmann zu sein, wenn man womöglich schon kommandierender General sein möchte. Nur wird sich das Problem eines reicheren Abvocaten leichter lösen lassen. Da es naturgemäß sehr viel mehr Leutnants als Hauptleute, mehr Hauptleute als Majors, mehr Majors als Obersten gibt, ist es von vornherein klar, daß gar mancher Offizier unterwegs auf der Strecke bleiben muß und das Erreichen der höheren Charge nur relativ wenigen vorbehalten ist. Der Verjüngung des Offizierkorps wegen, d. h. zur Unterbringung ehemaliger Offiziere, sind ja bereits unzählige Beamtenstellen speziell ehemaligen Militärs reserviert worden. Wollte man freilich den Abvocatenwünschen der Herren Offiziere ausreißend Rechnung tragen, so müßten schließlich alle Zivilberufe mit ehemaligen Offizieren besetzt werden. Warum sollte freilich ein ehemaliger Offizier als Staatsanwalt nicht noch viel schneidigere Anträge gegen einen roten Prejudizler zu stellen vermögen als ein Jurist? Und wenn unter den Geistlichen sich mehr ehemalige Offiziere befänden, so würden die Fälle Zatho, Araay usw. sicherlich noch vereinzelter bleiben als bisher.

Oder geht etwa die Beschwerde letzten Endes dahin, daß den Offizieren auf dem Schlachtfelde mehr Gelegenheit zum Ueberbrücken der Vorgesetzten gegeben werden müsse? Unsere Kolonien gehen ja nicht zuletzt deshalb in gewissen Kreisen Sympathien, weil sie eine nie abbrechende Gelegenheit zu allerhand Kriegsabenteuern bieten. Es ist deshalb begreiflich, daß gerade in den Kreisen, aus denen unsere Offiziere stammen, die Neigung zu kolonialen und anderen Kriegsbändeln eine besonders hervorstechende ist. Jeder Krieg ist ja das radikalste Mittel gegen die von der „Kreuzzeitung“ so beklagte Ueberalterung der Offiziere! Unser stehendes Heer bildet dergestalt jederzeit eine Kriegsgefahr, die um so größer wird, je länger der Frieden währt!

Vom ostelbischen Versammlungsrecht.

In Rügen (Düsseldorfer) sollte am Sonntag, den 13. August, eine Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück des Zöpfermeisters Müller stattfinden. Einige Tage vorher wurde die Frau des Zöpfermeisters vom Amtsvorsteher Schmidt-Neulanten vorgeladen. Sie sollte darüber vernommen werden, ob sie als Eigentümerin des Grundstücks die Abhaltung der sozialdemokratischen Versammlung am 13. August gestatte. Die Frau ging nicht zum Termin. Der Amtsvorsteher ließ aber nicht locker. Am 11. August sandte er der Frau folgendes Schreiben:

Neulanten, den 11. 8. 11.

Frau Zöpfermeister Auguste Müller, Rügen.

Gegen Zustellungsurkunde.

Zu Ihrer Vernehmung darüber, ob Sie dem Parteisekretär Linde aus Königsberg die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel auf Ihrem Grundstück in Rügen am 13. August erteilt haben, habe ich einen Termin auf Sonntag, den 12. August, vormittags 9 Uhr, in meinem Amtsbüro in Neulanten anberaumt, zu welchem Sie hiermit eingeladen werden unter der Androhung, daß im Falle Ihres Nichternehmens zum Termin auf Grund des Landesverwaltungsgesetzes § 132 eine Geldstrafe von 10 M., an deren Stelle für den Fall des Unvermögens eine Haftstrafe von 3 (drei) Tagen gegen Sie festgesetzt werden wird.

Der Amtsvorsteher Schmidt.

Dem Amtsvorsteher steht selbstverständlich nicht das mindeste Recht zu, die Frau in dieser Angelegenheit zu vernehmen. Nach der heutigen Rechtsauslegung aber wäre sie wahrscheinlich in eine Strafe genommen worden, wenn sie nicht erschienen wäre, denn man legt das Gesetz dahin aus, daß ein Erscheinungszwang besteht. Ausfragen braucht man vor der Polizei nicht zu machen. Der Amtsvorsteher hatte zu allem Ueberflus noch ein direktes Versammlungsverbot erlassen, weil der in Aussicht genommene Versammlungsort nur durch einen Privatweg zugänglich sei, dessen Benutzung die Interessenten nach den Bestimmungen des Amtsvorstehers nicht gestatteten, so daß also die Versammlung notwendig zur Verletzung von Eigentumsrechten führen müsse. Ferner seien als Teilnehmer an der Versammlung dieselben Personen zu erwarten, die früher einmal in einem anderen Orte Gewalttätigkeiten verübt hätten. Deshalb lägen Tatsachen vor, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erwarten ließen, zumal die politischen Gegensätze in jener Gegend durch agitatorische Verhetzung noch verschärft seien.

Oesterreich-Ungarn.

Verhinderung der Wahlreform.

Das Ministerium hat an 28 wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Vereinigungen die Aufforderung gerichtet, zur Wahlrechtsfrage Gutachten einzureichen. Neben einer Reihe juristischer und kirchenrechtlicher Fakultäten sind dabei

die Vertretungen der Landwirte, der Unternehmer und, neben anderen politischen Organisationen, auch die sozialdemokratische Partei. Das Ganze ist natürlich eine Komödie, da man im voraus weiß, wie die Gutachten lauten werden. Die der „Arbeiterzeitung“ aus Pest geschriebenen werden sich jedenfalls vier Gutachten für, neun gegen das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht aussprechen, die übrigen fünfzehn sich mit ausweichenden Erklärungen begnügen. Da schon seit Jahren der Gesehentwurf des Ministers Krystoffy, mit reichem statistischen Material versehen, vorliegt, handelt es sich bei der ganzen „Enquete“ nur um ein Mittel, die Sache hinzuziehen und das Volk zu narren.

Frankreich.

Wahlkravalle.

Paris, 17. August. Nach einem dem Kolonialministerium aus Pondichery (Französisch-Indien) zugegangenen Telegramm kam es bei den Generalratswahlen zu einer argen Schlägerei zwischen den gegnerischen Parteien, bei der zehn Personen verwundet wurden. Truppen mußten einschreiten, um die Ruhe wieder herzustellen.

Portugal.

Zur Präsidentenwahl.

Lissabon, 17. August. In einer Versammlung der Fraktion Camarões ist der Präsident der Nationalversammlung Braamcamp mit einer Mehrheit von 47 Stimmen als Kandidat für die Präsidentschaft der Republik aufgestellt worden.

Amerika.

Sozialismus im Heere.

In Chicago wurden seit längerer Zeit sozialistische Straßenversammlungen unmittelbar vor dem Rekrutierungsbüro abgehalten. Ein Hauptredner war Genosse Kriopatria, dessen Buch „War, what for?“ (Warum Krieg?) in tausenden Exemplaren verkauft wurde. Drei dort beschäftigte Soldaten kauften sämtliche Schriften, die feilgeboten wurden, und zwei von ihnen schlossen sich der Bewegung an. Sie berichteten, daß das Amtsbüro mit sozialistischen Schriften angefüllt sei, die eifrig, von fast allen Soldaten der Station gelesen würden. Bergers Kongressrede sei von den Offizieren viel gelesen und besprochen worden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine außerordentliche Generalversammlung, die zum Parteitag in Jena Stellung nahm, tagte dieser Tage in Königsberg. Genosse Haase referierte. Ueber unsere Stellung zur Reichstagswahl meinte er, es sei selbstverständlich, daß wir bei der Hauptwahl überall selbständig und nicht etwa als Verbündete anderer Parteien auftreten und alles drausgehen werden, um siegreich aus der Schlacht hervorzugehen. Sei aber die Hauptschlacht geschlagen und stelle es sich als notwendig heraus, zu Stichwahlen Stellung zu nehmen, so werde es wesentlich davon abhängen, wie die einzige Partei, die für unsere Stichwahlhilfe in Betracht kommen könnte, die Fortschrittliche Volkspartei, sich zu uns und zur Bekämpfung des Junkertums stellen werde. Bei Gelegenheit der Reichstagswahl werde es sich auch empfehlen, einen kräftigen Vorstoß gegen Preußens Dreiklassenwahl zu unternehmen. Hier und da werde der Vortritt erhoben, daß der Parteivorstand bei manchen Fragen nicht rasch genug eingegriffen habe. Man werde dabei berücksichtigen müssen, daß der jetzige Vorstand nicht zahlreich genug zusammengesetzt sei, er folge der ständig sich mehrenden Arbeit überlastet sei. Es bestehe kein Zweifel, daß der Parteivorstand verstärkt werden müsse, und darum würde von Königsberg beantragt, den Parteivorstand um zwei Sekretäre zu vermehren, damit er die Möglichkeit habe, bei wichtigen Fragen rasch und kräftig einzugreifen. Der Referent erklärte sich mit der Taktik der Fraktion bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung und der elfah-lothringischen Verfassungsvorlage einverstanden. Die Maßfater müßte weiter ausgebaut werden.

Die Generalversammlung nahm folgenden Antrag der Parteileitung an:
Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um zwei Sekretäre zu verstärken.

Als Delegierte für den Parteitag wurden die Genossen Haase und Dövalles, sowie die Genossin Romagroski gewählt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Minden-Labbecke fand am Sonntag, 13. August, nachmittags, in Minden statt. Es waren vertreten 30 Ortsgruppen durch 37 Delegierte; eine Ortsgruppe war nicht vertreten. Ferner waren anwesend der Kreisvorstand, die Revisoren, der Bezirkssekretär, Vertreter der Redaktion und Expedition der „Volkswacht“. Die Zahl der Mitglieder ist von 916 (872 männliche, 44 weibliche) am 30. Juni 1910 gestiegen auf 1145 (1083 männliche, 62 weibliche) am 30. Juni 1911, das ist eine Zunahme von 227 Mitgliedern. Die Abonnementzahl der „Volkswacht“ ist um 386 gestiegen. Gemeindevertreter zählen wir im Kreise 19 gegen 13 im Vorjahre. 12 Flugblätter und Broschüren wurden in 34 300 Exemplaren verbreitet. 16 öffentliche und 216 Mitgliederversammlungen wurden abgehalten. Die Einnahmen des Vereins betragen im Geschäftsjahr 1910/11: Kassenbestand 442,86 M., Beiträge 2337,49 M., sonstige Einnahmen 332,49 M., in Summa 3112,84 M. Die Ausgaben betragen 2777,83 M., so daß am 30. Juni 1911 ein Kassenbestand von 334,71 M. vorhanden war. Zum Parteitag in Jena wurde Genosse Ryzinger als Delegierter gewählt. Der Vorstand wurde als Zentralwahlkomitee ernannt. Den Schluss bildeten Referate über Kommunalwahlen und die bevorstehende Reichstagswahl. Auch hier wurde eine Resolution gegen den Krieg und die Kriegsbeher angenommen.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Schaumburg-Lippe fand am Sonntag in Stadthagen statt. Vertreten waren 9 Ortsgruppen durch 18 Delegierte; 2 Ortsgruppen waren nicht vertreten. Außerdem waren anwesend der Kreisvorstand, die Revisoren, der Landesdagabgeordnete, der Reichstagskandidat, der Bezirkssekretär, Vertreter der Redaktion und Expedition der „Volkswacht“. Von 209 Mitgliedern am 30. Juni 1910 ist der Verein auf 308 am 30. Juni 1911 gestiegen. Das ist ein Mehr von 67. Die Abonnementzahl hat um 184 zugenommen. Der Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1910/11 gestaltet sich folgendermaßen: Einnahmen Bestand 105,14 M., Beiträge 1010,70 M., sonstige Einnahmen 301,25 M., in Summa 1507,09 M. Die Ausgabe betrug 999,54 M., so daß am 30. Juni 1911 ein Kassenbestand von 507,55 M. vorhanden war. Für die Landtagswahlen im Herbst wurden zehn Genossen als Kandidaten aufgestellt.

Es folgten Referate über die Reichstagswahl und über die Organisation des Wahlkampfes. Der Kreisvorstand wurde als Zentralwahlkomitee ernannt. Von der Verabschiedung des Parteitages in Jena wird Abstand genommen. Eine Resolution gegen die Kriegsbeher und den Krieg überhaupt wurde ohne Debatte angenommen.

Als Delegierte zum Parteitag sind im dritten Hamburger Wahlkreis gewählt: Heinrich Stubbe, Dr. Lausenberg, D. Grosse, Genossin Frau Brandenburg und D. Lüth.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Berufsorganisationen.

Es lohnt sich schon, einmal zu versuchen alles zusammenzufassen, was in Deutschland unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert ist, was im besonderen unter beachtlicher Interessentwahrnehmung des Arbeitsverhältnisses sich zusammengelassen hat.

Leider ist die amtliche Reichsstatistik gerade auf dem Gebiet des Organisationswesens noch äußerst mangelhaft. Wir haben zwar läckenlose Adresskalender, die bis ins frühe Mittelalter zurückreichen, aber an exakten Aufschlüssen über die Organisationen, die lebendigen Kräfte der Jetztzeit, fehlt es noch sehr. Nur die eigentlichen Arbeiterorganisationen liefern einwandfreies statistisches Material. Bei den Verbänden des sogenannten neuen Mittelstandes, und noch mehr bei denen der Arbeitgeber und ihrer Freunde, der arbeitgeberfeindlichen Arbeitergewerkschaften, mangelt es noch an klaren Uebersichten. Trotz dieser Mängel läßt sich heute doch wenigstens ein ungefähres Bild der wirtschaftlich organisierten Macht konstruieren.

Die nachstehende Tabelle soll zeigen, wie sich all die wirtschaftlichen Verbände und Vereinigungen Deutschlands, welche sich als Interessentwahrnehmungen des Arbeitsverhältnisses betrachten lassen, von 1908 bis 1910 entwickelt haben. Es hatten Mitglieder am Schlusse des Jahres:

Organisationen	1910	1909	1908
Freie Gewerkschaften	2 128 021	1 892 568	1 797 003
Christliche	295 129	270 751	204 519
Girisch-Dunst. (Zahresdurchschn.)	122 571	108 028	105 558
Unabhängige (auch Eisenbahn)	705 942	654 240	615 873
Niederländische Gewerkschaften	83 284	18 592	24 557
Weiße	79 901	70 304	65 358
Konfessionelle Gewerkschaften:			
evangelische	159 990	152 258	?
katholische	406 053 (1909)	400 083	?
Privatangestelltenverbände:			
Kaufmännische	507 245*	475 215*	469 085*
Technische	126 920	117 340	111 079
Bureauangestellte	17 067*	16 600*	12 830*
Landwirtschaftliche	20 647	20 275	19 054
Verschiedene	73 795	69 771	70 780
Zusammen	4 737 195	4 332 086	?
Arbeitgeberverbände: Mitglieder	127 424†	115 005†	159 304
Beschäftigte Arbeiter	4 027 440	3 854 880	3 648 679

Wer heute auf die Organisation, ganz gleich in welcher Art sie erscheint, schimpft, der hat eben seine Zeit nicht begriffen, oder will sie nicht begreifen. Und über die Nachwächter vergangener Rechte ist die Entwicklung noch immer hinweg gekommen.

Berlin und Umgegend.

Hinausgeworfen.

Die am Donnerstag vorgenommene Wahl der Vertreter zur Wählerzwangskommision hat dem Wählerverbanden einen sehr schönen Erfolg gebracht. Trotz aller Art Manipulationen siegte die Verbandsliste mit 640 Stimmen gegen nur 127 Stimmen, die von den gelben Meisterliebenden aufgebracht wurden. Der Sieg des Verbandes bedeutet einen Hinauswurf der Gelben, denn diese hatten in den bisher bestehenden beiden Junungsklassen die Vertretung besetzt.

Achtung, Metallarbeiter! Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Neber-Ready, Kottbusser Ufer 39/40, haben wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt; wir ersuchen denselben streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Vom Kampf in der Metallindustrie.

Die lieben Gelben.

Welcher Wertschätzung sich die Gelben erfreuen, davon legt das „P. L.“ eine nette Probe ab. Es entrüstet sich, daß neben den sozialdemokratischen Ultras auch die lieben Gelben ausgesperrt werden. Hier den schönen Erguß:

Die nationalen Arbeiter in Sachsen schienen des Wohlwollens der Regierung und der Unternehmer sicher zu sein; zum Ueberflus wurde ihnen dieses Wohlwollen noch bei jeder Gelegenheit in Aussicht gestellt. Gegenwärtig wirft die Organisation der Metallindustriellen diese Arbeiter genau so auf die Straße wie die sozialdemokratischen Ultras. Man ist auch in bürgerlichen Kreisen entrüstet über diese Taktik, und auch die Regierung wird nicht von ihr erbaut sein. Dabei muß man die rücksichtslose Art der Aussperrung beachten. In Leipzig wurden nationale Arbeiter entlassen, die 30 bis 35 Jahre im gleichen Betriebe beschäftigt waren; auch ein 82 Jahre alter Arbeiter fiog auf das Pflaster. In allen nationalen Arbeiterkreisen Sachsens herrscht über dieses Vorgehen einmütige Entrüstung, die auch in den bürgerlichen Schichten geteilt wird. Man ist überzeugt, daß diese Taktik der überberatenen Metallindustriellenorganisation die Arbeiter scharenweise den sozialdemokratischen Gewerkschaften in die Arme treiben und das in Sachsen ohnehin nicht leichte Eintreten für die nationale Arbeiterorganisation ungemein erschweren wird. Auch viele Mitglieder des Unternehmerverbandes sind weder mit dieser Taktik noch mit der Aussperrung überhaupt einverstanden. Der Aussperrungsbeschuß ist im Bezirk Dresden nur in verhältnismäßig wenig Fabriken angehestet. Auch in Chemnitz und Leipzig ist man vielfach mißmutig darüber, daß der Metallindustriellenverband seine Mitglieder in einer Zeit höchster Konjunktur zu einem Kampfe treibt, der im jetzigen Falle nur schwere Folgen haben wird; denn selbst in den Kreisen der Metallindustriellen ist man vielleicht überzeugt, daß die Anerkennung der Arbeiterorganisation bei Verhandlungen über den Arbeitsvertrag nur noch eine Frage kürzester Zeit sein wird, und die sächsische Regierung dürfte den gleichen Standpunkt einnehmen. Gegen diese selbstverständliche Anerkennung nun wirtschaftlich erschütternde Kämpfe zu führen und dabei auch der gesamten nationalen Arbeiterschaft vor den Kopf zu stoßen, ist eine Unvorsichtigkeit, die sicher auch bei den nächsten Wahlen zur Wirkung kommen wird.

Es erübrigt sich, diesem Bekenntnis einer schwachen Stunde etwas hinzuzufügen.

Streik in Solingen.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter der Solinger Stahlwarenindustrie sind gestern in den Ausstand getreten bei allen denjenigen Firmen, die das neue Preisverzeichnis anerkannt haben. Die in dem Industriearbeiterverbande organisierten Arbeiter haben einen Beschluß gefaßt, daß sie sich eventuell mit ersteren solidarisch erklären würden.

*) Die Organisationen, welche sich zu den eigentlichen Arbeitergewerkschaften rechnen, wenn sie auch in die Gruppe der Privatangestellten (Kaufleute, Bureauangestellte) gehören, sind hier nicht mitgezählt, sie erscheinen unter den freien resp. Girisch-Dunstischen Gewerkschaften.

†) Der plötzliche Rückgang der Mitgliederziffer gegenüber 1908 ist durch eine veränderte Zählungsweise entstanden.

Arbeitgeber-Terrorismus.

In Köln streiken die Elektromonteur seit einiger Zeit. Die Arbeiter haben oft versucht, durch Verhandlungen einen Tarif zu vereinbaren, wonach Arbeitszeit, Stundenlöhne usw. einheitlich geregelt werden. Jedoch die Arbeitgeber wollten von Verhandlungen nichts wissen. Darauf beschloßen die Elektromonteur den Streik, der auch ziemlich einheitlich durchgeführt wurde. Jetzt hat die Organisation der betroffenen Arbeitgeber folgendes Rundschreiben an ihre Mitglieder in ganz Deutschland verandt:

Verband der elektro-technischen Installationsfirmen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 12. 8. 11.

Geschäftsstelle Scheffelstr. 1.
R. E. G. A. 17.

P. P.

Betreffend Elektromonteurstreik in Köln.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß seit Anfang Juli unter den Elektromonteur in Köln sich eine Lohnbewegung im Gange befindet. Unser Führung unseres westdeutschen Bezirksvereins Köln haben sich sofort alle in Frage kommenden Installationsgeschäfte mit Einschluß der technischen Bureaus der Großfirmen zu einheitlichem Vorgehen verpflichtet.

Seit dem 3. d. M. hat ein großer Teil der Elektromonteur die Arbeit niedergelegt. Wir bitten Sie, Monteur und Hilfsmonteur, welche aus Köln zugereist kommen, nicht einzustellen, und darauf zu achten, daß ein Zeugnis über die letzte Tätigkeit vorgelegt wird. — In der Anlage behändigen wir Ihnen Verzeichnis Nummer 1 der Streikenden.

Bei dieser Gelegenheit teilen wir Ihnen mit, daß inzwischen die Lohnbewegung in Frankfurt a. M. beendet ist, da die Arbeitnehmer zu den Bedingungen der Arbeitgeber die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende Gg. Montanuf.

Die Geschäftsstelle: O. Fohnhof.

Die Mitteilung in dem Rundschreiben von der Arbeitsaufnahme in Frankfurt a. M. ist unrichtig. Nach einem Streik von vierwöchiger Dauer machten die Arbeitgeber in Frankfurt a. M. solche Zugeständnisse, daß der Streik aufgehoben werden konnte.

Ausland.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910.

Nach dem 7. Josten vom Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlichten Jahresbericht hat die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910 einen Rückgang nicht verhindern können. Nachwirkungen der Wirtschaftskrise in Gewerbe und Industrie, verlorene Kämpfe der Brauer, Bau- und Metallarbeiter usw., Terrorismus der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, sind die Ursachen der unbefriedigenden Resultate des verflohenen Jahres. Sämtliche 20 Verbände, die dem Gewerkschaftsbund angehören, zählen 63 833 Mitglieder, wovon 58 820 männliche und 5043 weibliche, gegen 66 174, wovon 62 099 männliche und 4075 weibliche, in 1909. Demnach ist ein Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1910 um 2311 oder 3,5 Proz. eingetreten, an dem aber nur acht Verbände beteiligt waren, während die anderen 12 Verbände einen weiteren Mitgliederzuwachs erfahren haben. Da sich aber im Berichtsjahre der Lokomotivbeizerverband mit 2110 Mitgliedern dem Gewerkschaftsbund angeschlossen hat, so würde ohne diesen Anfluß der Mitgliederzuwachs rund 4000 betragen.

Die Einnahmen der Verbände betragen 1 815 283 Fr. (1909: 1 459 816 Fr.), die Ausgaben 1 929 251 Fr. (1 168 503 Fr.), wovon 530 000 Fr. für die verschiedenen Unterstützungszwecke, 555 099 Fr. für Streiks, Gemahrgeld und Aussperrungen, 143 941 Fr. für die Verbandsoorgane, 233 829 Fr. für die Verwaltung, 68 560 Fr. für Agitation und Delegationen ausgegeben wurden. Die Kasse des Gewerkschaftsbundes vereinnahmte 43 453 Fr. und verausgabte 39 259 Fr., das Vermögen vermehrte sich um 2577,64 Fr. auf 12 832,63 Fr.

Im Berichtsjahre waren 826 wirtschaftliche Kämpfe mit 86 184 Beteiligten in 2488 Betrieben an 303 Orten zu verzeichnen. Organisiert waren von den Beteiligten 19 515 Arbeiter und 275 Arbeiterinnen, zusammen 19 790. Von den Kämpfen waren 247 mit 28 972 Beteiligten Lohnbewegungen, 78 mit 5796 Beteiligten Streiks und 11 mit 1655 Beteiligten Aussperrungen. Ertrungen wurden insgesamt 907 192 Stunden jährliche Arbeitszeitverkürzung für 7395 Arbeiter in 1148 Betrieben und 1 723 800 Fr. jährliche Lohnerhöhung für 16 748 Arbeiter in 1517 Betrieben. In 105 Fällen mit 11 318 Beteiligten in 1445 Betrieben wurden Tarifverträge abgeschlossen.

Dies sind angesichts der großen Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz zu kämpfen hat, ganz schätzenswerte Erfolge.

Generalsstreik in Portugal.

Paris, 17. August. Wie der Korrespondent des „Journal“ in Lissabon behauptet, steht in Portugal der Generalsstreik unmittelbar bevor. Auch die Monarchisten seien dieser Bewegung nicht feindlich gesinnt. Es sänden tagtäglich öffentliche Versammlungen statt, in denen die Redner für ihre Sache Stimmung zu machen suchten und die Menge aufwiegelten, sich an einer Bewegung zum Sturze des Ministers für Wissenschaften und schöne Künste und des Ministers des Innern mit den Monarchisten zu beteiligen.

Aus der frauenbewegung.

Ein australischer Staatsmann über die Erfahrungen mit dem Frauenstimmrecht.

McGowan, der Ministerpräsident von New Südwales, der sich auf der Rückreise von London in New York aufhielt, äußerte sich dort über die Erfolge der politischen Frauenrechte in anerkanntester Weise. Er nannte Sydney die bestverwaltete Stadt der Welt und führte das zum großen Teil auf die Mitverwaltung durch Frauen zurück. Die Wahlbeteiligung der Frauen sei größer als die der Männer. McGowan, der seit 1891 zu den Führern der Arbeiterpartei gehört und seit vorigem Herbst im Amte ist, nimmt an, daß Dreiviertel der Frauen ihre Stimme nach dem Tode ihres Mannes oder eines anderen Angehörigen abgeben. Aber die Zahl der selbständig Entscheidenden nehme von Jahr zu Jahr zu. Die Lehre der Pflichten von der „Unweiblichkeit“ des Wählens lehnt er, ebenso wie seine Frau, die ihn begleitet, entschieden ab. Gerade das Gegenteil sei wahr. „Sie sollten einmal die Veränderung sehen, die infolge der Anwesenheit der Frauen in den Wahlversammlungen vor sich gegangen ist. Die Unordnung, die diese Versammlungen früher kennzeichnete, ist verschwunden.“

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die am Montag abgehaltene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin nahm den Rassenbericht für das zweite Quartal entgegen. Derselbe schließt für die Lokalkasse in Einnahme und Ausgabe mit 1 300 268 Mk. Der Rassenbestand beträgt 1 153 296 Mk. Er hat sich gegen das vorige Quartal um etwa 30 000 Mk. vermindert infolge größerer Streikunterstützungen. Im ganzen wurden im zweiten Quartal für die verschiedenen Unterstützungszwecke 591 471 Mk. ausgegeben. — Der Bericht des Kassierers wurde ohne Einwände entgegen genommen. Dann erfolgte die Reuwahl eines Teiles des Vorstandes. Wiedergewählt wurden als 2. Bevollmächtigter Handte, als 1. Kassierer Henning. Dieser erklärte vor der Wahl, er könne das Amt nur unter der Voraussetzung wieder annehmen, daß seine Arbeitszeit geregelt werde. Er habe bisher zahllose Ueberstunden machen müssen. Das Gehe über seine Kraft. — Ferner

wurden gewählt als Revisoren Krause und Erler, als Beisitzer Stobsa und Ismar.

Die Ortsverwaltung beantragt, die Zahl ihrer Angestellten um 6 zu vermehren. Zur Begründung des Antrages verweist Handte auf das Wachstum der Organisation, wodurch die Arbeit der Angestellten sich derart gesteigert habe, daß sie von den vorhandenen Kräften nicht mehr bewältigt werden könne. — Nachdem sich mehrere Redner zu dem Antrage geäußert hatten, wurde die weitere Verhandlung desselben auf eine außerordentliche Generalversammlung vertagt, die sich auch mit einem Antrage auf Erhöhung der Mindestgehälter beschäftigen wird.

Zentralverband der Zimmerer. Der Jahrestellenversammlung für Berlin und Umgegend, die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagte, lag die Abrechnung vom 2. Quartal vor. Sie schließt für die Zentralkasse mit der Bilanzsumme von 23 453,50 Mk. ab. An die Hauptkasse wurden 13 455,45 Mk. abgeliefert. Im übrigen ist der größte Ausgabenposten der für Arbeitslosenunterstützung mit 4707,75 Mk. In der Abrechnung der Lokalkasse ist die Bilanzsumme 89 880,99 Mk. Unter den Ausgaben sind 1272,75 Mk. für Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, 1892,75 Mk. für Maintenerstützung. Die Zahlstelle hatte am Quartalschluß 2401 Mitglieder. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Wellso einstimmig Decharge. Man beschäftigte sich sodann mit der Frage der Einführung des Hauskassierersystems. Die Bezirke, die schon zu der Angelegenheit Stellung genommen hatten, sind teils für, teils gegen die Hauskassierung. Fünf Bezirke haben sich schon für eigene Haus eingeführt. Die der Vorsitzende Witt ausführte, war nun der Vorstand auf Grund eines Berichtsantrages zu dem Entschluß gekommen, der Versammlung eine Resolution zu empfehlen, in der erklärt wird, daß die Hauskassierung als eine bessere Regelung der Beitragszahlung anzusehen ist, und den Bezirken empfohlen wird, sie überall, wo die Vorbedingungen dazu vorhanden sind, einzuführen, sowie ferner der Wunsch ausgesprochen wird, daß in nächster Zeit eine Konferenz der Bezirksfunktionäre die Entschädigung der Haus- und Bezirkskassierer einheitlich gemäß dem Regulatoriv regeln möge. — Die Resolution wurde von der Versammlung ohne Widerspruch angenommen. — Es wurden sodann noch verschiedene Verbandsangelegenheiten erledigt. Als Revisor wurde Bredow gewählt.

Letzte Nachrichten.

Die neueste Polizeischießerei.

Im lokalen Teil unserer heutigen Nummer berichten wir über einen große Erregung hervorgerufenen Vorfall am Großen Ufer wo ein Polizeier einen Fürsorgezögling angeschossen hat. Der polizeioffizielle Bericht über die Schießerei ist uns gestern spät nachts noch zugegangen. Hier ist er:

Berlin, den 17. August. Der Fürsorgezögling Bruno Treptow, geb. am 22. März 1891 zu Berlin, der vor einiger Zeit aus einer Fürsorgeanstalt entlassen war, wurde zwischen 6 und 7 Uhr abends, als er mit seinem Bruder die Kartoffelpuffer-Bäckerei an der Oberbaumbrücke, Ecke Gröden-Ufer betrat, von einem Beamten des 63. Polizeireviere erkannt. Dieser ging mit einem nicht uniformierten Kollegen in die Bude und forderte Treptow auf mitzugehen. Da Fluchtverdacht vorlag, wollte der Schußmann ihn an die Handfessel nehmen. In diesem Moment stürzten sich aber die Gebrüder auf die Beamten, warfen den Schußmann zu Boden, zerrissen ihm die Livree und regelien ihn mit Fuhrtritten. Durch den Lärm waren Passanten aufmerksam geworden und alarmierten einen in der Nähe patrouillierenden Schußmann mit der Nachricht, daß ein Kollege von ihm in der Pufferbude totgeschlagen wurde. Der Beamte eilte sofort dahin. Als er den ziemlich dunklen Raum betrat, hatte das Publikum bereits die beiden Brüder von den Beamten abgedrängt, wohl um ihnen zur Flucht zu verhelfen (1). Als die Kommiss den dritten Beamten erblickten, warfen sie sich sofort auf ihn. Der Angegriffene machte nun, um so mehr, als er einen blühenden Gegenstand in der Hand von Treptows Bruder sah, von seinem Revolver Gebrauch und jagte Treptow eine Kugel in die Brust, so daß er sofort schwer verletzt zu Boden sank. Während man sich um ihn bemühte und ihn nach dem Urban-Krankenhaus brachte, benutzte sein Bruder die Gelegenheit und entflo.

Eine ebenfalls vom Alexanderplatz aus gespielte Korrespondenz — die infolgedessen genau wie der „offizielle“ Bericht mit größter Vorsicht zu gentehen ist — schreibt über das Niederstürzen des Fürsorgezöglings:

Von einem Schußmann bei der Verhaftung angeschossen wurde heute nachmittag in der achten Stunde der am 22. März 1891 in Berlin geborene Fürsorgezögling Bruno Treptow, der seit einiger Zeit aus seiner Fürsorgeanstalt entlassen war und sich unangemeldet in einer Laube am Großen Ufer und Oberbaum aufhielt. Der Vengel hat früher sich lediglich von Diebstählen genähert und ist verschiedentlich dem Strafgelehr fallen und der Fürsorge anheimgegeben worden. Die Polizei erfuhr, daß er sich dort in der Laube eingekerkert habe. Zwei Beamte des 111. Reviers, der zweite Kriminalbeamte und ein Uniformierter, begaben sich nach der Laube, um den Fürsorgezögling heute zu verhaften. Sie trafen ihn auch dort und waren im Begriff, mit dem Jögling nach dem 111. Revier zu gehen, als dieser sich wie ein Wüterker auf den uniformierten Schußmann warf, diesen zu Boden riß, ihm sein eigenes Seitengewehr abnahm und nun während auf den Beamten einzuschlagen versuchte. Ein Beamte des 63. Reviers, der dazugekommen, machte nun von seiner Schußwaffe Gebrauch und schoß dem Treptow eine Kugel in die Brust, die unterhalb des Schulterblattes liegen blieb. Treptow wurde in ärztliche Behandlung behufs Notverbandes gebracht und von dort nach dem Krankenhaus am Urban transportiert.

Einsurz in einer französischen Kirche.

Paris, 17. August. (Fr.-G.) Wie aus Pau gemeldet wird, brach während einer Zeremonie in der Kirche von Auzurucq, einer kleinen Gemeinde in dem Departement Hautes-Pyrenées, die Männertribüne zusammen. Die Frauen, die sich unterhalb dieser Tribüne befanden, konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. 20 Männer, die von ihren erhöhten Sitzen auf den steinernen Boden der Kirche niederkürzten, wurden verwundet. Fünf derselben sind so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus transportiert werden mußten. Bei der durch die Katastrophe hervorgerufenen Panik wurden mehrere Frauen ohnmächtig. Einige Kinder sind in dem Gedränge gleichfalls verletzt worden.

Die Cholera.

Konstantinopel, 17. August. (W. T. M.) Heute sind in der Stadt 35 Fälle von Cholera vorgekommen, von denen sechs tödlich verliefen. Der Bürgermeister und die Sanitätsärzte der Vorstadt Bujukdere sind wegen Nachlässigkeit abgesetzt worden. In Albanien sind 40 neue Cholerafälle vorgekommen, von denen 22 tödlich verlaufen sind.

Sturmjähden.

Riga, 17. August. (W. T. M.) In den Wäldern und Gärten hat der Sturm große Verheerungen angerichtet. Auch Schiffshavarien werden gemeldet; so wurde im hiesigen Hafen das Segelschiff „Jacob Maria“ zertrümmert, ein Matrose ist ertrunken.

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Argentinien, Sennig 5,-; Aachen-Stadt, 2. Du. 11 111,04; Aachen-Land, 2. Du. 11 91,60; Altona, 8. u. 10. Schl.-Hollst. Kr., 2. Du. 11 2352,-; Arnstadt (Wahlkr. Schwarzg.-Sondershausen), 2. Du. 11 162,51; Ahaus-Steinfurt, 1. Du. 11 19,10; Aalen, 13. württ. Kr., 2. Du. 11 19,08; Berlin-Groß, a. Konto seiner acht Wahlkreise 20 000,- (darunter Alexander F. 6,-, F. J. 3. 2. und 3. Du. d. P. 14/15 6,-, Schnabel 1,-, für Wärsch. u. Kranz-überfchuh (Singer) v. d. Arb. d. Fa. Ludwig Löwe 168,40, S. den Koll. d. Argusmotoren für Vierprozent 17,-, V. d. Kupferhämmer d. Argusmotorengesellschaft 8,-, für Kranzj. (Vorgang) v. d. Arb. d. Fa. Ludwig Löwe 169,95, zum Wahlfonds d. Vorkhardt, 5. Abt. 2,65, Köppler 2,-, Referat Bohn a. Wahlfonds 6,-, Referat Dr. Bernstein 8,-, Sparverein Freundschaft 1,50, Weisteg 1,-, A. W. Wäster 1,-, Kranzüberfch. d. freigeorgianisierten Arbeiter d. Fa. Siemens 300,-, Referat Martin Meyer 8,-, Amerikanische Auktion 5. e. roten Hochzeit a. 1. Pfingstfeiertag 9,-, Dr. R. R. 25,-, Mag. Parteifonds 6,-, Untenberg 29,70, Heberich d. Kranzj. d. Piano-fortefabrik A. Jachimsky 2,90; Berlin, div. Beitr.: S. J. 50,-; Theodor Biele, Wirtschft. 11 20,-; a. Reichst.-Wahl v. d. Notat.-Arb. d. Verf. Tagebl. 10,-; G. L. 30,-; Dr. E. A. 100,-; P. S. Konrad 2,80; D. E. Rüdiger 19,-; Kontobuch-arb. v. Bedding 5,-; Kranzüberfch. v. Arb. d. deutsch. Telephonwerke, Zeughoffstr. 6-7 50,50; Ungenannt d. Schildhauer, Rüdiger 8,-; Vese- u. Distriktsklub Johann Jacobi 5,-; Zwei Akademiker aus einem Wettspiel A. P. J. 2. 1,75; A. W. 50,-; R. B. 4,-; Ad. R. 10,-; Breslauer Agit.-Bez., 2. Du. 11, Wahlkreise: Gubrau-Steinow 4,76; Wittich-Treibitz 38,42; Groß-Wartenberg-Dels 21,76; Ranslau-Brieg 74,12; Dblau-Kimpfisch 83,10; Breslau Ost u. West 1567,60; Breslau-Land Reumarkt 367,52; Reustadt i. O. 27,98; Reiffe 7,90; Glogau 28,-; Liegnitz-Gagnau 347,88; ferner 1. Du. 11, Wahlkreise: Groß-Wartenberg-Dels 24,94; Reiffe 8,40; Sa. 2002,28; Weußen, Agit.-Bez. Oberschlesien, 2. Du. 11, Wahlkreise: Kreuzburg-Rosenberg 4,30; Oppeln 2,95; Cofel-Groß-Streffitz 4,10; Lublitz-Gleiwitz 19,-; Weußen-Zarnowitz 93,32; Rattowitz-Jagrze 69,85; Fleh-Rybnik 8,73; Ratibor 21,50; Leobischitz 2,71; Sa. 225,96; Desgleichen Einmen-schaffler-Beiträge 66,40; Bremen, 1. Halbjahr 11 5098,23; Bernburg, Anhalt II 1. Du. 11 455,19; Vochum-Gelsenkirchen, 2. Du. 11 1008,69; Brandenburg-Westbavelland, 2. Du. 11 787,88; Braunschweig, I. R.-B.-R., 2. Du. 11 1253,82; Braunschweig, II. R.-B.-R., 2. Du. 11 158,84; Braunschweig, III. R.-B.-R., 2. Du. 11 145,44; Bremerhaven, 19. hann. R.-B.-R., 2. Du. 11 649,73; Biberach, 16. württ. Kr., 21,10; Baugen, Resid. 1. 10/11 546,-; Bern. P. 2. 50,-; Köln a. Rh., Reg. B. 20,-; Crailsheim, 12. württ. R.-B.-R., 1. Du. 11 9,42; desgl. 2. Du. 11 11,40; Coburg, 2. Du. 11 114,60; Cassel-Reslungen, 2. Du. 11 753,72; Casseler Agit.-Bez., 2. Du. 11, Wahlkreise: Rinteln-Hofgeismar 160,50; Friedlar-Homburg 50,70; Eichwege-Edmalfalben 314,88; Hersfeld-Rothenburg 44,64; Waldb.-Pymont 35,34; Sa. 606,08; Erfeld, 2. Du. 11 293,36; Köln a. Rh., Wahlkreisbeitrag, 2. Du. 11 1200,-; Coblenz-St. Goar, 2. Du. 11 20,-; Cottbus-Spremberg, 2. Du. 11 200,-; Dortmund-Hörde, 2. Du. 11 1868,25; Düsseldorf, 2. Du. 11 1803,84; Driesen, Kreis Arnswalde-Friedeberg, Jahresbeitrag 10/11 76,-; Drossen (Dj. und West-Sternberg), 2. Du. 11 15,60; Darmstadt-Gru.-Gerau, 2. Du. 11 406,05; Danzig, Agit.-Bez. Westpreußen, 2. Du. 11, Wahlkreise: Elbing-Marienburg 84,84; Danzig-Land 61,76; Danzig-Stadt 255,90; Reustadt-Baithaus 1,90; Berent-Stargard 5,-; Stuhm-Marienerwerder 12,18; Graudenz-Strasburg 43,57; Thorn-Stum 5,99; Schwie 4,28; Konitz-Ludwig 2,20; Schlochau-Platow 8,18; Deutsch-Arone 12,91; Sa. 493,96; Duisburg-Mülheim, 2. Du. 11 693,37; Emskirchen-Bergheim, 2. Du. 11 12,20; Emden, 1. hannob. R.-B.-R., Jahresbeitrag, 10/11 478,48; Einbeid-Diterode, 2. Du. 11 176,02; Eilen-Fluhr, 2. Du. 11 920,63; Ehlingen, 2. Du. 11 539,59; Eberswalde (Oberbarnim) 2. Du. 11 122,86; Falkenberg O/S. A. 2. 3,-; Flensburg, 1. u. 2. schlesw.-holst. R.-B.-R., 2. Du. 11 408,-; Frankfurt-Debus, 2. Du. 11 264,-; Freiberg, 9. sächs. R.-B.-R., Resid.beitrag 09/10 159,90; Finsterwalde, Kreis Kalau-Ludau, 2. Du. 11 251,76; Gera, Neuf. J. 2. 2. Du. 11 668,-; Goslar, 13. hann. R.-B.-R., 2. Du. 11 119,81; Guben-Lübben, 2. Du. 11 273,94; Gießen-Grünberg, 1. Halbj. 11 307,60; Göttingen-Minden, 1. Halbj. 11 228,60;

- Güstrow, 6. medl. R.-B.-R., 2. Du. 11 147,51; Gotha, Landesorganisation, Resid. 157,93; Goldbeck i. Altmark, v. einem Genossen 10,-; Gagen-Schwehn, 2. Du. 11 654,86; Garmeln-Linden, 1. Halbj. 11 860,-; Gornberg, 2. bad. R.-B.-R., 2. Du. 11 94,05; Gochingen, 18. württ. R.-B.-R., 2. Du. 11 7,28; Gerford-Galle, 2. Halbj. 10 539,89; Heiligenstadt-Worbis, 2. Du. 11 6,-; Hamm-Soest, 2. Du. 11 301,65; Hanau-Bodenheim, 2. Du. 11 1721,71; Hemelingen, 6. hann. R.-B.-R., Jahresbeitrag, 10/11 1082,25; Höchst-Iltingen, 2. Du. 11 572,50; Jechow, 5. Schl.-Hollst. R.-B.-R., 2. Du. 11 423,69; Karlsruhe-Bruchsal, 2. Du. 11 211,35; Kiel, 2. Du. 11 2648,72; Königsberg, Agitationsbezirk Ostpreußen, 1. Halbjahr 11, Wahlkreise: Königsberg-Stadt 1016,19; Königsberg-Land-Fischhausen 224,35; Tilsit-Rieberung 92,91; Gumbinnen-Insterburg 80,17; Labiau-Wehlen 54,03; Ragnit-Willallen 45,84; Remel-Gebedrug 88,98; Rastenburg-Friedland 29,84; Oletzko-Lyd 19,66; Osterode-Neidenburg 12,54; Braunsberg-Heilsberg 7,80; Einzelmitglieder 15,44; Sa. 1637,70; Lingen-Weppen, Jahresbeitrag, 10/11 3,25; Lippstadt-Brilon, 1. Halbj. 11 29,02; Löttau, 2. sächs. R.-B.-R., Resid. 10/11 490,18; Lohr, 6. bad. R.-B.-R., 2. Du. 11 52,86; Lüdenscheid-Iserlohn, 2. Du. 11 155,20; Lörrach i. B., 4. bad. R.-B.-R., 2. Du. 11 51,85; Laupheim, 15. württ. R.-B.-R., 2. Du. 11 4,80; Rudenwalde-Jüterbog, 2. Du. 11 428,05; Magdeburg, 2. Du. 11 1381,35; Mahen-Ahrweiler, 2. Du. 11 24,48; Mählhausen-Langensala, 2. Du. 11 154,45; Münster-Goesfeld, 2. Du. 11 33,48; Weste-Diepholz, 1. Halbj. 11 52,50; Minschen-Grabbach, 2. Du. 11 70,74; Mainz-Doppenheim, 2. Du. 11 310,50; Marburg-Franenberg, 2. Du. 11 27,95; Meiningen I, 2. Du. 11 57,84; Meiningen II, 2. Du. 11 365,72; Neuwid a. Rh., 2. Du. 11 12,54; Raumburg-Beil, Jahresbeitrag, 10/11 390,-; Neubrandenburg, 7. medl. R.-B.-R., Resid. 10/11 139,15; Rieneburg, 7. hann. R.-B.-R., 1. Halbj. 11 129,01; Reumart i. Sa., d. gelt. Bezirk, 3,-; Osnabrück, 1. Halbj. 11 802,40; Offenburger-Rchl. 2. Du. 11 62,40; Oldenburg i. O., 2. Du. 11 208,93; Oberlangenbielauer-Agit.-Bez., 2. Du. 11, Wahlkreise: Hirschberg-Schöna 105,93; Waldenburg 420,63; Schlag-Schellmerdt 7,36; Landesgut 108,08; Reichensbach-Neurode 297,52; Schweidnitz-Striegau 411,60; Sa. 1351,12; Ottenen-Pinneberg, 6. schlesw.-holst. R.-B.-R., 2. Du. 11 800,-; Paderborn-Würen, Jahresbeitrag, 10/11 4,85; Pirna, 8. sächs. R.-B.-R. 3591,53; Potsdam-Dickholland, 2. Du. 11 464,78; Pforzheim-Durlach, 2. Du. 11 429,78; Prenzlau-Angermünde, 2. Du. 11 67,-; Prignitz, Ostprignitz, Resid. 10/11 29,09; Quedlinburg-Aischersleben-Kalbe, 2. Du. 11 764,30; Rostock-Dobersan, 2. Du. 11 510,03; Ruppin-Zemlin 100,-; Reddinghausen-Vorten, 2. Du. 11 885,-; Rastatt, 8. bad. R.-B.-R., 2. Du. 11 35,48; Sächsisch-Merleburg-Querfurt, Jahresbeitrag, 10/11 641,60; Singen a. H., 1. bad. R.-B.-R., 2. Du. 11 46,56; Saargemünd-Jordach, 1. Halbj. 11 40,76; Salzweil-Gardelegen, 4. Du. 10 65,56; Schaumburg-Lippe, 1. Halbj. 11 116,40; Stendal-Osterburg, 2. Du. 11 218,-; Solingen, 2. Du. 11 805,-; Schwemmingen, 9. württ. R.-B.-R., 2. Du. 11 201,42; Stuttgart, Stadt u. Amt, 2. Du. 11 1821,82; Gau Südbayern, 2. Du. 11, Wahlkreise: München I u. II 8031,54; Aichach 134,78; Ingolstadt 82,82; Wasserburg 19,50; Weilheim 111,40; Rosenheim 222,62; Traunstein 69,54; Landshut 62,34; Straubing 83,49; Passau 26,44; Pfarrkirchen 7,96; Deggendorf 10,14; Rehlheim 1,50; Augsburg 220,05; Donauwörth 10,66; Dillingen 11,88; Jülichsen 81,20; Kaufbeuren 20,16; Immenstadt 114,78; Regensburg 110,88; Sa. 4283,65; Stodelsdorf, Fürstentum Lübeck, 2. Du. 11 349,55; Schleswig, 2. Du. 11 181,06; Trier, 2. Du. 11 14,-; Toluca (Mexiko) Gruppe deutscher Sozialdemokraten 135,92; Neizen i. O., 1. Halbj. 11 95,75; Wierzen, von einer lustigen Namenstag-Gesellschaft 2,35; Würzen, 11. sächs. R.-B.-R. a. Konto 800,-; Warburg-Höger, 1. Halbj. 11 7,55; Wittenberge (Westprignitz), 2. Du. 11 46,75; „Wahrer Jakob“, „Neue Zeit“, „Gleichheit“ a. Konto 20 000,-; Beglar-Altenkirchen, 1. Halbj. 11 84,30; Worms-Heppenheim, 2. Du. 11 129,-; Wolmirsdorf-Reuhaldensleben, 2. Du. 11 349,18; Wanzleben, 2. Du. 11 512,50; Weimar, 2. Du. 11 256,18; Wittau, Resid. 10/11 630,00; Wridau, 18. sächs. R.-B.-R., Resid. 10/11 1272,17; Züllichau-Krossen, 2. Du. 11 100,42.

Infolge eines Druckfehlers sind im Juni unter Weihen anstatt 2560,- R. 25,60 R. quittiert worden.

Zahlungen für die Parteikasse können künftig auch an das Postfach 1010 A. Gerlich, F. Ebert, Berlin 7918 gehen.

Berlin, den 15. August 1911.

Für den Parteivorstand: J. B.: Fr. Ebert, Lindenstr. 8.

Anträge zum Parteitag in Jena.

Tagesordnung des Parteitages.

- 1. Breslau: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die auswärtige Politik Deutschlands“.
- 2. Schwarzburg-Sondershausen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Wahlrechtsfrage in sämtlichen deutschen Bundesstaaten“.
- 3. Zeitz-Weichenfels: Das Referat Webers über die Reichstagswahlen“ anschließend an den parlamentarischen Bericht folgen zu lassen.
- 4. Zellow-Weeslow: Auf die Tagesordnung des Parteitages in Jena die „Auswärtige Politik“ zu setzen und den Parteivorstand ersuchen, einen Referenten hierfür zu bestellen.
- 5. Berlin IV: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der preussische Wahlrechtskampf“.

Agitation.

- 6. Stuttgart: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Marokkopolitik“.
- 7. Breslau I. Gubrau: Der Parteitag wolle beschließen: In Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Agitation die politisch zurückgebliebenen Wahlkreise finanziell energischer zu unterstützen, und zum Wahlkampf in die schlesischen Wahlkreise auch Reichstagsabgeordnete als Redner senden zu wollen.
- 8. Göttingen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine rege Agitation gegen den Militarismus und für den Völkerverfrieden bei jeder gegebenen Gelegenheit zu entfalten, und bewahrt, daß der Parteivorstand nicht das Marokkoabenteuer dazu benutzt hat, um die Initiative zu einer umfassenden, einheitlichen Aktion der Partei für den Völkerverfrieden zu ergreifen.
- 9. Berlin IV: In jedem Bezirk der einzelnen Wahlvereine Deutschlands ist eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage einzurichten, und zwar dergestalt, daß die Parteigenossen angehalten werden, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen.

Die so gewonnenen Adressen sind dann im Auftrage der Verwandten zu bearbeiten und später den zuständigen Landagitationskommissionen zu überreichen, um denselben als Stützpunkt für ihre weitere örtliche Agitation zu dienen.

- 10. Stuttgart: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, für den bevorstehenden Wahlkampf eine Agitationsbrochure herauszugeben, in der das Verbrechen, das die bürgerlichen Parteien und ihre Regierung während der letzten Legislaturperiode am Volke begangen haben, gebührend gekennzeichnet wird.

Organisation.

- 11. 8. und 10. schlesw.-holst. Kreis: Im § 7 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird unter 1. der letzte Satz, welcher lautet: „Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.“ gestrichen.
- 12. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens eine Zentrale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteigehefte regelmäßig zu besuchen und für deren geschäftliche, organisatorische Fortschritte besorgt zu sein. Die Institution ist ähnlich gedacht, wie solche von den deutschen Genossenschaften durch ihre Verbandsrevisoren bereits geschaffen ist.
- 13. Kärnberg: Der Parteivorstand hat sofort eine Anstalt im Anschluß an das Pressebureau zu schaffen, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsfugschriften und Broschüren ermöglicht.
- 14. Köslin-Kolberg: Der Parteitag wolle dahin wirken, die Parteibeiträge vorläufig nicht zu erhöhen.
- 15. 17. hannoversch. Kreis: Der Parteitag möge beschließen, das Pressebureau so zu gestalten, daß es bei wichtigen Tagesereignissen Ausschere der Parteipresse zur Verfügung stellt.
- 16. Hamburg III, Distrikt Elbe: Der Parteitag möge beschließen, daß mit der Bekanntgabe der Tagesordnung zum Parteitag zugleich der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird.
- 17. Berlin I: Die der Partei und damit dem Parteivorstande aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erwachsenden Aufgaben machen eine Verstärkung der

Kleines feuilleton.

Die Hundstagshitze des Sommers 1911 gehört der Bitterungsgeschichte an. Ob die Hitze noch einmal wiederkehrt, läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen; jedenfalls hat die längste Hitzeperiode, die Deutschland in neuerer Zeit erlebt hat, ihr Ende gefunden, und es ist deshalb interessant, die Temperaturwerte dieser Periode zusammen zu stellen, soweit das Beobachtungsmaterial darüber schon vorliegt.

Man wird sich vielleicht wundern, zu hören, daß während der vergangenen Wochen neue Temperaturmaxima in Deutschland nicht erreicht worden sind. Man hat zwar wiederholt von 40 und mehr Wärmegraden in den Blättern gelesen; aber wissenschaftlich genaue Schattentemperaturen waren das nicht und in Wirklichkeit ist nirgendwo in Deutschland ein derartiger Rekord erreicht worden. Die Höchsttemperaturen, die zur Messung kamen, wurden am 23. Juli zu Frankfurt a. M. und zu Magdeburg mit 37 1/2 Grad verzeichnet. Es ist aber in früheren Jahren innerhalb des Deutschen Reiches schon öfter gewesen; so hatten es am 19. August 1892 Liegnitz und Grödenberg bis auf fast 39 Grad Celsius gebracht; Amberg i. Bayern hatte am 18. August des gleichen Jahres sogar fast 40 Grad Hitze gehabt, und zu Reichenshall in Oberbayern wurde am selben Tage die höchste je in Deutschland beobachtete Temperatur von 41 1/2 Grad C. gemessen. Wir sind diesmal also an die früheren Hitzerekorde noch nicht herangekommen, was seinen Grund darin haben dürfte, daß während der ganzen Hitzeperiode dieses Jahres diejenige Wetterlage, die das heißeste Wetter bringt, eigentlich ganz gefehlt hat. Das Maximum des Luftdrucks hat nämlich niemals in Süddeutschland, sondern entweder im Zentrum oder im Norden oder Nordosten des Erdteils gelegen. Dieser Umstand bedingte andererseits wieder die große Veränderlichkeit der Witterung. Während der heißen Hundstage von 1904 war das Druckmaximum dagegen vorwiegend im Osten und Südosten Europas verlagert.

Tage mit 87 Grad Wärme kamen an zahlreichen Orten vor. Ueberaus groß und über das ganze Land verteilt war die Zahl der Orte, die 80-34 Grad Wärme, die meisten sogar mehrfach, erreichten. Nur ganz wenige Orte in Deutschland blieben mit ihrem Maximum unterhalb von 80 Grad.

Die große Trockenheit während der Hitzeperiode war übrigens nicht minder auffällig als die hohe Temperatur. Obgleich war die Regenmenge in den meisten Landesteilen schon lange vorher weit unter dem normalen Durchschnitt geblieben. Am schärfsten ausgeprägt war die Trockenheit seit dem Frühling im Gebiet der Elbe; so ist, ebenso wie 1904, in Dresden der Elbstrom zum Teil versiegt, so daß ein Teil des Flußbettes trockenen Fußes durchschritten werden kann.

Der Trockenheit und dem Mangel an Bewölkung entsprechend war die Sonnenscheindauer in den meisten Landesteilen sehr hoch. Den höchsten Wert mit 88 Proz. der möglichen Stunden des Sonnenscheins meldete Potsdam für die Woche vom 6. bis 12. August. Gelle hatte in der vergangenen Woche 7 völlig heitere

Tage, was in Deutschland eine große Seltenheit ist; 6 heitere Tage meldeten zahlreiche Orte.

Die Zahl der Sommertage, an denen das Thermometer bis 25 Grad Celsius oder darüber steigt, war naturgemäß außerordentlich groß. Berlin, das normalerweise im ganzen Jahre nur 98 Sommertage aufweist, hatte deren in ununterbrochener Aufeinanderfolge vom 22. Juli bis zum 15. August nicht weniger als 26, was noch niemals zuvor der Fall gewesen ist. Die meisten Sommertage, die in Berlin seit 1848 vorgekommen sind, brachte das heiße Jahr 1868 mit 70, wogegen 1864 das Minimum von nur 17 Sommertagen beobachtet wurde.

Wie London mit Wasser versorgt wird. Was man gewöhnlich unter einer Großstadt versteht, ist gegen die Riesengröße London, die größte der Erde, immer noch wie ein Zwerg, und selbst Berlin in seinem weitesten Umfang als Großberlin hat nur ungefähr die Hälfte der Einwohnerzahl von London. Man kann sich danach vorstellen, wie außerordentlich die technische und hygienische Aufgabe ist, London dauernd mit einer genügenden Menge von Trinkwasser zu versorgen. Dazu kommt, daß vielleicht kein anderer Großstädter so viel Wasser verbraucht wie der Bürger von London. Im Durchschnitt gerechnet, also einschließlich der Kinder jeden Alters, bedarf der Londoner täglich fast 150 Liter Wasser oder mehr als das Doppelte, als er selbst wiegt. Da nun die Einwohnerzahl von London nahezu 7 Millionen beträgt, so ergibt sich ein täglicher Wasserbedarf von mehr als einer Milliarde Litern. Im „Sewerage-Engineering“ wird darauf hingewiesen, daß sich aus dem Wasser, das in London jährlich verbraucht wird, ein See von 10 Quadratkilometer Fläche und 22 Meter Tiefe schaffen ließe, in dem die Kriegsschiffe aller Länder umschwimmen könnten. Es ist klar, daß ganz ungeheure Mittel zur regelmäßigen Verbeibringung solcher Wassermassen vorhanden sein müssen. Die Wasserbehälter für die Trinkwasserversorgung Londons verteilen sich auf ein Gebiet von rund 1250 Quadratkilometern. Gerade in Verbindung damit hat sich auch in London die Einrichtung eines Zweckverbandes ergeben, der die ganze Wasserversorgung in einer Hand vereinigt. Dieser Verband führt den Titel einer städtischen Wasserbehörde und hat den Zweck, nicht nur die Reinheit, sondern auch die Billigkeit des Trinkwassers auf den äußersten erreichbaren Grad zu bringen. Der Londoner bezahlt etwa 15 Pf. für 100 Eimer Wasser, während für den Verband selbst etwa 5000 Liter auf 70 Pf. zu stehen kommen. Der Zweckverband beschäftigt dauernd 4000 Arbeiter, ausgenüßlich noch 2000 weitere, da die vorhandenen Anlagen noch vergrößert werden müssen. Eine Wertwürdigkeit der Wasserversorgung von London ist die Maßnahme, daß das Wasser 3 bis 4 Wochen in den Behältern aufbewahrt wird, ehe es in die Filter und in die Leitungen gelangt. Man hat nämlich beobachtet, daß sich dadurch der Gehalt an Bakterien von selbst vermindert.

Der versteinerte Wald von Arizona. Der versteinerte Wald! Vergeblich suchen die Blide himmelstrebende Stämme, gründerhafte Zweiggestirke Kronen. Und doch steht man mitten im Wald. Hunderttausend Äder weit dehnt sich der Steinwald, ein veredelter Friedhof

mit umgestürzten und hierhin und dorthin geworfenen Grabmälern und Denksteinen, die einst Holz waren; wirkliches grünes, von Saft durchflossenes Holz. Ueber hundert und noch mehr Fuß lange Stämme, die noch eben so liegen, wie sie vor undenklichen Zeiten niedersürzten, bahnen wir uns den mühsamen Weg. Hier ragen mächtige, in Stücke zerbrochene und zerfärrtete Blöcke in buntem Durcheinander über den hügelig geformten Boden verstreut.

Der versteinerte Wald! Da wachsen vor Jahrtausenden stolz emporstrebende Fichten und Kiefern, viel höher als die Bäume von heute. Dann wurden diese Wälder entwirrt. Große Wasser gingen und kamen und ließen über den zerfallenen Riesen einen großen Binnensee zurück. Der See verschwand wieder. Übermal landeten Wellen ihren Wüstenhoch in die Lüste und gewaltige Erdschütterungen im Erdinnern legten die Trümmer jener Wälder hierhin und dorthin. Auch Wasser strömte in großen Mengen für Jahrtausende durch die tief gelegenen Gefilde und nagte und zehrte an diesem Holz. Aus dem frischen grünen Holz ward nach Millionen von Jahren nach und nach eine ganz andere Substanz.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Gebiet zum Referat erklärt. Doch ist der versteinerte Forst des Arizona-Referats keineswegs der einzige Steinwald Amerikas. Auch in anderen Teilen Arizonas kommen Ablagerungen kristallinischen Holzes vor, ähnlich in den angrenzenden Gebieten von Utah und Neu-Mexiko. Doch übertrifft unser Wald sie an riesenhafter Ausdehnung und hier finden wir überhaupt die merkwürdigsten und interessantesten Holzversteinungen der Welt. An keinem anderen Fundort weist dieses Material so verschiedeneartige und wunderbare Formen und Farben auf. An Härte kommt es unseren Edelsteinen zuweilen gleich. Ja, ein großer Teil verwandelte sich im wunderbaren Laboratorium der Natur in Opal und Achat, während ein anderer an Jadis und Dury erinnert.

Das interessanteste im versteinerten Walde ist die Naturbrücke. Sie wird gebildet von einem mächtigen kristallinischen Stammstamm, der quer über einer Schlucht liegt. Die Gesamtlänge des Stammes beträgt nahezu 34 Meter.

Notizen.

Ein von Arbeitern erfundener Flugapparat. Wie der „Avanti“ aus Terni erfährt, haben zwei Arbeiter der dortigen Eisenwerke einen von ihnen erfundenen Flugapparat patentieren lassen. Die wichtigste Neuerung dieser Erfindung soll darin bestehen, daß der Aeroplan ohne besondere Vorrichtung jederzeit vom flachen Boden starten kann. Außerdem arbeitet die Steuerung selbst bei festem Winde, wesentlich leichter und sicherer als bei den bisherigen Systemen. Die Erfinder arbeiten zurzeit an einem Fallschirm, der an den Flugmaschinen selbst angebracht werden kann und, durch einen kleinen elektrischen Apparat in Bewegung gesetzt, dem Luftschiffer einen sicheren Abstieg gewähren soll, falls die Flugmaschine versagt. Derselbe elektrische Vorrichtung, durch die der Fallschirm in Tätigkeit tritt, trennt den eigentlichen Flugapparat von dem Sitz des Aviatikers, so daß der Apparat abstürzt, während das Schiffe sich langsam senkt.

Parteilistung erforderlich. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Sekretäre zu vermehren.

18. Wuppinger: Falls die Kräfte des Parteivorstandes zur Bewältigung seiner Aufgaben nicht ausreichen, wolle der Parteitag eine Vernehmung der Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes eintreten lassen.

19. Niederbarnim: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um drei Sekretäre zu verstärken.

20. Königsberg: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um zwei Sekretäre zu verstärken.

21. Stuttgart: Der Parteitag beschließt: Überall dort, wo das Bedürfnis vorhanden ist und es die Umstände gestatten, sind die lokalen Bildungsausschüsse in eine Arbeiterbildungsschule umzuwandeln, die ihre Tätigkeit möglichst auf alle das moderne Arbeiterleben berührende Gebiete auszudehnen hat.

Jugend-Agitation. Resolution.

22. Berlin II, IV und Lettow-Beeskow: Der Parteitag begrüßt die Fortschritte, die die proletarische Jugendbewegung trotz der Bekämpfung durch Staat und Kirche gemacht hat. Er bekräftigt aufs neue die Wichtigkeit dieses jungen Zweiges der Arbeiterbewegung und macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, ihre Söhne und Töchter für die Veranstaltungen der Jugendauschüsse zu interessieren, sie zum Leben der „Arbeiter-Jugend“ zu veranlassen und auf den Arbeitsstätten für die freie Jugendbewegung zu agitieren.

Ungeachtet der Tatsache, daß die neue, von staatlicher Seite ausgehende Jugendbewegung durch Veranstaltungen und Gründungen von Vereinen im Anschluß an die Fortbildungsschule fortwährend größeren Einfluß auf die schulentlassene Arbeiterjugend gewinnen will, beschließt der Parteitag:

Die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat eine planmäßige Agitation durch Veranstaltung von Versammlungen, Herausgabe von Flugzetteln und Broschüren in die Wege zu leiten. Die Zentralfstelle hat den in der Jugendbewegung stehenden Funktionären durch stete Verforgung mit Agitationsmaterial und durch besondere Hinweise auf wichtige Geschehnisse innerhalb der gegenwärtigen Jugendbewegung sowie durch Erörterung organisatorischer, agitatorischer und pädagogischer Fragen, Anweisung und Anleitung für die Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Die Parteipresse hat mehr als bisher die Bekämpfung der Jugendbewegung zu schildern und über die Arbeit der Jugendauschüsse zu berichten.

23. Stuttgart: Der Parteitag möge beschließen: Um eine gründliche Aufklärungsarbeit unter der proletarischen Jugend Deutschlands durchzuführen, hat die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands Wanderrhetoren bereitzustellen und entsprechende Agitationstouren anzuregen und eventuell auszuführen.

Zur Maifeier.

24. Bielefeld: Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird.

25. Dessau, Hagen, 78 Genossen in Rottbus, Forst, der Goutag von Nordböhmen und des 18. sächs. Wahlkreises: Der Beschluß des Rürnberger Parteitages über den Antrag 90, betreffend die Ablieferung des Tagesarbeitsverdienstes am 1. Mai ist aufzuheben.

26. 11., 12., 13., 14. und 16. sächsischer Wahlkreis: Der Beschluß 90 des Parteitages in Rürnberg ist aufzuheben. Sollte der Parteitag diesem Antrage nicht zustimmen, dann ist der Beschluß 90 so zu fassen:

Die Angehörigen der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeiterorganisationen, die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften und der privaten Betriebe sowie die selbständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohnneinbuße ruhen lassen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem Bezirksmaifonds zugunsten der Maiausgesperrten eine Mark pro tausend Mark Jahresarbeitsverdienst an den Bezirksmaifonds abzugeben. Fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Ruhetag, dann ist kein Anteil vom Jahresverdienst abzugeben.

27. Hamburg III, Distrikt Hamm: Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, den Beschluß des Rürnberger Parteitages, Antrag 90, nachzukommen, ist das Ausschlussverfahren einzuleiten.

Presse und Literatur.

28. Berlin I: Den „Vorwärts“ während der Reichstagswahlkämpfe auch abends erscheinen zu lassen.

29. Lübeck: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß der Vorwärts-Verlag seine wohlfeilen Schriften noch mehr vergrößert, um sie den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Vor allem sollten populärer geschriebene Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung veröffentlicht werden. Die als Kulturbilder bezeichneten — in letzter Zeit mit sehr zweifelhaften Illustrationen geschmückt — Sammelwerke sind nicht weiter zu fördern.

30. Hamburg II: Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu ersuchen, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichts-zwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Diehl'sche Verlag in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften abgibt. 2. Die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde. Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek“ bei Diehl in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder“ des Vorwärts-Verlages.

31. Niederbarnim: Der Parteitag möge beschließen: Das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ ist in besserer Ausstattung herzustellen.

32. Hamburg III, Distrikt Uhlenhorst: 1. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Illustrationen der „Neuen Welt“ besser zu gestalten. Sollte dieses technisch nicht möglich sein, dieselben gänzlich wegzulassen.

2. Den „Wahren Jakob“ bildlich und satirisch besser auszugestalten und den Umfang der Annoncen wesentlich einzuschränken.

33. Der Goutag Nordböhmen: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die „Kommunale Praxis“ zu einem billigeren Preise abzugeben, damit die Gemeindevorstände mehr als bisher in der Lage sind, die „Kommunale Praxis“ zu abonnieren.

34. Der 11. und 14. sächsische Wahlkreis: Den Kreisvereinen oder sonstigen Organisationen, die an ihre weiblichen Mitglieder die „Gleichheit“ gratis liefern, den Bezugspreis von 6 auf 4 Pf. pro Exemplar zu ermäßigen.

35. Breslau-Stadt: Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, vom Parteitag in Jena die Herausgabe einer populär gehaltenen Agitationschrift zu fordern, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargestellt wird. Eine solche kurzgefaßte Schrift ist deshalb nötig, weil wir noch zahlreiche ländliche Agitationsdistrikte haben, in denen neben den Landarbeitern auch die kleinen Bauern und Stiefelbinder gewonnen werden müssen. Gerade diese beiden letzten Gruppen, die aus wirtschaftlichen Gründen viel mehr zu uns, den Besitzlosen, gehören, werden in Wohlgeleit über von den konservativen und liberalen Wortführern des kapitalistischen Großgrundbesitzes als besten nationaler Bundesgenossen reklamiert und dementsprechend gegen die Sozialdemokratie aufgebracht. Eine solche Schrift müßte neben einer überzeugenden Darstellung der schädlichen Wirkungen unserer Agrarpolitik auch für den ländlichen Kleinbesitzer eine kurze, klare Erläuterung unserer Programmforderungen der Bodenverstaatlichung enthalten.

36. Hamburg III, Distrikt Harbesehude, Barmbeck, Rothenburgsort:

1. Wir ersuchen den Parteivorstand, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichts-zwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Verlag Diehl in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften mit 50 Proz. Rabatt abgibt.

2. Wir ersuchen den Parteivorstand, die Parteiberlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde, ähnlich den Sammlungen „Götzen“, „Aus Natur und Geisteswelt“, „Wissenschaft und Bildung“. Zur Behandlung müßten unter anderem gelangen mit besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts: Deutsches Wirtschaftsleben, Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Deutscher Handel, Dampfmaschine, Elektrizität, Verkehrswege, Eisenbahnen, Schifffahrt, Kriegswesen, Berufsständlisten, Bauern und Landarbeiter, soziale Theorien, Zeitungs-wesen, Verfassungsgeschichte, Revolutionen, Reichsgründung, aus der Geschichte der Religion oder des Christentums, aus der Literatur-geschichte, philosophische Systeme, aus der Geschichte früherer Jahrhunderte und anderer Völker.

Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek“ bei Diehl in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder“ des Vorwärts-Verlages.

37. Stuttgart: Der Parteivorstand wird beauftragt: für eine bessere, künstlerisch und literarisch höher stehende Ausgestaltung des „Wahren Jakob“ Sorge zu tragen.

38. Hamburg I, 40. Bezirk: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu veranlassen, die namentlichen Bestimmungen im Reichstags dem gesamten Volk zu unterbreiten. Vielleicht in einer Vorklärenform mit Erläuterungen der Befehle in kurzgefaßter Weise, sowie die Abgeordneten durch Reihenfolge anzuführen, welche für und welche gegen das Gesetz gestimmt haben, damit die Wähler wissen, wie der Abgeordnete, dem sie ihre Stimmen gegeben haben, gestimmt hat. Dieses muß einheitlich über das ganze Reich geschehen.

39. Hamburg III, Distrikt Hamm: Dem Parteivorstand wird dringend empfohlen, sein Augenmerk mehr auf die Illustrationen der „Wahrheit“, „Neue Welt“ und „Neuer Welt-Kalender“ zu legen.

40. Der 23. sächsische Wahlkreis drückt den Wunsch aus, daß die „Neue Welt“ öfter Erzählungen von der Art bringen möge, wie der Roman „Erweckt“ war, und daß diese Erzählungen zu billigen Preisen in Buchform herausgegeben werden, damit auf diese Weise eine Literatur entsteht, die in sozialistischem Sinne auf Weisheit und Gemüt der arbeitenden Jugend wirkt und ihr Denken veredelt. Es empfiehlt sich, solche Literatur der Arbeiterjugend bei festlichen Gelegenheiten wie: Geburtstagen, Konfirmations- und Weihnachtsfeiern usw. zu schenken. Die Genossen des 23. sächsischen Wahlkreises haben mit diesem Verfahren in der Bekämpfung der Schundliteratur gute Erfolge erzielt.

Parlamentarisches.

41. Paul Wildegans, Berlin VI: Der Parteitag möge die Forderungen der Impfgegner anerkennen und die Fraktion im Reichstags beauftragen, durch Stellung von Anträgen die Forderungen der Impfgegner zu unterstützen.

Die Forderungen der Impfgegner lauten: 1. Gründliche Reu-untersuchung der Impffrage, mit Zugiehung der gleichen Anzahl von Impffreunden und Impfgegnern, entsprechend dem schon 1896 gefassten Beschlusse des Reichstags. 2. Achtung der Wissens- und Gewissensbedenken der Eltern und der Impflinge selbst (zweite Impfung der Schüler, dritte der Rekruten). 3. Im Falle der Ablehnung von 1 und 2 Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten. 4. Neue Fassung des Impfgesetzes vom Jahre 1874 zur Vermeidung des Wirtswarfs der Rechtsprechung und zur Feststellung, daß damals ein Impfwanggesetz nicht beabsichtigt worden ist.

Resolution zur Marokkofrage.

42. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. Angesichts des schnell zunehmenden Bedarfs der Kulturvölker an tropischen und subtropischen Rohstoffen;
2. angesichts der tatsächlichen Unfähigkeit dieser tropischer und subtropischer Völker, die von ihnen bewohnten Gebiete schon jetzt in Einklang mit den Bedürfnissen der internationalen Verkehrswirtschaft zu verwerten und zu entwickeln;
3. angesichts der großen und dauernden Gefährdung des Weltfriedens durch eine unregelmäßige, wesentlich von Sonderinteressen einzelner Kapitalistengruppen bestimmte Expansionspolitik der Kulturstaaen;
4. angesichts aber auch der handgreiflichen Gefährdung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und namentlich der deutschen Arbeiterklasse durch die rücksichtslosen kolonialpolitischen Monopolbestrebungen der herrschenden Klassen in Frankreich und England

erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

1. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet es nach wie vor als ihre wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der internationalen Politik, im Verein mit den ausländischen Bruderparteien für einen friedlichen und dauernden Ausgleich internationaler Interessen-gegenläge einzutreten.
2. Ein solcher Ausgleich ist aber nur möglich, wenn keine einzelne Nation in der kolonialen Verfolgung einen monopolistischen Vorprung für sich beansprucht und keine sich vom friedlichen Wettbewerb mit gleichen Chancen gewaltsam ausgeschlossen sieht.
3. Der Ausgleich der einander widerstreitenden kolonialpolitischen Interessen der Kulturvölker könnte entweder in der völligen Aufhebung aller einzelstaatlichen Monopole und Vorzugstellungen zugunsten gemeinschaftlicher Verwaltung und Erschließung kolonialer Gebiete bestehen oder durch eine proportionale Verteilung der ausländischen Einflussgebiete nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Wertes und der Versorgungsbedürfnisse der Besitzstaaten herbeigeführt werden.
4. Solange eine Verständigung auf einer dieser Grundlagen nicht erreichbar ist, wird sich die deutsche Sozialdemokratie im Verein mit den übrigen Teilen des deutschen Volkes allen Versuchen anderer Kolonialmächte widersetzen, ihre bereits unverhältnismäßig wertvollen Einflussgebiete unter systematischer Ausnutzung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse durch weitere Besitz- und Vormachtübernahme immer noch mehr einzufügen zu vergrößern; denn dadurch würde der Spielraum der deutschen Volkswirtschaft unerträglich eingeeignet und der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter gehemmt oder von den unkontrollierbaren Zufälligkeiten ausländischer Wirtschaftspolitik abhängig gemacht werden.
5. Soweit die deutsche Diplomatie kein anderes Ziel verfolgt, als die Rückgewinnung deutscher Wirtschaftsinteressen durch die englische und französische Diplomatie zu verhindern, soweit ihr Vorgehen also nur der Verteidigung berechtigter Gesamtsinteressen des deutschen Wirtschaftslebens dient, soweit hat die deutsche Sozialdemokratie keinen Grund, ihre Oppositionsstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Regierung zu übertragen.

Ray Laurenbrecher, Gulda Laurenbrecher, Gerhard Hildebrand, Solingen.

Sonstige Anträge.

43. Parteitag Sachsen-Altenburg: Der Parteitag wolle beschließen, in Zukunft soll bei Unglücksfällen usw., bei denen allgemeine Sammlungen vorgenommen werden, die Partei selbst Sammlungen vornehmen, um nicht wieder, wie in Raddob, die Groschen der Arbeiter der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

44. Niederbarnim: In Erwägung, daß bisher die für die Gewerkschaften reservierten Sitze der Parteischule nicht voll ausgenutzt wurden, wird der Parteivorstand beauftragt: Um eine volle Besetzung der Schule zu erzielen, in Zukunft etwa freibleibende Sitze anderweitig besetzen zu lassen, wenn von den sechs Wochen vor Eröffnung des Kursus die volle Schülerzahl nicht angemeldet ist.

45. Berlin IV: Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgeiz zu unterlassen.

46. Stuttgart: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, dafür zu sorgen, daß künftig in der Parteipresse Schnapsinhalte nicht mehr aufgenommen werden.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

47. Köln-Stadt und Land: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1912 zu setzen: Die Privatbeamten und die Sozialdemokratie.

Ort des nächsten Parteitages.

48. Solingen, Distrikt Mengenberg: Der nächste Parteitag ist in Solingen abzuhalten.

49. Dessau: Den nächsten Parteitag in Dessau abzuhalten.

50. 16. sächs. Wahlkreis: Den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

Zur Frauenkonferenz.

Resolutionen von Groß-Berlin.

Zum Strafgesetzbuch.

Der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch enthält eine Fülle von Bestimmungen, die den schärfsten Protest der sozialdemokratischen Frauen herausfordern.

Die Konferenz verpflichtet deshalb die Genossinnen, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen und zu gegebener Zeit überall die Agitation anzulegen.

Die Konferenz ersucht das Frauenbureau, den Referentinnen das nötige Material zur Agitation zu übermitteln.

Die Konferenz ersucht die Redaktion der „Gleichheit“, die fraglichen Bestimmungen einer Besprechung zu unterziehen und damit den Genossinnen ihr Studium zu erleichtern und die Agitation zu unterstützen.

Kinderschutz und Fortbildungsschule.

Die 6. Frauenkonferenz bestätigt die auf der 3. Frauenkonferenz zu Bremen angenommene Kinderschutzresolution, da das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Die 6. Frauenkonferenz fordert deshalb aufs neue im Interesse der Zukunft des Proletariats und des gesamten Volkes:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schul- und vorwiegend schulischer Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Voten- und Befindendienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 8 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklich die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gegenüber den Versuchen der Junker und Pöffen im preussischen Landtage, die ohnehin ungenügende Fortbildungsschule noch durch Einführung des Religionsunterrichts zu verschlechtern, ruft die 6. Frauenkonferenz alle Genossinnen und Genossen zur energischen Abwehr dieser Bestrebungen auf, die nur dazu dienen sollen, das erwachende Klassenbewußtsein der arbeitenden Jugend zu ersticken und sie zu mißfälligen Werkzeugen der herrschenden Klassen gegen ihre eigenen Väter und Mütter zu erziehen.

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingschutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den mindermittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenlasten unterliegen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbeabteilung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitalismus bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums.

Sie führt häufig zu Unterleibserkrankungen, Erschönerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unermittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungs-gesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammenhilfe und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 28 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

Krankenkassenwahlen betreffend.

Die sechste ordentliche Frauenkonferenz verpflichtet die Genossinnen: den Vertreterwahlen der Krankenkassen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Soweit sie selbst Mitglieder einer Krankenkasse sind, die noch ein Stück Selbstverwaltungsgewalt besitzt, haben sie sich an den Wahlen zu beteiligen und dafür einzutreten, daß auch weibliche Vertreter in entsprechender Anzahl aufgestellt werden. Im übrigen gilt es, rechtzeitig und in umfassender Weise unter den weiblichen Kassenmitgliedern für eine vollgültige Beteiligung zu agitieren.

Jugendbewegung.

Arbeiterjugend.

Aus der soeben erschienenen Nummer 16 heben wir hervor: Die Schule der Zukunft. — Die Maschine. Von Gustav Edlein. — Briefe aus der Fremde. (Schluß). — Die Sprechmaschine. (Mit Illustrationen). Von Ingenieur Grempe. — Die österreichische Jugendorganisation. Von Anton Jenisch. — Aus der Jugendbewegung (Hamburg, Hannover, Jittan). — Von den Begnennern. — Weilage: Der König der Bagabunden. Erzählung von E. Rosen. — Empfehlenswerte ethnologische Literatur für die Jugend und Jugendbibliotheken. Von Hannas Lewin. — Im wilden Böhmerwald. (Mit Illustrationen). Von G. E. Graf. — Ferdinand Lassalle. (Fortsetzung). — Rächer für die Jugend. — Das Wahlrecht der Wäule. Von S. Raft.

Soziales.

Ein Vergiftungsfall.

Mehr als 25 Jahre war der Arbeiter Sch. zu Lieb a. M. in der bekannten chemischen Fabrik zu Griesheim a. M. beschäftigt, als er eines Tages leichtenfalls einen sogenannten Kesselwagen verließ, den er im Innern zu reinigen hatte. Er erklärte einem Vorarbeiter, daß er kaum noch lebend den Kessel verlassen konnte. Zu Hause angekommen, versiel er in eine schwere Krankheit, die in einigen Tagen zum Tode führte.

Nach der Beerdigung des Verstorbenen erfuhr erst die Witwe, daß ein Vergiftungsfall vorliege und machte bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie ihre Ansprache geltend. Diese machte sich die Aufgabe sehr leicht. Weil keine direkten Unfallszeugen vorhanden waren, der Kassenarzt auch nur von einer „Influenza“ sprach, so wurden die Ansprüche der Witwe und deren vier Kinder abgewiesen.

In den Gründen wurde auf das ärztliche Gutachten und darauf hingewiesen, daß kein Zeuge gesehen habe, daß der Verstorbene überhaupt in einem Kesselwagen tätig gewesen sei. Auch sei bemerkt, daß nach Vorchrift diese Wagen erst gründlich entleert, durchlüftet und dann erst gereinigt werden dürfen. Zudem habe die Witwe erst fünf Wochen später den Antrag auf Rente gestellt. Das Krankheitsbild mit starker Temperatursteigerung und Bewusstlosigkeit entspreche „nach wissenschaftlicher Erfahrung“ vollständig dem Verlaufe einer mit Influenza verbundenen schweren Lungenentzündung, die ohne alle äußeren Wirkungen entstanden und die auch nicht von außen beeinflusst wurde.“ In der Verzweiflung wurde aber ausgesprochen, daß die Kesselwagen gefährliche Gifte enthalten, die nicht immer als Dämpfe entweichen sind, wenn ein Arbeiter den Innenraum betritt und daß der Verstorbene doch dem Zeugen ausdrücklich erklärt habe, daß er kaum noch lebend aus dem Kessel gekommen wäre. Diese Zeugenaussage sei doch von größter Wichtigkeit, da keine direkten Unfallszeugen vorhanden seien. Daß der Betriebsleiter den ganzen Vorgang als harmlos hinzustellen suche, sei nicht verwunderlich, weil eben die chemische Industrie immer leugne, daß Vergiftungsfälle an der Tagesordnung seien. Wenn die Witwe erst fünf Wochen später den Antrag auf Gewährung der Rente stellte, so sei dies geleglich zulässig, da ja diese Ansprüche erst in zwei Jahren verjähren. Sie konnte aber auch nicht früher den Antrag stellen, weil sie von dem Unfall selbst gar keine Ahnung hatte, erst später durch Zufall davon erfahren habe. Der Verstorbene sei fast bewußtlos gewesen, als er nach Hause kam, und konnte auch keine weiteren Fragen mehr beantworten, die auch in der Aufregung, Sorge usw. gar nicht mehr an ihn gestellt wurden. Aber auch der Kassenarzt konnte sich kein Bild von der Ursache des schweren Leidens machen, weil der Kranke keine Auskunft geben konnte, als der Arzt gerufen wurde. Pätte der Arzt damals gewußt, daß der Verstorbene an Vergiftung leide, so würde er sicher ein anderes Gutachten ausgestellt haben. Es wurde daher beantragt, die Zeugen eidlich zu vernehmen und den Arzt zu einem neuen Gutachten aufzufordern, da jetzt ganz andere Unterlagen geschaffen seien.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung kam dem Verlangen der Witwe nach und ließ den Zeugen eidlich vernehmen. Dann wurde eine Ortsbesichtigung vorgenommen, die jedenfalls sehr ungünstig für die Berufsgenossenschaft und auch für den „Griesheimer Musterbetrieb“ ausgefallen sein mußte. Denn die Berufsgenossenschaft wartete das Schiedsgerichtsurteil gar nicht ab, sondern erklärte der Witwe am 19. Juli d. J. in einem neuen Bescheid, daß nach den „weiter angestellten Ermittlungen“ sich ergeben habe, daß die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß das Befinden Ihres Mannes, welcher bereits vorher an einer Influenza erkrankt war, durch die Einatmung etwaiger noch vorhandener Dämpfe verschlimmert worden ist.“ Deshalb habe man beschlossen, den Unfall als Betriebsunfall anzuerkennen und wurde der Witwe eine Rente von 93 M. pro Monat gewährt.

Ein Muster eines Betriebsbeamten.

Der Werkzeugmacherlehrling S. und sein Vater klagten gestern vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts gegen die Firma F. Wuyke auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Der Vertreter der Beklagten begründet die am 8. Juli erfolgte Entlassung damit, daß der Vater des Lehrlings diesen zum Ungehörigsten angehalten habe. Wie die Verhandlung ergab, ist der Lehrling für kleine Vergehen nach dem Kontor beordert worden, wo er von einem Betriebsbeamten, einem Dr. Wuyke, geohrfeigt worden ist. Ein andermal mußte er, mit Holzschuhen bekleidet, wiederholt die Treppen auf und ab laufen, weil er nach Ansicht des Dr. Wuyke zu langsam gemahlet sei. Als der Lehrling deshalb mehrmals wieder hinausgeschickt worden war, machte er das Spiel nicht weiter mit; er ging an seinen Arbeitsplatz, anstatt wieder zu Dr. Wuyke zurück. Auch über die zu den Lehrlingen gemachten Bemerkungen Dr. Wuykes wurde Klage geführt. Als sich der Lehrling bei seinem Vater über die schändliche Behandlung beschwerte, rief ihm dieser, dem Dr. Wuyke möglichst aus dem Wege zu gehen und, wenn er wieder in den Kontor beordert werden sollte, um sich Ohrschnellen zu holen, solle er nicht hingehen. Den verständigen Rat hat der Lehrling auch befolgt. Er ist deshalb entlassen.

Das Gericht unter Vorsitz des Registrars Wöbling verurteilte die klagende Firma, das Lehrverhältnis fortzusetzen. Dr. Wuyke, hieß es in den Gründen, war nur mit der Beaufsichtigung des Betriebes beauftragt, nicht aber speziell mit der Ausbildung der Lehrlinge. Ihm stand daher keinerlei Zutritt dem Lehrling gegenüber zu. Nur dem Lehrherrn selbst und dem mit der Ausbildung Vertrauten steht eventuell ein Zutrittsrecht zu. Eine wiederholte Gehorsamsverletzung konnte in dem Verhalten des Lehrlings schon aus diesem Grunde nicht erblickt werden. Uebrigens ist es zum mindesten zweifelhaft, ob ein Lehrling zu dem Zwecke, sich Ohrschnellen zu holen, nach dem Kontor kommen muß. Jedenfalls ist die Weigerung kein genügender Grund, das Lehrverhältnis aufzuheben.

Zu begnügen wäre es, wenn der Vater den schlagfertigen Betriebsbeamten wegen Beleidigung und Körperverletzung seines Sohnes vor dem Strafrichter zitierte.

Sitzgelegenheit in offenen Verkaufsstellen.

Wegen eines Verstoßes gegen die bekannte Bundesratsverordnung vom 28. November 1900, durch welche die Schaffung einer Sitzgelegenheit für die Angestellten in Verkaufsräumen angeordnet ist, hatte sich der Kaufmann Emil J. vor der Berufungskammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte ist Prokurist einer bekannten Wein- und Spirituosenverkaufsgesellschaft, die in Berlin und den Vororten zahlreiche Filialen unterhält. In diesen gehörte u. a. eine in der Jägerstraße in Rigborn gelegene Filiale, in der eine Frau Schulze als Verkäuferin angestellt war. Einmal erhielt J. ein Strafmandat über 3 M., weil er entgegen der Bundesratsverordnung in dem Verkaufsraum keine Sitzgelegenheit für die Verkäuferin geschaffen habe. Wegen dieses Strafmandats erhob er Widerspruch mit der Begründung, daß sich direkt neben dem Verkaufsraum ein Wohnraum befände, in welchem sich die Verkäuferin ständig aufhalte, wenn keine Kunden im Laden sind. Das Schöffengericht Rigborn verwarf nicht nur diesen Widerspruch, sondern erhöhte die Strafe noch auf 6 M. Wegen dieses Urteils legte J. Berufung ein. Vor der Strafkammer machte er folgendes geltend: Der Verkaufsraum sei so klein, daß ein Stuhl überhaupt keinen Platz habe und von der Verkäuferin jedesmal erst beiseite gestellt werden müsse, wenn sie Kunden bedienen wollte. Der Verkaufsraum münde direkt, ohne durch eine Tür getrennt zu sein, in einen anderen Raum, den sich die Verkäuferin als Wohnraum eingerichtet habe. Es sei doch selbstverständlich, daß sich die Verkäuferin, wenn keine Kunden im Laden sind, in den Wohnraum zurückziehe, von dem aus sie den Laden völlig übersehen könne. Eine ihr angebotene Sitzgelegenheit in dem Laden habe sie aus diesem Grunde selbst abgelehnt, zumal der Raum auch viel zu klein sei. Man müsse doch in diesem Falle das Gesetz so auffassen, wie es in dem Sinne des Gesetzgebers, der lediglich eine Gelegenheit zum Ausruhen schaffen wollte, gelegen habe. Dies sei geschehen, wenn auch nicht genau nach dem Wortlaut des Gesetzes, welches die Schaffung einer Sitzgelegenheit in dem Verkaufsraum selbst verlange. Das Gericht kam jedoch trotz dieser verfehlten Einwände zu einer Verurteilung des Angeklagten, weil die Sitzgelegenheit sich nicht in dem Verkaufsraum selbst befunden hat. Die Strafe wurde aber, wiewohl es sich um Uebertretung einer selbstverständlichen Arbeiterschutzvorschrift handelt, auf 3 M. ermäßigt.

Hungerlöhne.

Oft haben wir darauf hingewiesen, daß eine Vereinbarung über Zahlung so niedriger Löhne, daß sie zum Unterhalt nicht ausreichen, gegen die guten Sitten verstößt und deshalb nach § 138 B. G. B. nichtig ist. Wiederholt haben wir auch — wenn auch insbesondere mit Rücksicht auf die an weibliche Hausarbeiter gezahlten Löhne zu selten — Gewerbegerichtsurteile von auswärtigen und dem hiesigen Gericht anführen können, die dementsprechend erkannten, die Lohnvereinbarung für nichtig erklärt und hat der besonders tiefen Hungerlöhne höhere eingesetzt. Ein ähnliches Urteil fällt dieser Tage das hiesige Kaufmannsgericht. Das Urteil betraf einen zur Probe auf einen Monat angestellten Provisionsreisenden. Die Vereinbarung ging dahin, daß der Reisende einen bestimmten Mindestumsatz erreichen sollte und er ein Mindesteinkommen von 75 M. haben sollte. Sein wirklich erzielter Verdienst blieb indessen hinter dem Ansatzminimum um 85 M. zurück. Deshalb zahlte ihm der klagende Arbeitgeber nur 40 M. aus. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten, dem Kläger noch 20 M. zu zahlen. Ein Vertrag auf Probe müsse in der Weise geschlossen werden, daß dem Handlungsgehilfen ein Mindesteinkommen zur Bestreitung seines nötigsten Lebensaufwandes verbleibe. Hierzu brauche er nach Berliner Verhältnissen wenigstens 60 M. monatlich. Da er 40 M. erhielt, habe er noch 20 M. zu fordern.

Aus Industrie und Handel.

Teuerung.

Nach einer Preisaufstellung von Mitte August müssen nach den Notierungen der Markthallendirektion in Berlin bezahlt werden für 50 Kilo:

	1911	1910
	Markt	Markt
Butter, Sorte I	126,00—128,00	110,00—116,00
Sorte II	118,00—124,00	105,00—110,00
Sorte III	105,00—110,00	93,00—110,00
1 Schod Landeier, unsortiert	3,24—4,00	3,00—3,50
1 große	3,80—5,00	4,25—5,00
Rehböck, 1 Pfund	0,60—0,70	0,48—0,60
Rotwild, 1 Pfund	0,40—0,47	0,35—0,46
Damwild, 1 Pfund	0,35—0,50	0,35—0,40
Raninchen, Stüd	0,40	0,30—0,35

Unter dem Eindruck der allgemeinen Teuerung werden selbstverständlich auch die Preise aller anderen Lebensmittel der allgemeinen Lebensmittelteuerung folgen.

Branntweinfrise.

Die neuesten Produktionsziffern zeigen den Anfang einer Schnapsfrise. Für den Monat Juli resp. die Monate Oktober bis Juli der vier jüngsten Berichtsjahre ergab sich die folgende Produktionsentwicklung:

	1910/11	1909/10	1908/09	1907/08
	hl	hl	hl	hl
im Juli	37 622	40 422	48 740	58 845
Oktober bis				
Juli	3 382 730	3 547 721	4 121 801	3 870 771

Die Juliproduktion ist schon wieder kleiner als die frühere Juli-erzeugung.

Die Spirituszentrale hat sich seit Inkrafttreten des neuen Branntweinsteuergesetzes fortgesetzt die größte Mühe gegeben, die Destillateure unter ihre „Obhut“ zu bekommen. Der Versuch, auf geleglichem Wege den alkoholischen Mindestgehalt der Getränke festzusetzen, mißglückte. Mit einer Festsetzung des alkoholischen Mindestgehaltes wäre eine Sicherung des auch durch den sozialdemokratischen Boykott stark eingeschränkten Verbrauches gewonnen worden, der die Abhängigen der Zentrale mitbrachte. Neuerdings macht die monopolartige Vereinigung von rund 4000 agrarischen Schnapsbrennern eifrige Propaganda unter den Mitgliedern des eigentlichen gegen sie gegründeten Verbandes der deutschen Spiritus- und Spirituoseninteressenten, um ihn zu veranlassen, einen Beitrag abzuschließen. Der Beitrag soll die Destillateure völlig in die Hände der Zentrale bringen. Da die Kleinen nicht wollen, versucht man jetzt die Großen zu lockern. Wie bekannt wird, lauten die neuesten Vorschläge der Zentrale sinngemäß wie folgt:

1. Die Zentrale erbt einen Ausschlag auf den von ihr festgelegten Spirituspreis von allen Abnehmern. Nach Jahresfrist soll der Börsenanteil der gesamten Aufschlagsmenge mit Zins an die der Konvention beigetretenen größeren Abnehmer (von circa 20000 Liter aufwärts) im Verhältnis ihrer Bezüge zurückvergütet werden.

2. Wegen der Festsetzung eines bestimmten Mindestgehaltes an Alkohol der trinkfertigen Produkte — nach den örtlichen Verhältnissen geregelt — will sich die Zentrale um Einführung von Mindestverkaufspreisen, wieder nach den örtlichen Verhältnissen bemühen.

Für die Verpflichtung zur Zahlung von Aufschlägen und deren Rückzahlung an die großen Destillateure, und außerdem für die Einführung der gesetzlich nicht möglich gewordenen Alkoholmindestklausel sollen die Destillateure eventuell Mindestverkaufspreise bekommen. Ein feines Geschäft für die Spirituszentrale!

Gerichts-Zeitung.

Ein gemeingefährlicher Heiratschwindler, der die Vertrauensseligkeit eines heiratlustigen alleinstehenden Mädchens in der raffiniertesten Weise ausgenutzt hatte, mußte sich gestern in

der Person des Gärtners Josef Schneider vor dem Strafrichter verantworten. Wegen Betruges und fälscher Urkundenfälschung hatte die 8. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow gegen den schon wiederholt vorbestraften Angeklagten zu verhandeln.

Der Angeklagte ist verheiratet und Vater von drei Kindern, lebt aber von seiner Frau getrennt. Im April d. J. machte er in einem Dolal die Bekanntschaft des 30jährigen Dienstmädchens Berta M., der er schon nach kurzer Zeit in aller Form erfolgreich einen Heiratsantrag machte. Einige Zeit darauf erzählte ihr der Angeklagte, daß er beabsichtige, eine Gärtnerei in Reindendorf zu kaufen, die 5000 Mark kosten solle. Zum Beweise der Richtigkeit seiner Angaben legte er ihr ein Schriftstück vor, welches eine notarielle Urkunde darstellte. Dieses Schriftstück hatte sich der Angeklagte selbst angefertigt. Als Stempelmärken hatte er zwei schwedische Marken verwendet, auf diese goß er Siegelack, in den er dann den Adler eines Geldstückes hineindrückte. Die M. ließ sich durch dieses Schriftstück auch täuschen und gab 125 M. her, die dem Angeklagten angeblich noch zu der Anzahlung fehlten. Einige Tage später erklärte der Angeklagte, daß er noch 100 Obstbäume kaufen wolle. Die M. gab auch die von ihm verlangten 800 M. her. Erst als ihr der Angeklagte, trotz ihres Drängens nicht die angeblich gekaufte Gärtnerei zeigen wollte, schöpfte sie Verdacht und wandte sich an ihren Bruder, der noch an demselben Tage feststellte, daß die ganzen Erzählungen des Angeklagten Schwindel waren. Wie sich ergab hatte Schneider die Spargroschen der M. dazu verwendet, in leichtsinniger Gesellschaft den noblen Kavaller zu spielen. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und mit Rücksicht auf die ehrlose Bestimmung des Angeklagten auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 8 Jahren.

Wann werden die durch Heiratschwindel zu Verschwendern endlich aussterben?

Lautes Weinen strafbar!

Wie in den meisten Ordstatuten, die Fortbildungsschulpflicht betreffend, ist auch in dem Mittenwalder Ordstatut eine Bestimmung enthalten, welche es den Schülern verbietet, den Unterricht durch ungebührliches Betragen zu stören. Der Fleischerlehrling Dillinger in Mittenwalde (Provinz Brandenburg) sollte sich gegen die Vorschrift vergangen haben. Im Dezember vorigen Jahres glaubte der Lehrer gesehen zu haben, daß D. sich mit einem anderen Schüler unterhalte. Er stellte ihn deshalb zur Rede. Darauf legte der junge Mensch seinen Kopf auf den Tisch und weinte laut. Natürlich lenkte das die anderen Schüler ab. Er wurde deshalb angefaßt und das Landgericht Berlin III verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Begründung wurde ausgeführt: Es steht fest, daß der Unterricht dadurch gestört worden sei, daß Angeklagter laut heulte, mozu kein Grund vorhanden gewesen sei. Somit handelte es sich um ein ungebührliches Betragen, durch welches der Unterricht gestört worden sei. Die Bestimmung des Ordstatuts, welche das verbietet, sei rechtmäßig und die Uebertretung sei auf Grund der Gewerbeordnung zu bestrafen.

Angeklagter legte Revision ein und sein Vertreter machte geltend, daß eine Bestrafung nur hätte eintreten können, wenn eine Absicht zu stören, festgestellt wäre. Dies sei aber nicht festgestellt.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten und führte aus: Die Absicht sei nicht erforderlich zur Verurteilung. Es genüge, wenn der Schüler die ungebührliche Handlung, durch welche die Störung herbeigeführt wurde, vorsätzlich begangen habe. Das sei aber festgestellt. Das Landgericht habe festgestellt, daß D. keinen Grund gehabt habe, laut zu heulen, und daß er mit Vorsatz so laut geheult und somit die Störung herbeigeführt habe. Damit rechtfertigte sich die Verurteilung des Angeklagten.

Die Akten dieses Prozesses sollen der Nachwelt aufbewahrt bleiben, um zu illustrieren, zu welchen veränderten Rechtsempfinden widersprechenden Auffassungen ein halb Duzend gelehrter Richter im Jahre des Heils 1911 kommen konnten.

Aus der frauenbewegung.

Rechtlos!

Das kapitalistische System hat vieles mit dem Sklaventum gemein. Es knechtet die Menschen, beutet sie aus, spannt die körperliche Kraft des einzelnen aufs äußerste an und sucht seine geistige Entfaltung zu unterdrücken, um so ein willenloses Werkzeug aus ihm zu machen. Es behandelt die Beschloßenen minderen Rechts, das Recht wird nach Weis abgemessen. Die Angehörigen der beschloßenen Klasse, die Werteschaffer, sind nur Stiefkinder der politischen und sozialen Gesetzgebung. Für sie gilt der Satz: Viele Pflichten, wenig Recht! Aber noch schlimmer steht es um die Rechte für den größten Teil der arbeitenden Bevölkerung, den Frauen. Für sie existieren die Pflichten der gewerblichen und der häuslichen Arbeit, die Pflichten der Fortpflanzung und Kindererziehung, die Sorge um die Familie, die Aufgaben an den Staat in Form direkter und indirekter Steuern usw. Trotzdem gilt für die herrschende Clique die reaktionäre Forderung: „Das Weib schweige im Staat und in der Gemeinde!“ Nur das harte Strafgesetz gilt für die Frau ebenso wie für den männlichen Arbeitsgenossen. Die Proletarierin, die arbeitende Frau, die von früherer Morgenstunde bis in die späte Nacht sich plagt, ihre Kräfte oft bis zur Bewußtlosigkeit anstrengt, bei dürftiger Nahrung und Kleidung ihre Gesundheit dem kapitalistischen Staatswesen opfert, soll nicht wissen, was gut für sie ist!

Schon im Jahre 1806 am 13. Februar hat Genosse Wibel im Reichstage darauf hingewiesen, wie falsch die Argumente der rechtsstehenden Parteien sind, die da behaupten: Der Mann soll das Wahlrecht haben, denn er muß mit Leben und Gesundheit eventuell als Soldat einsteigen für das Vaterland. Wibel bemerkte dazu: „Erlauben Sie! Wenn Sie sagen: hier ist eine Pflicht und eine Gefahr für die Männer, die gibt ihnen Anspruch auf ein Recht — dann sage ich: es gibt auch eine Gefahr für die Frauen, die unendlich größer ist als die Gefahr, der sich die Männer in den Kriegen aussetzen. Auf Grund der Statistik sind in Preußen im Zeitraum von 1816 bis 1876 allein rund 822000 Frauen am Kindbettfieber gestorben. Zählen Sie alle Männer in Preußen, die innerhalb dieser Zeit in Schlachten und Gefahren gefallen sind, zusammen und Sie werden nicht entfernt auf die gleiche Zahl kommen. Ohne Geburten haben Sie keine Soldaten. So ist es auch die Frau, die hier Opfer bringen muß; so ist es auch die Frau, die ein gleiches Wahlrecht wohl beanspruchen kann. Es gibt auch eine ganze Reihe von Staaten — ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen —, die bereits das Wahlrecht für Frauen eingeführt haben, eine ganze Reihe von Staaten in Amerika und auch solche in Europa. Ich erinnere an das Bundesparlament in Finnland, an das norwegische Parlament. Ich erinnere daran, daß außerdem in anderen Staaten bereits das Frauenwahlrecht zu den Gemeindevorstellungen besteht, so in Dänemark, England, Norwegen usw. Keine Herren, gestatten Sie mir gerade in bezug auf das Frauenwahlrecht noch einen Hinweis, nämlich auf den Staat Wyoming in Amerika.“ Von diesem Staat führte Wibel bei Gelegenheit aus:

„Nun gibt es aber in den Vereinigten Staaten einen Staat, der am 12. Dezember 1894 sogar das fünfundsiebzigjährige Jubiläum des politischen Stimmrechts der Frauen offiziell gefeiert hat. Im Jahre 1894 bereits das fünfundsiebzigjährige Jubiläum! Und da hat die Volksvertretung dieses Staates einstimmig folgende Adresse beschlossen, die ich Ihnen hier zum besten geben will. Sie lautet: Der Weis und die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen in Wyoming hat keine schlechte, sondern nach vielen Richtungen hin gute Folgen gehabt. Es hat in herbeizugender Weise dazu beigetragen, Verbrechen und Armut aus diesem

Staat zu verbannt, und zwar ohne alle Gewaltmaßregeln. Es hat friedliche und ordentliche Wahlen, eine gute Regierung, einen merkwürdigen Grad der Zivilisation, eine öffentliche Ordnung...

Was nützen all die sonderbaren Reden darüber, daß die Frauen nicht für das Wahlrecht reif wären. Wären sie wirklich nicht reif, so würde das die Schuld der Erziehung, die Schuld der Art und Weise sein, wie man dem Volke die Kenntnisse vorenthält.

Es wird aber sogar behauptet, die Frau wäre, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gerichtet, nicht befähigt, von der Natur nicht dazu veranlagt, am politischen Leben teilzunehmen.

Die politische Rechtfertigung der Frau muß jeden Menschen mit Empörung erfüllen und wie mit Flammenschrift muß die Forderung in ihrem Herzen brennen: Heran mit dem Frauenwahlrecht!

Aus aller Welt.

Neudeutsche Dichtung.

Vor einiger Zeit fahnte der deutsche Kronprinz der Provinz Schlesien einen Besuch ab und berückte auf seiner Fahrt auch die Stadt Rimpisch. Das welterschütternde Ereignis wurde in dem in Rimpisch erscheinenden „Landmann“ wie folgt besungen:

Gurra! man ruft und Hüte schwinget, O Freund! — der Himmel hat sich ausgemacht — Ein Liebesband den Thron und Volk umschlinget, Der Kronprinz dankt und jugendfreudlich lacht!

Wenn Fürst zum Volk so freundlich blicket, Das Volk vertrauensvoll sich freut, Mein Vaterland, dann sei beglückt, Vor solchem Volkwerk jeder Feind sich scheut.

Softentlich hat sich die holde Weiblichkeit der Stadt mittlerweile wieder von dem Geföhne erholt, ohne daß es zu irgend welchen Komplikationen gekommen ist.

Zwei eigenartige Unfälle hat die gestrige Fahrt des neuen Zeppelin-Luftschiffes „Schwaben“ hervorgerufen. Das Luftschiff war am Morgen in Dos aufgestiegen und passierte auf seiner Fahrt nach Friedrichshafen auch die Stadt Reutlingen.

Ein Automobilunfall des Dichters Kostand. Als der französische Dichter Edmond Kostand sich im Automobil von Biarritz nach St. Jean-de-Luz begeben wollte, stürzte das Automobil bei einer Wendung und fiel eine vier bis fünf Meter tiefe Wöschung hinab.

Das Automobil bei einer Wendung und fiel eine vier bis fünf Meter tiefe Wöschung hinab. Der Dichter kam unter das Automobil zu liegen und konnte von dem überleht gebliebenen Chauffeur und dessen Gehilfen nicht frei gemacht werden, so daß diese erst Hilfe herbeiholen mußten, um ihn nach mehreren Stunden nach seiner Wohnung zurückzuführen.

Feuer in der Technischen Hochschule in Hannover. In der letzten Nacht hat ein Brand in der Technischen Hochschule zu Hannover beträchtlichen Schaden angerichtet. Als gegen 2 Uhr ein Wächter das Gebäude revidierte, bemerkte er den Brand. Er alarmierte sofort die Feuerwehr, die alsbald mit zwei Motorspritzen anrückte.

Beim Brunnenbau verunglückt. In Wald bei Solingen stürzten am Donnerstag vormittag der Klempnermeister Beerhorn und zwei Gehilfen bei Brunnenarbeiten in einen Brunnen. Sie waren sofort tot.

Arbeit für den Scharfrichter. Der Zeugfeldwebel Müller von der Hanauer Pulverfabrik, der am 31. August v. J. seine Geliebte ermordet hatte und von dem Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, ist gestern früh in dem Gefängnis zu Preunshausen durch den Scharfrichter Göbel aus Magdeburg hingerichtet worden.

Der Selbstmörderbrunnen. In der galizischen Ortschaft Ober-Szerang stürzten sich gleichzeitig drei Liebespaare in selbstmörderischer Absicht in einen tiefen Brunnen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 20. August, Wanderschaft (Exkursionsfahrt) nach Friedrichshagen, Schmelze, Joachimshagen. Abfahrt früh 6 Uhr vom Estliner Fernbahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

C. S. 35. Rein. — S. S. 66. Die Zeitschrift unterliegt der Erbschaftsteuer. Es konnte sogar das 13fache, also ein Betrag von 10 800 M. als Neuzugriffes Erbschaft zugrunde gelegt werden.

W. S. 100. Schreiben Sie sofort an das ev. Pfarramt in Forst. — S. Schmidt, Jasmundstr. 1. Stellen entscheiden wir nicht. — H. D. Schwedter Str. 33. 1. Ja. 2. Nein. Die Ladung befolgt das Gericht zu einem späteren Termin.

S. S. 100. 1. Wenn der Verkäufer sich das Eigentum vorbehalten hat, kann er Herausgabe verlangen. 2. Betragen Sie einen Arzt. — S. S. 30. Sie gehen am zweckmäßigsten mit dem Gläubiger zu einem Notar und schließen dort einen sog. Sicherungsverwahrungsvertrag.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

W. S. 23. In Abbruch. II. Band, IV. Teil Seite 410 finden Sie Speichergeschäfte verzeichnet. — S. S. 28. 1. Charlottenburg, Kirchstr. 5. 2. Nach der neueren Rechtsprechung: ja. Besondere Abhängigkeit schließt Wochen zum Beginn eines Kalenderquartals.

Unserm Vater Jentsch zu seinem 81. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Die Genossen des 157. Bezirks und der Gruppe 2.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Waldemar Manasse für die trefflichen Worte, dem Chef und Kollegen der Firma Riedle, dem Hausherrn Otto I und den Genossinnen und Genossen des 4. Bezirks (Bez. 306) unseren herzlichsten Dank. 1345 Karl Roth nebst Kindern.

Dankagung. Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Waldemar Manasse für die trefflichen Worte, dem Chef und Kollegen der Firma Riedle, dem Hausherrn Otto I und den Genossinnen und Genossen des 4. Bezirks (Bez. 306) unseren herzlichsten Dank. 1345 Karl Roth nebst Kindern.

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zaremba, Weinbergweg 1, dir. a. Rosenhaller Str. — Beste Qualität, Beste Qualität, Beste Qualität.

Von der Reise zurück Max Witte Zahnkünstler Muskauer Straße 16 Ecke Mantouffellstr. 1903

Original Reichel Essig-Essenz gibt feinsten und milden, koimfreien Einmache- und Speise-Essig. Von medizinischen Autoritäten empfohlen und als gesunder Essig anerkannt. Originalfl. M. 1.10, 1/2 Fl. 60 Pf. in den Drogerien usw. erhältlich, wo nicht, Versand von der Fabrik. Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4. Nur echt u. rein b. unverletztem Verschl. m. Marke „Lichttherz“.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35 Sie sparen Geld! 35 Möbel direkt zu Engrospreisen 35 in der Möbelfabrik H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 Kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung. 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Nathan Wand 129 Stallher Str. 129. Die schönsten Herren-Sommer-Paletots u. Mäntel und Anzüge in neuem Stoffe (speziell erhaltene, auf Seide gearbeitete Garderobe, von 4672 L. Kavaliere getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bau angelegt sind in großer Auswahl stets zu namengebührligen Preisen zu haben. Nathan Wand 129 Stallher Str. 129. Hochbahnstation Rotbuser Str. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69 (Laden). Soeben erschien: Die Sozialdemokratie im Urteile Ihrer Gegner von Dr. Aug. Erdmann. Preis gebd. 2 M.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35 Sie sparen Geld! 35 Möbel direkt zu Engrospreisen 35 in der Möbelfabrik H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 Kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung. 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak in Rollen, Bündel und Enden. General-Vertrieb: Karl Röcker, Berlin O. 27. Grüner Weg 112 (Amt VII, 3861).

Jeder Herr welcher schön und billig sich kleiden will, empfehle einen Posten gebrauchter, chem. gereinigter Herren-Anzüge, Paletots etc. für jede Figur passend, wie Sie haben sind aus prima Maßstoffen angefertigt, teils von ersten Firmen, einzelne aus Absonnerungsarbeiten stammen. Früher bis 100 Mark, jetzt zu folgenden extra billigen Preisen: Jackett-Anzüge . . . M. 8, 14, 18, 20 etc. Herren-Paletots . . . 8, 12, 14. Rock-Mode-Anzüge . . . 12, 16, 18, 20. Gehrock-Anzüge . . . 18, 22, 24, 29. Herren-Hosen . . . 3, 4, 5, 7.

Abt. II: Elegante neue Garderobe. J. Wand Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, a. c. Anzeigerstr. II. Geschäft: Chausseestr. 89 Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11. Verleihung von eleg. Frack u. Gesellschafts-Anzügen. Bitte genau die Hausnummer beachten.

Achtung, Vereine! für Sommer- und Kinderfeste empfohlen: Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Kopfbedeckungen, Aluminiat-Laternen, Dekorationsgirlanden, Verlobungsfackeln, Karten, Sessel, Reglerpreise für u. Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen. Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung Pohl & Weber Nachf., Berlin, Am Spittelmarkt 4/5 I. Alexanderstr. 51/52. Kataloge gratis und franks sowie Versand nach außerhalb. Inh.: Otto Oeser.

Neu! Amerikanische Schutzhose mit selbsttätigen verstellbaren Trägern. D. R. G. P. Bester Schutz gegen Verlebensunfälle. Praktische Erfindung! Die Schutzhose ist aus prima echt indigoblauem Koper fest gearbeitet, reicht bis an die Knöchel, hinten 2 Taschen. Mk. 3.95 Extra weit 4.50 Jungen-Größe 3.45 Bei Entnahme von 6 Stk. 5% Rabatt. Berufs- und Schutzkleidung Für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw. BAER SOHN Spezialhaus größten Maßstabes 11 Brücken-Strasse 11. Chaussee-Strasse 29/30. Gr. Frankfurter Str. 20. Schöneberg, Hauptstr. 10. Haupt-Katalog kostenlos. Nachdruck verboten. Komiker Schwarz, Köpenicker-Strasse 147. 27795

Schutz den Kindern!

Von der Arbeit der Kinderschutzkommission in Berlin und Vororten erzählt ihr Jahresbericht für 1910/11 (Juli 1910 bis Juni 1911), der jetzt vorliegt. Der Bericht hebt hervor, daß ihre Tätigkeit immer mehr die Anerkennung der breiten Masse gefunden hat. Die Kinderschutzkommission will nicht nur die Kinderausbeutung bekämpfen, sondern auch der Kindermißhandlung wehren und der Kinderverwahrlosung vorbeugen. Sie hat im letzten Jahre auf diesen drei Arbeitsgebieten eine emsige und in vielen Fällen erfolgreiche Tätigkeit entfaltet.

Zum Kampf gegen die Kinderausbeutung wurde im November 1910 die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins aufgerufen durch ein Flugblatt, das mit Hilfe der Parteiorganisation verbreitet wurde. In 23 öffentlichen Versammlungen wurde dann eine Erklärung angenommen, die das völlige Verbot jeglicher Erwerbsarbeit von Kindern forderte. Das seit 1904 geltende Kinderschutzgesetz kann nicht im entferntesten den Ansprüchen an einen gesetzlichen Schutz der Kinder gegen vorzeitige Verwahrlosung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte genügen. Solange aber ein Verbot aller Kindererwerbsarbeit noch fehlt, muß verlangt werden, daß wenigstens die Durchführung des noch unzulänglichen Kinderschutzgesetzes wirksam kontrolliert wird. Die Kinderschutzkommission hat freiwillig diese Aufgabe übernommen, weil die bisherige Kontrolle durch Behörden nicht ausreichte, und täglich liefert sie durch ihre Ermittlungen neues Material zur Veranschaulichung der Wirkungslosigkeit des bestehenden Kinderschutzgesetzes.

Der Bericht aus 1910/11 teilt das Ergebnis der von der Kinderschutzkommission ausgeübten regelmäßigen Kontrolle der Kindererwerbsarbeit mit. Die häufigste Art der Erwerbsarbeit war bei den kontrollierten Kindern die Beschäftigung mit Ausstragen von Zeitungen sowie von Gebäud und Milch. Von der Kommission wurden 124 Mädchen und 124 Knaben, zusammen 248 Kinder kontrolliert, die mit dieser Arbeit beschäftigt wurden, davon 88 Kinder mit Milchausstragen, 64 Kinder mit Gebäudausstragen, 146 Kinder mit Zeitungsausstragen. Bei 229 dieser Kinder ließ sich das Alter feststellen; es lag zwischen 5 und 14 Jahren. Ein wahrhaft erschreckendes Ergebnis: erst 5 Jahre alt waren die jüngsten, zwei bereits erwerbstätige Mädchen standen in diesem garten Alter! Im Alter von 6 Jahren standen 2 Kinder, 7 Jahre alt waren 5 Kinder, 8 Jahre 14 Kinder, 9 Jahre 23 Kinder, 10 Jahre 38 Kinder, 11 Jahre 24 Kinder, 12 Jahre 56 Kinder, 13 Jahre 45 Kinder, 14 Jahre 12 Kinder. Kontrolliert wurden mehr als 100 anderweitig beschäftigte Kinder, die mit Vorkängern, mit Handels-, mit Heimarbeit, mit Regelaufsetzen usw. ihr Brot verdienen mußten. Von besonderen Fällen sind hier noch zu nennen die Beschäftigung eines 13jährigen Knaben in einem Barbiergeschäft, die Verwendung eines 13jährigen Mädchens als Toilettenreinigerin in einem Bierhaus, die Tätigkeit von 25 Knaben im Alter von 7 bis 14 Jahren als Stiefelpulver am Bahnhof Karlsruh. 3 Kinder im Alter von 9 bis 10 Jahren fangen auf Höfen, 7 Kinder wurden Bettelnd angetroffen.

Die Arbeitszeit der erwerbstätigen Kinder, das ist ein ganz besonders trauriges Kapitel aus dem Kinderelend. Nur bei 111 der kontrollierten Kinder konnte ihre Arbeitszeit festgestellt werden; sie ging in den meisten Fällen über das im Gesetz als zulässig angeordnete Maß hinaus. Beschäftigt wurden 30 Kinder täglich 3 Stunden, 56 Kinder täglich 4 Stunden, 15 Kinder täglich 5 Stunden, 7 Kinder täglich 6 Stunden, 4 Kinder täglich 7 Stunden, 1 Kind täglich 8 Stunden. Täglich 8 Stunden, wöchentlich 48 Stunden, das ist eine Arbeitszeit, an der ein Erwachsener genug hat. In der Tat, eine herrliche Gesellschaftsordnung, in der es möglich ist, daß einem Kinde eine solche Arbeitszeit aufgezwungen wird! Muß das nicht einem Kinde jede Freude am Leben rauben und die besten Keime in ihm ersticken?

Schlummer noch sind die durch den Bericht jetzt veröffentlichten Ergebnisse einer außerordentlichen Kontrolle, die im Mai 1911 mit Hilfe der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin durchgeführt wurde. In den Morgenstunden von 5 bis 8 Uhr wurden auf der Straße die Kinder gezählt, die schon vor dem Schulunterricht außerhalb des Hauses erwerbstätig waren. Im ganzen wurden 3627 Kinder ermittelt, wobei Kinder, die mehrere Male angetroffen worden waren, selbstverständlich nur einmal gezählt wurden. Die Zahl ist erschreckend groß, aber sie bleibt sicherlich noch weit hinter der Wirklichkeit zurück, da es vielen Kindern gelungen sein dürfte, sich der Feststellung zu entziehen. Die allermeisten wurden, wie zu dieser frühen Morgenstunde im voraus zu erwarten war, mit Ausstragen von Zeitungen und von Gebäud und Milch beschäftigt, im ganzen 3695 Kinder, 1267 Mädchen und 2328 Knaben. Berlin war beteiligt mit 2102 Kindern, im besonderen die Reichstagswahlkreise I, II, III, IV, V, VI mit 29, 160, 138, 721, 70, 975. Im Reichstagswahlkreis Niederbarnim wurden in 16 Orten zusammen 489 so beschäftigte Kinder ermittelt, davon in Lichtenberg allein 203, ferner z. B. in Weihensee 80, in Rummelsburg 68, in Pankow 60, in Oberschöneweide 26 usw. Aus dem Reichstagswahlkreis Teltow wurden 1004 Kinder gemeldet, davon allein 850 aus Rixdorf, ferner z. B. aus Charlottenburg 184, aus Schönberg 184, aus Wilmerdorf 69, aus Steglitz 61, aus Friedenau 47 usw.

Das Alter ließ sich bei 3347 Kindern feststellen, doch ist anzunehmen, daß es von den Kindern oft noch zu hoch angegeben wurde, weil viele gewiß von ihren Eltern so instruiert worden waren. Selbstverständlich waren die älteren Jahrgänge am zahlreichsten vertreten, aber leider wurden auch Kinder zarteren Alters noch in recht großer Zahl ermittelt. Und auch hier ergab sich das Entsetzliche, daß sogar bis zum 5. Lebensjahre hinauf Kinder in der Morgenfrühe auf der Straße dem Proletenwerk nachgingen! Ermittelt wurden 4 erst 5jährige Kinder, 1 Mädchen in Charlottenburg, 1 Knabe in Berlin VI, 2 Knaben in Lichtenberg. 6 Jahre alt waren 13 Kinder, davon 1 Mädchen in Pankow, 6 Mädchen in Rixdorf, 4 Knaben in Berlin VI, 1 Knabe in Weihensee. Angetroffen wurden ferner 60 7jährige Kinder, 105 8jährige, 263 9jährige, 457 10jährige, 468 11jährige, 836 12jährige, 918 13jährige, 143 14jährige.

Besonders mit Zeitungsausstragen wurden sehr viele Kinder beschäftigt, im ganzen 1383, davon in Berlin 733, in Niederbarnim 204, in Teltow 426. Der Bericht weist darauf hin, daß die schlechte Bezahlung der Zeitungsaussträgerinnen diese hohen Ziffern erklärlich macht. Am häufigsten wurden „Morgenpost“, „Lokalanzeiger“, „Volkzeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Berliner Allgemeine Zeitung“ in den Händen der ausstragenden Kinder gefunden, Blätter, die bedeutende Ueberschüsse herauszuwirtschaften verstehen. Der Bericht hebt hervor, daß die Aus-

strägerinnen z. B. der „Morgenpost“ pro 100 Exemplare für wöchentlich siebenmaliges Ausstragen nur 17 M., dagegen vom „Vorwärts“ pro 100 Exemplare für wöchentlich sechs maliges Ausstragen 23,50 M. erhalten. Wenn die „Morgenpost“ denselben Ausstragelohn wie der „Vorwärts“ zahlte, so müßte sie jährlich um 234 000 M. mehr als jetzt hergeben. Der Verlag der „Morgenpost“ steckt diese 234 000 M. als Extraprofit ein, auf Kosten der Zeitungsaussträgerinnen und ihrer zur Mitarbeit genötigten Kinder. Bezahlen die bürgerlichen Blätter ihre Aussträgerinnen ebenso wie der „Vorwärts“, so würde sicherlich die Schar der mit Zeitungsausstragen beschäftigten Kinder sich verringern. Beim „Vorwärts“ wird keine Kinderarbeit geduldet.

Milch wurde von 1165 Kindern ausgetragen (in Berlin 764, in Niederbarnim 146, in Teltow 256), Badware trugen 1067 Kinder aus (in Berlin 605, in Niederbarnim 140, in Teltow 322). Unter diesen zusammen 2332 Kindern waren 630, die für das eigene Geschäft der Eltern beschäftigt wurden, 515 Kinder von Milchhändlern oder Kollereinhäbern, 124 Kinder von Bäckermeistern. Die übrigen 1563 Kinder, die Milch oder Gebäud ausstragen, waren bei fremden Arbeitgebern beschäftigt. Die Ausbeutung der Kinder durch ihre eigenen Eltern wird leider ganz besonders begünstigt durch das Kinderschutzgesetz, das diesem Treiben hier noch weiteren Spielraum läßt. Wie die eigenen Kinder dürfen übrigens in diesem Punkte auch die Pflegekinder (angenommene oder bevorzunte) behandelt werden, so will es das Gesetz. Die Kinderschutzkommission erfuhr in 7 Fällen, daß Pflegekinder von ihren Pflegeeltern nach Herzenslust ausgebeutet wurden.

Ueber die Arbeitszeit der bei der außerordentlichen Kontrolle ermittelten erwerbstätigen Kinder konnte wenig festgestellt werden, weil das naturgemäß seine Schwierigkeiten hatte und der Kontrolle verschiedentlich Hindernisse bereitet wurden. Der Bericht teilt mit, daß besonders beim Milchausstragen die den Kindern zugemuteten Leistungen sehr groß waren. Ein Junge erzählte, daß er dabei drei Stunden hintereinander tätig sei. Ein 13jähriger Junge wurde mit 6 gehn gefüllten Milchkannen angetroffen. Beim Zeitungsausstragen ist es nicht seltenes, daß Kinder frühmorgens 60, 70, 80 Treppen steigen müssen. Daß Körper und Geist der Kinder durch solche Erwerbstätigkeit schwer geschädigt werden, ist selbstverständlich.

Die regelmäßige Kontrolle der Kindererwerbsarbeit wird ergänzt durch die Bemühungen der Kinderschutzkommission, auf Eltern wie auf Arbeitgeber dahin einzuwirken, daß sie auf die Arbeit der Kinder verzichten. In vielen Fällen ist das der Kinderschutzkommission gelungen, ohne daß sie nötig hatte, den Vorstand von Behörden anzurufen. Dabei läßt sie es auch an materieller Hilfe für die Familien nicht fehlen, wenn offensbare Not vorliegt. Gewiß halten manche Eltern nur aus Unterstand oder gar aus Eigennutz ihre Kinder zur Erwerbsarbeit an. Aber nur zu oft ist es doch Not, die sie zwingt, die Kinder mitverdienen zu lassen. Der Bericht führt als Beispiele ein paar Fälle an, deren eingehende Darstellung erschlatternd wirkt. So die Kinderschutzkommission nicht Hilfe von privater Seite beschaffen kann, vermittelt sie ein Eingreifen der Armenpflege. Auch ist sie in manchen Fällen mit der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge und mit dem Verein zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung in Verbindung getreten, um Hilfeleistung zu erwirken.

Die Arbeit, die von der Kinderschutzkommission geleistet wird, um auch der Kindermißhandlung und der Kinderverwahrlosung entgegenzutreten, ist nicht minder wichtig. 24 Mißhandlungsfälle wurden der Kommission bekannt, doch meldete sie keinen Fall an die Behörden weiter, weil es ihr stets möglich war, selber Abhilfe durchzusehen. Die ständige Ueberschau derjenigen Kinder, bei denen eine Mißhandlung festgestellt worden ist, wird von der Kinderschutzkommission als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet. Soweit wir Gelegenheit gehabt haben, einen Einblick in diese mühevollen Arbeit zu erhalten, können wir nur sagen, daß die Kontrollurinnen sich ihr mit großer Opferfreudigkeit unterziehen.

Die Mitteilungen und Ausführungen dieses sehr beachtenswerten Jahresberichtes bilden eine schwere Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Sie ist es, die die Schuld an dem Kinderelend trägt. Sie ist es, die es möglich macht, daß kapitalistische Profitgier dem Kinde die Kindheit rauben darf. Schutz den Kindern! Was die Kinderschutzkommission der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Groß-Berlins in dieser Hinsicht tut, ist ein Akt der Selbsthilfe, die notwendig wurde, weil die Gesetzgebung bisher versagt hat. Aber wir alle sind darin eins, daß nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dem Kinderelend ein Ende bereitet werden wird.

Partei-Angelegenheiten.

Alt-Landsberg. Am Sonntag, den 20. August, mittags 12 Uhr, im Lokale des Herrn Lucas, Straußbergerstraße: Öffentliche Versammlung. Da und dieses Lokal als einziges seit kurzer Zeit für Versammlungen zur Verfügung steht, werden die Parteigenossen sowie Radfahrer ersucht, bei ihren Ausflügen den Wert zu unterziehen. Bezirk Rummelsburg.

Staaken. Am Sonnabend, den 19. August, abends 6 1/2 Uhr, im Grädigs Gasthof: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Konjunkturbeurteilung am Ort. 3. Erläuterung des Erfurter Programms. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Nach den Ferien.

Nun sind sie alle wieder zu Hause; der Fritz, der Otto, die Grete, die Lotte und alle die anderen, denen das Glück beschieden war, die Ferien „fern von Madrid“ zu verleben. Zwar spielen sie noch nicht wieder so fröhlich wie sonst. Jene sozialen Kräfte, die die Welt der Erwachsenen zerklüftet, haben während der kurzen Spanne Zeit auch auf das harmlose Kinderelend ihre häßlichen Wirkungen ausgeübt. Soeben ist der Fritz herunter gekommen und flaniert etwas verlegen, wie er die alten Beziehungen wieder anknüpfen kann, vor der Tür hin und her. Da kommt der Walter, dessen Vater mittlerer Beamter ist und der schon die hohe Schule besucht, gerade über die Straße. Na, die waren jedenfalls auch verreist gewesen; sie waren überhaupt auch feiner wie die anderen. Zwar schimpfte sein Vater neulich recht dorb über sie, weil sie schon einige Male die monatliche Fleischrechnung nicht bezahlt hatten, aber Mama sagte: das wäre in der ganzen Gegend der einzige Umgang für sie, die Leute wären

so sehr fein, man könne sie doch nicht gleich so vor den Kopf stoßen.

„Na Fritz bist Du auch wieder angelangt! — Ihr wart doch auch verreist? Wir sind schon am Sonnabend angekommen. Mit'n D-Zug. Ihr nich — ach so Dein Vater; war denn der auch mit? So! Bloß'n paar Tage! Mein Vater hatte vier Wochen Ferien. Wo wa't ihr denn? Ach so stimmt ja, in Ahlbeck; wir waren früher'n paarmal in Speringsdorf, das ist doch dichte bei, aber meine große Schwester wollte diesmal an die Nordsee; wir waren in Norderncy. Ob wir da auch Bernstein jesucht haben? Ne, den sib't's da nich, aber sonst is alles viel feiner da. Du, da kannst D' staunen. Is nur für die ganz Feinen.“

Ein Stückchen von ihnen entfernt haben sich ebenfalls einige Jungen und Mädchen angemeldet, die eifrig schwachend etwas zu betrachten scheinen. Da löst sich einer aus der Gruppe und ruft, heftig gestikulierend, die beiden heran: „An, Walter, Fritz, kommt mal schnell her; wat der Dite mitgebracht hat! Kiekt mal, det soll Gold sinn, wie't in d' Erde jesunden wird!“

Der Fritz einer „feineren“ Kultur war aber doch in den beiden Patriziersöhnen noch zu dünn, als daß er in einem Augenblick, in dem ihre Reugier auf eine so harie Probe gestellt wurde, standhalten sollte. Scheinbar gleichgültig kamen sie näher. Ein kleiner aufgeweckter Bursche ließ ein paar Kupferkristalle im Sonnenlichte funkeln und alle glaubten, reines Gold vor sich zu haben. Und die da verreist gewesen waren, sie brachten nach und nach alle etwas aus ihren unergründlichen Taschen zum Vorschein. Da einige Stückchen Bernstein, hier Muscheln der Nordsee, Mineralien aus den Gebirgen und was sonst noch an möglichen und unmöglichen Dingen. Sie sprachen alle durcheinander. Einer suchte den anderen zu übertrumpfen. Sie wußten kaum, daß sie logen; in ihrer kindlichen Phantasie erlebten sie die steilsten Berge, wagten sich in kleinen Booten in die sturmgepeitschte See hinaus.

„Wat Paule! — Du hast mir erzählt, dat Du in Freienwalde bei Deine Tante uff Sommerwohnung wast? — Is ja janich wa! — uff'n Dorf waste und hast Gänse gefütet! Du aller Schwindler!“

Verzweifelt mit hochrotem Kopfe sucht der so Bloßgestellte seine Position zu verteidigen; doch umsonst. Mit einer Enttäuschung, die dem verdächtigen Muder alle Ehre machen würde, wenden sie sich alle, die doch auch soeben Geldnoten a la Münchhausen vertriehten, von ihm ab. „So ein Lügner!“ — „So'n Gänsejunge! Na ja, det sind ja sonne Hungerleider. In't vorje Jahr war er ja ooch während der Ferien bei'n Järner un hat'n ganzen Dach gearbeitet.“

Mit brennender Scham in der kleinen Seele schleicht der Ausgeschlossene zu den anderen, die während der Ferien zu Hause bleiben mußten. Doch einer war unter ihnen, der auch an der See gewesen war; in der Ferienkolonie. Doch er erzählte nicht von handhohen Wellen, von Konzerten und dergleichen. Nein. Nur vom Sattessen, vom Milchtrinken, und ein ganzes Welt hatte er für sich allein gehabt.

Und ein anderer erzählte, wie sie währenddem auf den langen, dunklen Höfen von früh bis in den späten Abend gespielt und wieder gespielt hatten. Alle? —

„Na, id bin froh — sagte ein kleiner Kerl im Selbstgespräch zu sich — dat die Ferien zu Ende sind; id hab' den ganzen Dach in'n unsern düstern Keller spülen müssen!“

Die Beschränkung der Wassereinnahme für Springbrunnen und Straßenreinigung, welche der Magistrat verfügt hatte, um die Betriebssicherheit der durch längere Zeit außerordentlich stark beanspruchten Maschinenanlagen der Wasserwerke nicht zu gefährden, ist mit dem Bitterungsumschlag sofort wieder aufgehoben worden. Die Wasserförderung nach Berlin mit den angeschlossenen Vororten betrug am letzten Sonnabend und Montag noch circa 303 000 bzw. 299 000, nach dem Bitterungsumschlag am Dienstag 257 000 und Mittwoch nur 239 000 Kubikmeter.

Das kommt davon! Bekanntlich waren der Arbeiterschaft recht hartnäckig seit Eröffnung des Handwerkerhauses die Kammerfälle zur Abhaltung ihrer Versammlungen verweigert und infolgedessen wird das Lokal von der Arbeiterschaft gemieden. Der bisherige Deponom hat schon vor vier Wochen das Lokal verlassen müssen. Jetzt meldet eine Lokalkorrespondenz: „Das Restaurant des Handwerkerhauses in der Teltower Straße, das der Handwerkerkammer eine Jahrespaht von 80 000 M. brachte, mußte jetzt geschlossen werden. Verschiedene große Festlichkeiten und Kongresse, die dort schon angefangen waren, mußten nach anderen Räumlichkeiten verlegt werden. So tagt der 10. Verbandstag der Deutschen Tischlermacher am nächsten Sonntag im Lehrervereinshause (Alexanderplatz).“

Das kommt davon, wenn man von den Arbeitern nichts wissen will.

Unter der Maske eines Oberinspektors treibt ein Hypothekenschwindler sein Handwerk. Ein schlesischer Gutsbesitzer wandte sich auf eine Zeitungsanzeige wegen einer Hypothek an eine angebliche Frau Erna Weide in Einbau, die dann unter der Deckadresse E. 44. Güte und Mild' Briefe mit ihm wechselte und ihm endlich ihren „Oberinspektor Ladeberg“ fandte, der sein Gut besichtigte. Dieser strich für seine Bemühungen 42 M. ein, und damit war das „Geschäft“ erledigt. Weitere Briefe, die sich „Frau Weide“ nach Halleus nachsenden ließ, blieben dort auf der Post liegen. Der „Oberinspektor“ ist mittelgroß, hat blondes Haar mit etwas Glatze, eine gebogene Nase und einen rötlichblonden Schnurrbart. Der kräftig gebaute Mann trug einen hellgrauen, wolligen Anzug.

Zwei große Silberdiebstähle beschäftigen die hiesige Kriminalpolizei. Bei einem Fabrikbesitzer in der Holzendorffstraße wurden für nicht weniger als 7000 M. Silberfachen gestohlen. Auch zahlreiche Kunstgegenstände von beträchtlichem Wert erbeuteten die Einbrecher. Ferner fielen den Dieben mehrere persische Teppiche und Vetterleger in die Hände. Ein zweiter Einbruchdiebstahl wurde in dem Hause Reinholdsdorfer Straße 62 ausgeführt. In diesem Falle stahlen die Einbrecher silberne Besteck und Tischgeräte im Werte von nahezu 2000 M.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde ein Mann Actur W. aus der Siedingstraße verhaftet. W., der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, lockte ein zwölfjähriges Mädchen in eine Wude, die Wipaltarbeiter an der Ecke der Gräfe- und Urbanstraße angegeschlossen haben, und vergewaltigte es dort. Leute aus der Nachbarschaft, die vom Balkon aus die Verschleppung beobachteten, ließen den Unhold festnehmen. Das Pubitium prägelte ihn durch und übergab ihn dann der Polizei. — Verhaftet wurde auch ein Ausländer, der von seiner Frau mit einem ebenfalls 12 Jahre alten Mädchen überrascht wurde. Dieser ist Vater von elf Kindern. Die Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen schon ein Jahr lang geistverwählig krank treibt. Der Uebeltäter hat auch versucht, sich seinen eigenen Kindern zu nähern.

Im Krankenhaus gestorben ist der Arbeiter Springmann, der am Sonntag von dem Gastwirt Funke in der Triftstraße während

eines Rentners angeschossen wurde. Wie und die Eltern des Springmann mitzuteilen erlauben, war es nicht, wie berichtet, stellunglos, sondern bis zu seinem Tode in der Matragensabrik von Westphal u. Reinhold am Südufer beschäftigt. Die Eltern bestreiten, daß ihr Sohn Herrn Junke angegriffen habe. Letzterer habe sich wohl in der Person des Angreifers geirrt; auch habe Springmann nicht den genannten Krause, sondern dieser erstere angegriffen.

Eine neue Polizeistation.

Der verhängnisvolle Schießlaß des Herrn von Jagow scheint es auf dem Gewissen zu haben, daß auch am Donnerstag wieder von einem Polizeibeamten von der Schußwaffe überreiter Gebrauch gemacht worden ist. Wenigstens lassen es die Mitteilungen, die uns über den Vorfall gemacht worden sind, rätselhaft erscheinen, wie der Beamte, der selbst in keiner Weise bedroht zu sein schien, dazu kam, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Nach dieser Darstellung von Augenzeugen sollte der Fürsorgezögling Treptow, ein 18 bis 19 Jahre alter junger Mensch, verhaftet werden. Ein Kriminalbeamter und ein Schuhmann begaben sich zu diesem Zwecke in die sogenannte Kartoffelpufferhalle, die sich am Gröbenufer in der Nähe der Oberbaumbrücke befindet. Da der Fürsorgezögling sich nicht fesseln lassen wollte, kam es zu einem Handgemenge. Während dieses Ringens rief der Schuhmann den herumstehenden Vätern plötzlich zu: „Weg da!“ und feuerte aus einiger Entfernung einen Schuß auf Treptow ab, der schwerverletzt nach dem Krankenhaus geschafft wurde und nach einem Gerücht bereits verstorben sein soll.

Nach dieser Darstellung lag irgendeine Notwendigkeit für den Gebrauch der Schußwaffe nicht vor, da der schießende Beamte in keiner Weise gefährdet war und die beiden Beamten doch wohl unschwer mit dem jungen Menschen hätten fertig werden können. Man darf gespannt darauf sein, welche Darstellung der polizeioffizielle Bericht selbst von dem Vorfall geben wird, der an dem Tatorte eine große Erregung unter der Bevölkerung hervorrief.

Großfeuer im Theater des Westens.

Gestern abend gegen 7 Uhr lief auf den Charlottenburger Feuerwachen Feueralarm von Theater des Westens in der Kantstraße an. Wie sich herausstellte, war im Kulissenmagazin des Theaters ein großer Brand ausgebrochen. Gewaltige Rauchschwaden erfüllten den großen Hof und wälzten sich durch die Kantstraße weiter. Das Kulissenmagazin ist im Quergebäude untergebracht und liegt hier im ersten Stock. Im Erdgeschoß dieses Gebäudes befindet sich der große Maschinenraum mit den Kraftmaschinen für die Beleuchtung des Theaters. Der Kulissenraum war dicht mit Kulissen angefüllt, so daß das Feuer reichliche Nahrung fand. Der Brandinspektor ließ sofort eine Dampfpeize in Aktion treten und mehrere Dozire Säulen Altbiers auslegen. Außerdem wurde ein großer Schlauch direkt an einem Oberflurhydranten, der auf dem Hofe steht, angebracht. Von allen Seiten erfolgte nun der Löschangriff. Die Rohrführer konnten anfangs aber wenig ausrichten, da der Dampf unerträglich war. Ungeheure Wassermengen wurden verspritzt, so daß bald das Wasser durch die Dede nach dem Maschinenraum durchdrang. Nach etwa einer Stunde galt die Hauptgefahr als beseitigt. Von dem Kulissenmagazin war natürlich nichts zu retten. Der Raum brannte vollständig aus, so daß der Schaden ganz bedeutend ist. Die Vorstellung im Theater mußte ausfallen, da der Zuschauerraum ohne Licht war. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt. Als ein Feuerwehrmann um 8 Uhr das Theater revidierte, hatte er nichts Verdächtiges wahrgenommen. Erst eine halbe Stunde später wurde auf dem Grundstück Feuerlärm laut. Der Bühnenraum des Theaters, der mit dem Kulissenmagazin durch eine Rampe in Verbindung steht, war nicht gefährdet. Personen gerieten bei dem Brand trotz der starken Verqualmung nicht in Gefahr. Mit der vollständigen Ablösung und den Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr noch bis in die späte Nacht hinein zu tun.

Der Berliner Arbeiter-Radsfahrer-Verein (Mitglied des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“) hielt am 10. August seine ordentliche Generalversammlung bei Borgmann, Andreasstr. 21, ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß im Quartal 4 öffentliche Versammlungen und eine Generalversammlung stattgefunden haben. Die Mitgliederbewegung war im vergangenen Quartal zufriedenstellend. Der Gesundheitszustand ist ein sehr guter zu nennen. Todesfälle sind nicht zu verzeichnen, von Madunkästen wurden 10 Mitglieder betroffen, wofür an Unterstützung 302,25 Mk. ausgezahlt wurden. An Notfallunterstützung wurden einem Mitglied 60 Mk. gezahlt. Grenzarten wurden eine nach Italien und 3 nach Oesterreich ausgesandt. Aus dem Kassensbericht ist zu entnehmen, daß die Bilanz vom 2. Quartal in Einnahme und Ausgabe die Summe von 3222,90 Mk. aufweist. Das für den Verein im Fahrradhaus „Früh auf“ angelegte Kapital beträgt 3014 Mk. Die vom Radsportler Krause gegen den Verein angelegte Klage auf Auflösung desselben wurde vom Landgericht kostensichtlich abgewiesen. Den Bericht der Agitationskommission gibt der Obmann. Er erwähnt nochmals die Verhandlungen mit dem Bund „Freiheit“, welche leider negativ verlaufen sind. Das mit Hilfe des Vereins freigewordene Lokal „Strandlohn“ in Regel ist leider wieder zurückgegeben worden, angeblich weil sich die Mitglieder nur von organisierten Radsportlern bedienen lassen wollten. Für die Jugendabteilungen wurde ein ihren Verhältnissen entsprechendes Flugblatt ausgearbeitet und in einer Auflage von 3000 Stück verbreitet. Um unliebsame Verwechselungen zu vermeiden, wurde beschlossen den Namen des Vereins wie folgt zu ändern: Arbeiter-Radsfahrer-Bund und „Solidarität“, Ortsgruppe „Berlin“. Alle für den Verein bestimmten Sendungen sind nach wie vor an den Genossen Richard Naxos, Schönleinstr. 11, vorn 1. St., zu richten.

Wer sind die Toten? Unter der Hochbahn tat aufgefunden wurde gestern früh in der Skalyer Straße gegenüber dem Grundstück Nr. 130 ein Arztpol, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Ein Arzt stellte nach fruchtlosen Wiederbelebungsbemühungen fest, daß er einem Herzschlage erlegen war. Der Mann ist etwa 40—45 Jahre alt, hat zwei Holzbeine und einen rüchlichen Voll- und Schnurrbart und trug eine braune Jacke, eine dunkle Hose und eine blaue Schirmmütze. — Ein Mann von 50 bis 55 Jahren brach gestern nachmittags um 5^{1/2} Uhr in der Johannisstraße bewußtlos zusammen und wurde von einem Schuhmann nach der königlichen Klinik gebracht. Hier starb er bald. Der Unbekannte hat dunkles, schon etwas ergrautes Haar und Schnurrbart und trug ein dunkles Jackett mit Weste, eine hellgestreifte Hose und ein Druschband. Am Oberleibe fehlten ihm fast alle Zähne.

Jungen, die gesehen haben, wie am Montag, den 7. August, nachmittags 5—^{1/2} Uhr, Ede Wittichiner und Alexandrinstraße ein Mann von der nach Treptow fahrenden elektrischen Straßenbahn fiel, werden gebeten, ihre Adresse an Parallel, Skalyer Straße 125, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Preussische Selbstverwaltung.

Inmitten der Wälder der märkischen Geanden liegt im Kreise Weeslow das Dorf Marzgräpitz, dessen erwachsene männliche Einwohner ehrensamer Ackerbürger und Handwerker sind. Dieses Dorf hat den seltenen Vorzug, eine sozialdemokratische Gemeindegemeinschaft zu haben; Grund genug, daß die landtätigen Würde öfter zur Geltung kommt wie es sonst in den Randgebieten üblich ist. Nicht etwa, daß gegen die Verwaltung der Mehrheit von Ausschüßmitgliedern eingeschritten werden muß, im Gegenteil! Vielmehr gößt Freund und Feind der Tätigkeit dieser

Meistheit alle Anerkennung. Als daß diese seltene Mehrheit ihre staatsbürgerlichen Rechte nachdrücklich auszuüben bestrebt ist, ist in Preußen etwas Unerhörtes. Nachdem ein Parteigenosse zum Gemeindevorsteher gewählt wurde, der natürlich nicht beständig wurde, fiel auch die Wahl von drei Schöffen auf Sozialdemokraten, denen im Lande der gesicherten Rechtsgarantien die Genehmigung versagt wurde. Diese landrätliche Tat hinderte natürlich nicht, daß bei einer am 12. Juni vollzogenen Neuwahl dieselben Genossen gewählt wurden. Wiederum wurde in der vergangenen Woche den Gewählten die Bestätigung versagt, natürlich ohne Angabe von Gründen.

Wie stellt sich die wohlweise Kreisregierung oder auch die preussische Regierung den Ausgang dieser allen mündigen Bürgern höflichst zuzuhaltenden Haltung eigentlich vor? Die sozialdemokratische Mehrheit befreit weder der Landrat noch ein höherer Würdenträger. Und daß die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher nur einen der ihnen wählen werden, können sich doch schließlich auch die Spitzen in Preußen sagen.

Wenn schon ein so energischer Kampf in einem Dorfe mit 471 männlichen Einwohnern um die Rechte der Bürger geführt werden muß, ist das ein Beweis dafür, welche Energie noch aufgebracht werden muß, um das herrschende Junkerregiment in Preußen zu stützen und das Volk zu seinem Rechte zu verhelfen.

Charlottenburg.

Wegen eines neuen gewaltigen Dachstuhlbrandes wurde am Donnerstag die Feuerwehr nach dem Eckhaus an der Pestalozzi-Straße 92a und Leibnizstraße alarmiert. Der Brand wurde erst gegen 6 Uhr bemerkt, als die Flammen schon an mehreren Stellen aus dem Dachstuhl des mächtigen Eckhauses hell emporstiegen. Ueber die Treppen und mehrere mechanische Leitern wurde wader vorgegangen, trotz des Sturmes und der Stößen, die von der Nordseite die auf der Südseite vorgegangenen Mannschaften gefährdeten. Mehrere Male mühten die Feuermänner zurückzuweichen, aber immer wieder gingen sie vor. Mit zwei Dampfkränen wurden unausgesetzt große Wassermengen in die Gasse gespritzt. Rauch und Wasserdämpfe vermischten sich zu Wolken, die den Dachstuhl umhüllten. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abziehen. Der Dachstuhl ist vernichtet.

Wilmerdorf.

Einen großen Dachstuhlbrand hatte in der letzten Nacht die Wilmerdorfer Feuerwehr in der Berliner Straße 123 zu löschen. Die Gefahr wurde erst um Mitternacht, als die Flammen schon aus dem Dachstuhl des Vorderhauses emporloderten, bemerkt. Trotz der schon eingetretenen großen Verqualmung und räumlichen Ausdehnung des Brandes gelang es, das Feuer auf den Dachstuhl des Vorderhauses zu beschränken. Die oberen Etagen haben nur wenig durch Wasser gelitten. Die Entstehungsursache konnte nicht mehr ermittelt werden, doch nimmt man Brandstiftung an, weil das Feuer an mehreren Stellen ausgebrochen sein soll. Erst gegen morgen konnte die Feuerwehr wieder abziehen.

Schöneberg.

In die Wählerliste einzusehen haben sich bereit erklärt: Hartmann, Neue Ansbacher Str. 17; Eardt, Barbarossastraße 10; Jürgens, Barbarossastr. 5a; Frede, Goltstr. 10; Krüger, Gleditschstraße 19; Krüger, Brunowaldstr. 55; Rast, Alaxenstr. 23; Konjumladen, Kropfel-Paulus-Str. 40 und Ebersstr. 27; Schulz, Apostel-Paulus-Str. 33; Weinberg, Hauptstr. 4; Nelemann, Hauptstr. 100; Parteipedition, Martin-Luther-Str. 69; Kliche, Hauptstraße 98; Schuber, Pelziger Str. 60; Piel, Mühlenstr. 8; Rathmann, Tempelhofer Str. 18; Neubauer, Ebersstr. 35; Andreas, Feurigstraße 16; Brod, Bohnstr. 19/20; Wandte, Bohnstr. 25; Bortnik Siegfriedstr. 8; Reibsch, Adonisweg 42; Anobloch, Sedanstr. 63; Groß, Sedanstr. 17; Weimer, Goebenstr. 51; Dombrowski, Gieselerstraße 27; Ende, Sachsendamm 43; Krause, Wegast. 1; Schulz, Peter-Bischof-Str. 1; Mehlhase, Eiter, Ede Dammgasse.

Ein großer Wohnungsbrand, bei dem eine alte Frau in erste Lebensgefahr geriet und unter der Bewohnerschaft große Aufregung entstand, wütete in der letzten Nacht in der Guglowsr. 7 in Schöneberg. Im ersten Stock des Vordergebäudes wohnt dort die Eigentümerin des Hauses, die 73jährige Witwe Reins. Die Greisin lebt ganz für sich allein. Auf bisher nicht ermittelte Weise brach in ihrer Wohnung gegen Mitternacht Feuer aus. Die Flammen ergriffen die Möbelführung und schnitten der Frau den Ausweg nach der Treppe ab. Als die Schöneberger Feuerwehr ausrückte, schlugen aus den Fenstern die Flammen hell empor. Der Branddirektor ließ sofort einen Hakenleitgang herstellen, und es gelang den Mannschaften, die Frau mit einer Rettungseise aus der brennenden Wohnung ins Freie zu schaffen. Die Witwe hatte aber infolge der Aufregung einen Nervenschock und Brandwunden am Kopf und Schnittwunden an den Händen davongetragen, so daß sie mit einem Krankenwagen nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft werden mußte. Unter den übrigen Hausbewohnern war eine panikartige Aufregung entstanden, da das Feuer sich an den Jalousien der Fenster nach den oberen Stockwerken weitertraf. Durch kräftiges Wassergeraden aus drei Hochren gelang es aber der Wehr, das Feuer auf die Wohnung im ersten Stock zu beschränken. Die Mieter beruhigten sich denn auch bald, so daß Zwischenfälle nicht zu verzeichnen waren.

Adlershof.

Keine Fälschung des Wahlergebnisses! Am 23. März 1911 fanden in Adlershof die Gemeindevahlen statt. Ein Lehrer Suppas hatte sich von einer Witwe eine Vollmacht verschafft, um für diese die Gemeinderäte am Tage der Wahl ausüben zu können, wie sich bald herausstellte, nicht im Sinne der Frau. Es wurde, um das zu verhindern, ihm in aller Form die Vollmacht und damit auch die Ausübung der Gemeinderäte entzogen. Die Vollmacht wurde daraufhin dem Schwigerjohn übertragen und zwar formgerecht. Am Tage der Wahl, als der rechtmäßige Inhaber der Vollmacht das Wahlrecht ausüben wollte, trat Herr Suppas vor und erklärte: Er habe auch eine Vollmacht und werde sich mit dem anderen Herrn einigen. Diese Einigung sollte darin bestehen, daß der nunmehrige Inhaber der Vollmacht für den bürgerlichen Kandidaten stimmen soll oder sich der Abstimmung enthalte. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Der Wahlvorstand erklärte daraufhin beide Vollmachten für ungültig. Herr Suppas hatte also durch sein Verhalten ein gefälschtes Wahlergebnis herbeigeführt.

Es wurde daraufhin gegen Herrn Suppas wegen Vergehen wider § 108 des Strafgesetzbuches Anzeige erstattet. § 108 stellt unter Strafe, wer in einer öffentlichen Angelegenheit ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht.

Der Staatsanwalt lehnte die Einleitung des Strafverfahrens ab, bezgl. der Oberstaatsanwalt. Beide gehen von den Erwägungen aus, daß der § 108 des Strafgesetzbuches den Schutz der Nichtigkeit und Integrität des Ergebnisses der Wahlhandlung, indem er so wohl die Fälschung der äußeren formalen Geschmähigkeit der Wahlhandlung als auch die ungesetzliche Ausübung des materiellen Wahlrechts unter Strafe stellt. In beiden Fällen ist jedoch, mag das rechtmäßige ziffernmäßige Ergebnis verschoben sein, notwendige Voraussetzung die tatsächliche Ausübung des Wahlrechts. In dieser war es in dem vorliegenden Falle nicht gekommen. Die Auslegung des § 108 erschien nicht richtig. Es wurde darauf gegen den Weichsel des Oberstaatsanwalts die Entscheidung des Oberlandesgerichts angetragen. Der Ferienstrassat des Königl. Kammergerichts entschied in seiner Sitzung vom 3. August, daß ein Verstoß gegen § 108 des Strafgesetzbuches vorliegt, wenn der durch Stimmabgabe kundgegebene Wille der Wähler nicht zum richtigen Ausdruck gekommen ist.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstagnachmittag in der Berliner Metallwarenfabrik U. G.

Worm. Fürst u. Co. zu Adlershof. Fort war der 62 Jahre alte Metallarbeiter August Kleinschmidt, Michaelstr. wohnhaft, mit dem Trüben von Tafelblättern beschäftigt. Blöcklich sprang das an der Maschine befindliche Holzgatter entzwei; ein spitzer Teil des Holzes drang dabei dem Kleinschmidt über dem linken Auge in den Kopf, so daß das Auge aus dem Kopf herborquoll. Der Verunglückte wurde nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Brieger Kreis-Krankenhaus gebracht.

Alt-Ollendie.

Der Arbeiter-Gesangsverein „Freier Sängerkorps“ feiert am Sonntag, den 20. d. Mts., ein Volksfest. Da genannter Verein bei Parteiveranstaltungen mitwirkt, werden die Genossen ersucht, sich daran zu beteiligen. Der Festmarsch beginnt um 2 Uhr nachmittags vom Böhmischen Lokale, Ortmauer Straße 56 aus.

Wohndorf.

Nach einer Zwischenpause von 3 1/2 Monaten wurde auch das Wohndorfer Dorparlament wieder einmal zusammenberufen. Wie aus dem Bericht des Kantanten hervorgeht, hat die Gemeinde einen Ueberblick von 2075,48 Mk. zu verzeichnen. Da sich am Ort eine freiwillige Feuerwehr gebildet hat und aus diesem Grunde zu wiederholten Malen die Anschaffung von Feuerlöschgeräten auf der Tagesordnung stand, beantragte unser Vertreter eine Kommission zu wählen, welche diese Gerätschaften einzukaufen soll, damit diese Angelegenheit endlich von der Tagesordnung verschwindet. Der Antrag fand Annahme. Da am 1. April 1912 durch den Bezug der neu erbauten Häuser der Arbeiter-Genossenschaft „Paradies“ eine größere Anzahl Kinder hinzukommen, soll ein vierter Lehrer angestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde der Antrag eines Lehrers verlesen, der um Erhöhung seines Gehaltens ersucht. Da der Lehrer aber 400 Mk. für diesen Zweck bezieht, wurde sein Antrag abgelehnt. Ein Antrag des Genossen Schiffe, die Sitzungen jeden Monat stattfinden zu lassen, wurde angenommen. Ferner wurde von unserem Genossen bemängelt, daß der Gemeindefriedhof nicht gepflegt wird, so daß vor Anfrucht kein Weg mehr zu erkennen sei. Nach einigen sonstigen Anfragen unseres Genossen wurde die Sitzung nach 3 1/2stündiger Dauer geschlossen.

Waltersdorf-Schulzendorf.

Sein Stiftungsfest feiert am 20. August im Lokal des Herrn Witte-Schwalbe der Radsfahrerverein „Vorwärts“-Schulzendorf. In Ermangelung eines freien Lokals muß der Verein sein Stiftungsfest auf Schwalbe Boden abhalten. Der dortige Amtsvorstand hat die Hofzufahrt mit Musik nicht genehmigt. Die Radsfahrergesossen des zweiten Bezirks werden ersucht, sich an dem Anfrucht zahlreich zu beteiligen. Statt ist Berliner Chauffee, Waltersdorfer Sandgruben, pünktlich 8 Uhr.

Erkner.

Die „Freie Turnerschaft“ Erkner (M. d. A. L. V.) begeht am Sonnabend, den 19. August, abends 8 Uhr, in Degebrodt's Gesellschaftshaus ihr 4. Stiftung- und Gründungsfest der Frauenabteilung, bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen, Verlosung und Paß. Da der Verein bisher bei Parteifesten mitgewirkt hat, so wird die hiesige Arbeiterschaft um rege Teilnahme gebeten.

Reinickendorf-West.

Auf die Arbeitergenossen spekuliert einer der hiesigen Grundbesitzerkreise, der am 20. d. M. ein „Erntefest“ veranstaltet, um von dem Ertrag dieser Ernte eine Fahne zu beschaffen. Wenn die Herren Schnuck nach einem solchen Schautück haben, mögen sie es allein bezahlen, Arbeiter haben für ihr Geld bessere Verwendung.

Notawuch.

Nieder mit den Kriegsheern. In einer außerordentlich gut besuchten öffentlichen Versammlung am Mittwoch legte die Arbeiterschaft energigsten Protest gegen die aus Anlaß der Marokkoaffäre von den Geldkapitalisten und der chauvinistischen Presse entfachte Kriegshege. In 1 1/2stündiger Rede beleuchtete der Referent Genosse Georg Ldo-Berlin die gegenwärtige politische Lage. Mit treffenden Worten kennzeichnete er die krankhaften Bemühungen der Reaktion, die Aufmerksamkeit der Massen von der durch die völkerausplündernde und entrechtende Politik der letzten Jahre geschaffenen Situation abzulenken und aus der Marokkoaffäre die so notwendige Wappparole gegen die Sozialdemokratie zu schmieden. Nach einem ernsten Mahnruf an die Anwesenden, die Zeit bis zu den Wahlen nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, schloß Redner seinen stürmisch behohnten Vortrag.

Spandan.

Eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde am Dienstag im Lokal des Genossen Köppl abgehalten, in der zur Kreisgeneralversammlung Stellung genommen wurde. Genosse Bior referierte kurz. Man will das Referat Dr. Liebkechts über die Reichstagswahlen auf der Kreisgeneralversammlung entgegennehmen und danach die weiteren Entscheidungen für den Wahlkampf treffen. Anträge zur Kreisversammlung wurden nicht gestellt. Zu Delegierten für die Kreisversammlung, welche am 20. August d. J. in Seefeld stattfindet, werden gewählt die Genossen Wegner und die Genossen Bior und Beer. Zum Kreisvorstand werden vorgeschlagen die Genossen Schubert, 1. Vorsitzender; Pieper, 2. Vorsitzender; Stahl, 1. Kassierer; Dornig, 2. Kassierer; Grögerchen, Schriftführer; Döble, Weißer; Reichardt, Weißer. — Zum Bezirks-2. Vorsitzenden wird der Genosse Lange gewählt. Unter „Verschiedenes“ gibt Genosse Bior einen Ueberblick über die neu gebildeten Abteilungen und Bezirke. Für den 1. Bezirk hatte noch kein Abteilungsleiter gefunden werden können. Die Versammlung wählt aus ihrer Mitte den Genossen Döble für dieses Amt. Es fehlt nunmehr noch für den 1. Bezirk ein Bezirksführer, den dieser Bezirk demnächst wählen soll. In den übrigen Abteilungen ist alles besetzt. Die 5. Abteilung soll aus den Landbezirken Tiefwerder, Aladow und Gatow zusammengeleitet werden. Die Angelegenheit wird in der nächsten Zeit von diesen Bezirken geregelt werden.

Ferner gibt Genosse Bior bekannt, daß die Wählerlisten zur Stadterordnetenwahl vom 15. bis 30. August ausliegen, und daß bei dem bevorstehenden schweren Wahlkampf jeder Genosse sich davon überzeugt, ob er in die Liste aufgenommen. Genosse Schuber stellt entgegen dem Bericht über die vorige Versammlung richtig, daß die Rohreger Weiß und Lawrenz von dieser Versammlung nicht aus der Partei ausgeschlossen sind, sondern daß der Ausschlußantrag nur angeregt wurde, sich aber erübrigte, weil die beiden Genannten wegen rückständiger Beiträge schon längst aus der Partei ausgeschlossen waren. Genosse Rührmann und maniert, daß entgegen einem früheren Beschluß der Versammlung bei dem letzten Sommerfest doch nicht lauter organisierte Zivilberufsmuster mitgewirkt haben. Vom Komitee wird erklärt, daß sie mit dem Ruffdirektor Schwanz die Abmachung getroffen hätten, daß nur organisierte Zivilberufsmuster spielen sollten. Wenn dies nicht gechehen, so trage die Schuld der Ruffdirektor. Diese Frage zeitigte eine längere Diskussion in welcher die Schwierigkeit der regelrechten Durchführung anerkannt wurde, für die Zukunft werde man die Konsequenzen ziehen. Genosse Schuber weiß darauf hin, daß am 6. August eine Konferenz der Bildungsausschüsse stattgefunden, bei welcher ein Bezirksauschuß gewählt sei. Man werde bei der nächsten Kreisversammlung die Angelegenheit besprechen und darauf hinwirken, daß für den hiesigen Kreis ein Comman aus dem größten Ort Spandan gewählt werde, der mit dem Bezirksauschuß eine einheitliche Regelung des Vortragwesens anstrebe. Genosse Bauer erucht um größte Unterstützung bei der Kandidation. Genosse Bior hofft von der neuen Bezirkseinteilung ein besseres Arbeiten und schließt um 11 Uhr mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 21. August:

Mitglieder - Versammlungen.

Bergolder. 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbelbranche.

6 Uhr (gleich nach Feierabend) im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung: Vortrag, Verbandangelegenheiten.

Drehflur, Treppengeländer - Arbeiter, Salonarbeiter u. Kistenmacher.

Sonnabend, den 19. August:

Großes Sommerfest

in Boekers Festsälen, Weberstr. 17.

Die Ortsverwaltung.

87/5

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hofstr. 3, 1939. Charitéstraße 3. Hofstr. 3, 1937

Sonntag, den 20. August 1911, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundschleifer

in den Muster-Festsälen (großer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. (Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben.)
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. 121/13
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Oderbruch-Gänse a Pfd. 70 u. 75 Pf.

Kleins, Leber, Keulen, Liesen, Haut, Rumpfe von 2.75 an.

Stückenfleisch a Pfund 65 Pf.
Diese Woche besonders preiswert:
1a Bratgänse 4.25, 4.50 bis 5 M.

Max Schönwald

Luckauer Str. 1, Barbarossapl. 2, Motzstr. 53, Flensburger Str. 19,
F.-Amt 4. 514 u. 4597. F.-Amt 6. 16 852. Ga. 19 539. Moabit 1269.

Eisholz, Ensemble, Komiker, Gropiusstraße 6. 16466

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter

kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von

Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Neuentdaler Str. 53, Ede Weimarerstraße;
Landsberger Allee 148, am Friedrichshain; Rixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 18. August

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Das Rheingold.

Königl. Schauspielhaus. Die die Alten jungen.

Neues königliches Opernhaus. Geflohen.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Faust, 1. Teil.

Kammerstücke. Frühling. Erwachen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Leipzig. Glaube und Heimat.

Berliner. Dummelstudenten.

Kleines. Der Leibarzt.

Neues Schauspielhaus. Die feinsche Susanne.

Romische Cyet. Der verbotene Auf.

Reizung. Die Dame von Nagm.

Westen. Die lustigen Nibelungen.

Trionon. Das Prinzchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues. Geflohen.

Dalia. Polnische Witkhaft.

Schiller. O. Der dunkle Punkt.

Schiller-Charlottenburg. Panne.

Lustspielhaus. Die goldene Schüssel. (Anf. 8 30 Uhr.)

Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Süssen. Der Siebente. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wole. Rofermentluft. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Metrovoi. Hobeit amüsiert sich!

Folies Caprice. Drei Frauenhüte. Sie ist eine Ausnahme. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Seigt. Preciosa.

Road. Damit meint - Hansi laßt Herrnsfeld. Das Kind der Firma. Schmerzlose Behandlung.

Berliner Prater. Die 3 Sraglen. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Apollo. Spezialitäten.

Wagner. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Wintergarten. Spezialitäten.

Kaiser-Panorama. Neu! Eine Tour in den bayerischen Hochalpen - Oberitalienische Seen. Lago Maggiore, Luganer- und Lecocsee.

Urania. Taubenstraße 48/49. Lebende Tierbilder von nah und fern.

Sternwarte. Amalindenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater

Der dunkle Punkt.

Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Radelburg und Rudolf Bressler. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Morgen und folgende Tage: Der dunkle Punkt.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Panne.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Richard Stowronnek. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Morgen und folgende Tage: Panne.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr:

Bummelstudenten.

Täglich: Bummelstudenten.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:

Die lustigen Nibelungen

Residenz-Theater.

Zweifeln Richard Alexander. Abends 8 Uhr:

Sommerpreise, neu einstudiert:

Die Dame von Maxim.

Schwank in 3 Akten von Georges Feytaud. Deutsch v. Benno Jacobsohn.

Volksgarten-Theater

Freitag, den 18. August 1911:

Das neue Riesen-Programm.

Lissy Lisetty x Ada Elvas

Mr. Charles Clark x Adys-Walmy

Madama Dianas elektrische Demonstrationen auf Laufband u. eine Nacht

Die Rose von Japan.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Lebende Tierbilder von nah und fern.



ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.

Kasernenluft.

Auf der Gartenbühne:

Es gibt nur ein Berlin.

Große Revue.

Metropol-Theater.

Bum 112. Male:

Hobeit amüsiert sich!

Operette in 3 Akten von J. Freund.

Musik von Rudolf Kellen.

In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

Rudolf Mälzer

Der erste Komiker d. Jetztzeit.

Emanuel Steiner

Rechenphänomen

! und das große

Variété-

Eröffnungsprogramm

Herrnfeld Theater

Jubiläums-Saison 20-jährig Direktion Anton und Donat Herrnsfelds.

Seit 20 Jahren der größte Erfolg die Revitäten

Das Kind der Firma

Berwandlungskomödie in 2 Akten mit den Autoren

A. Herrnfeld u. Tobias Tscheppornock

Donat Herrnsfeld u. Philipp Katzenfell.

Schmerzlose Behandlung

Anfang 8 Uhr.

Berzeit. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Prachtvoller Sommergarten.

Lebige Vergold.

PASSAGE :: ::

ANOPTIKUM

Das größte Schaustablissemment des Kontinents.

Lebend der Mann mit der

eisernen Zunge.

Ein Fakir ohne Nerven.

AGA die schwebende Jungfrau.

Alles ohne Extra-Entree.

Fünfter Berl. Reichstags-Wahlkreis

Sonntag, den 20. August 1911

Großes Sommer-Vergnügen

in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipps), Am Königstor

Großes Garten-Konzert

ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent Maximilian Fischer)

unter Mitwirkung des Gesangvereins

„Berliner Männerchor“ (Mitgl. d. A.-S.-B.). Auftreten des Berliner Ulk-Trio

Im großen Saale: **00 TANZ 00** | Abends: **Gr. Kinderfackelzug**

Teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach | Stocklaternen erhält jedes Kind gratis

Anfang des Konzerts 4 Uhr | Eintritt 30 Pfennig

Alles Nähere die Programme

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. Tische u. Stühle dürfen nicht reserviert werden

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:

Das grandiose Programm.

9 1/2 Uhr:

Ab 8 30. Male:

Harry Walden

in

sein Herzensjunge.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Parisiana-Ensemble.

3 Frauenhüte.

Sie ist eine Ausnahme.

Das Strumpfband.

Cousin Pampoulette.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Oll.

Berlin N., Brunnenstraße 16.

Konzert, Theater, Spezialitäten.

Hanni weint, Hansi laßt.

Operette von J. Offenbach.

Die Regimentnummer.

Die Schwäbin. Anfang 6 Uhr.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena.

Geöffnet v. 10 Uhr vorm.

In der heißen Jahreszeit

angenehm kühler Aufenthalt.

Allabendlich:

D. prunkvolle Eisballett

Montreal

Die Stadt auf Schlittschuhen.

Neu: Push-Ball-Spiel

Zahlreiche

Kunstausproduktionen.

Exquisite Restauration

bis 1 Uhr nachts.

Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr

abds.: halbe Kassenpreise.

LUNA-PARK.

Sensationelle Attraktionen.

Johnstowns Untergang x x x x Cairo v. a.

Eintrittspreis 50 Pf. Saisonkarten M. 3.-

Morgen, Sonnabend: **Elitetag.**

Riesen-Front-Feuerwerk.

Schlussapotheose: **Die Schönste von allen.** Beginn 9 Uhr.

Damen-Schönheitskonkurrenz. x 3 Preise.

Feenhafte Parkbeleuchtung. **4 Kapellen 4**

Die Schwebbahn eröffnet. Sonntag: Wiederholung des Feuerwerks.

Ab 1. September

AUSSTELLUNG

NORDLAND

auf dem entsprechend hergerichteten Platze

Kurfürstendamm 151 (frühere Rollschuhbahn)

125 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel

Hochinteressante Darstellungen aus d. Volksleben im höchsten Norden, ausgeführt von kunstgeübten Eskimos und Lappländern.

Uuübertroffene Sportsleistungen

Skilaufen, Skiboote, Schlittentfahren auf künstl. Bahn, Islandpferde, Renntiere, Grönlandhunde.

Buntes Volksleben

Original-Hütten und -Zelte Hausindustrie

Von der Oberbaumbrücke, Falkensteinstr. 48.

Sonnabend, 19. August: **Große Dampfer-Mondscheinfahrt**

mit Musik nach Prinzengarten, verbunden mit

fahrt auf dem Müggelsee. - Die Schiffe sind während der Fahrt

elektrisch beleuchtet.

Abfahrt abends 9 1/2 Uhr. - Fahrgehd hin und zurück 50 Pf.

Reederei Kieck, Falckensteinstr. 48. Fernspr. A. IV, 6107.

Ohne Anzahlung

berghit Ungros - Geschäft direkt Wäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche und Decken jeder Art bei feinen Monatsraten. Keine Kaffee-! Effekten unter D. 2 Hauptgebidlon des „Vorwärts“. 52472

Berliner Prater-Theater

Balanien-Allee 7/9.

Täglich:

Die junge Garde.

Ausstattungsposse von Jacobson und Gb.

Spezialitäten x Konzert.

Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Königstadt-Kasino.

Polymerstr. 72, Ede Alexanderstr.

Inh.: Max Schödelbauer.

1.-16. August: **Riesen-Weib-**

stabi-Programm. u. a.:

Kurt Armandi, Humorist.

Cilli Schwarzenberg, Tanzdubr.

Harry Bienenstains mod. Stetich.

Charles Selier, Delphischer Palast

Larc Reels, Kujil x Grentriguch.

Flourison Terzett, Gef. u. Lang.

Kulides Babereife.

Moabiter Wintergarten

Artus-Hof

Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18

Direktion: Karl Pirrau.

Der Störenfried.

Lustspiel in 4 Akten v. Rob. Benedtz

Jowle

sämtliche Spezialitäten.

Konzert 6 Uhr.

